DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

169 15. JAHRGANG Oktober '98 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

BUNTE SEITEN 1999

Im Dezember 1998 soll die Jubiläumsausgabe (CONTRASTE wird im Oktober 1999 15 Jahre jung) der BUNTEN SEITEN erscheinen. Service-Seiten zu den Themen »Anders Reisen«, »Ethische Geldanlagen« und »Frauenbildung« sind für die Neuauflage geplant. Neben den Anschriften wurde auch der »Reader der AlternativMedien« mit seinen zahlreichen Hinweisen zu Themenschwerpunkten der Zeitschriften überarbeitet und um die Rubrik Verlage erweitert. Auch ca. 300 französische Zeitschriften mit entsprechenden Hinweisen werden in der Neuauflage vertreten sein.
Bis zum 20.10.98 ist es noch möglich, Anzeigen in den BUNTEN SEITEN aufzunehmen. Nähere Hinweise zu Anzeigenschaltungen und die kostenlose Adressenaufnahme gibt es über die Redaktion Heidelberg unter Tel. (0 62 21) 16 24 67.
AbonnentInnen können die Neuauflage zum Sonderpreis von 25 DM, zzgl. 4 DM Versandkosten bis zum 30.11.98 vorbestellen.

DEBATTE

Selten hat ein Schwerpunktthema der CONTRASTE soviel Diskussionsbedarf ausgelöst, wie das Interview mit Frithjof Bergmann zum Thema »New Work«. In dieser Ausgabe wird die Debatte fortgesetzt mit einem Beitrag von Rainer Kippe von der »Sozialistischen Selbsthilfe Köln-Mülheim« aus der Sicht eines Selbstverwalteten Betriebes und von Uwe Kurzbein aus Kommunenblickwinkel auf Seite 4-6.

UMSONST-LADEN

In Hamburg wird demnächst der erste »Umsonst-Laden« *durch die »Wegwerf-Gesellschaft« eröffnet.* Was hinter dieser Idee steckt, ist im Beitrag von Anna Kreikenmeyer zu erfahren. Seite 10

CHRISTIANIA

Schon des öfteren wurde über das 1971 besetzte Christiania-Gelände in Kopenhagen berichtet. Eine Momentaufnahme aus dem Jahr 1998 auf Seite 11

WIDERSTAND...

... ist angesagt. Die Industrie versucht auf allen Ebenen die Gentechnik durchzusetzen. In unserem Beitrag geht es um die Diskussion zum zivilen Ungehorsam gegen Gentechnik mittels öffentlicher Ernteaktionen auf gentechnischen Versuchsfeldern. Seite 12

GENOSSENSCHAFTSTAG

Auf der diesjährigen Jubiläumsveranstaltung des Theoriearbeitkreises Alternative Ökonomie zum Thema »Alternativen zur Globalisierung« fand Ende August erstmals ein Alternativer Genossenschaftstag statt. Seite 13

ALTES ÜBERPRÜFEN – NEUES ENTWICKELN

Soziokultur 2000 – eine Utopie?

1999 wird die »Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren« 20 Jahre alt; die Anfänge der Soziokultur liegen noch mal knapp weitere 10 Jahre zurück. Anfang der siebziger Jahre begann ein Umdenken in der Kulturpolitik. Galt bis dahin das »Schöne, Wahre und Gute« als Inbegriff einer bürgerlichen Kultur, angesiedelt in den traditionellen Tempeln der »Hochkultur«, forderten nun fortschrittliche Politiker wie Hermann Glaser und Hilmar Hofmann eine »Demokratisierung« der Kultur, eine »Kultur für alle« und sannen über eine Erweiterung des Kulturbegriffs nach.

Hausbesetzung 1990 in Suhl, so entstanden in früheren Jahren viele Soziokulturelle Zentren Foto: Archiv

Von der Bewegung...

Damit aber reagierten sie nur auf das, was um sie herum auf nichtstaatlichem Boden bereits wuchs; Festivals – wie die legendären Liedermacherfestivals der 60er Jahre auf der Burg Waldeck, Straßen- und Stadtteilfeste, Jugend- und Kommunikationszentren in Selbstverwaltung, Künstleraktionen, Diskussionsveranstaltungen und Workshops prägten den Anfang einer emanzipatorischen und politischen Kultur.

Vor allem die neuen sozialen Bewegungen – Jugendzentrums-, Umwelt- und Bürgerinitiativen, Friedens-, Frauen- oder Anti-AKW-Bewegung – entwickelten eigene Kommunikations- und Kulturformen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Sie fanden in den Künstlern der *»freien Szene«*, den Liedermachern, Folk- und Rockmusikern, Kabarettisten und Theatergruppen auch Partner, die in ihrer Kunst Stellung zu politischen und gesellschaftlichen Themen bezogen.

Diese »Kultur von unten« benötigte Freiräume, in der sie sich entwickeln konnte; die soziokulturellen Zentren, oftmals aus selbstverwalteten Jugendzentren hervorgegangen, waren geboren.

Aber nicht nur diese historischen Ereignisse sollten Anlaß sein, über die Soziokultur neu nachzudenken; in der Vergangenheit gab es immer wieder Gründe zur Diskussion, inwieweit die soziokulturellen Konzepte und Ideen von einst heute noch gültig sind. So sorgte die Untersuchung von *Albrecht Göschel* vom Deutschen Institut für Urbanistik schon vor einigen Jahren für Zündstoff, als er feststellte, daß das soziokulturelle Zentrum im klassischen Sinne ausgedient hat, und daß eine Polarisation in einerseits erfolgreich arbeitende, kommerzielle Veranstaltungseinrichtungen und andererseits in am öffentlichen Tropf hängende soziale Begegnungsstätten stattgefunden hat.

...über's Zentrum...

Und bei der Neuaufnahme von Mitgliedern in die Bundesvereinigung hat man sich lange gegen die Mitgliedschaft von kommunalen Zentren – da nicht selbstverwaltet – gesträubt; mit der Wiedervereinigung konnte man nicht mehr an diesen hehren Grundsätzen festhalten, da man sonst einen Großteil der Soziokultur der neuen Bundesländern ausgeschlossen hätte, denn viele ehemalige Kulturklubs verblieben weiterhin in kommunaler Trägerschaft. Auch das »Zentrum«, das eigene Haus als wichtiges soziokulturelles Element, wurde in der Vergangenheit immer häufiger in Frage gestellt.

...zum Stillstand?

Die Diskussion um die letzte Neuaufnahme vor wenigen Wochen – die *LAG Thüringen* mit 45 Einzelmitgliedern, von der klassischen Kulturfabrik über den Studentenclub, das Frauenzentrum und die Sommerakademie bis hin zu Interessenvertretungen, wie den Stadtverband Jenaer Kulturvereine oder die LAG »jazz« – machte noch einmal das Dilemma deutlich: wer will entscheiden, was Soziokultur ist, wo sie anfängt und aufhört. Wo liegen die Grenzen zur übrigen »Freien Szene«, zu den Off-Theatern, den Kinder- und Jugendkultureinrichtungen, der Musikszene, den vielen Kulturinitiativen und -vereinen?

Hat die Soziokultur sich selbst überholt oder ist sie – angesichts der vielen gesellschaftspolitischen Probleme – in Zukunft wichtiger denn je? Unser Schwerpunktthema (des Infodienstes Freie Szene Rheinland-Pfalz, dem wir dankenswerter Weise diesen Beitrag entnommen haben) möchte Bewegung in die von der Bundesvereinigung und vielen Landesarbeitsgemeinschaften begonnenen Diskusssion bringen.

Fortsetzung auf Seite 7

D 8008

01.3669 273 001
Dr. Carola Möller
Herwarthstr. 22
D-50672 Köln

HEIDELBERG: AUTONOMES ZENTRUM SCHICKT OB-KANIDATEN INS RENNEN

»Wir machen euch PLATTMANN«

Am 18. Oktober wird in Heidelberg ein neuer OB gewählt und das Autonome Zentrum mischt sich mit einem eigenen Oberbürgermeisterkandidaten in den Wahlkampf ein.

Dieter Poschen, Red. Heidelberg ● Der 25jährige Peter Alexander Plattmann kommt überall gut an. In dezentes Tuch gekleidet, das blond eingefärbte Haar, die Nickelbrille, mit hellblauen Hemd und dem gestickten Schriftzeichen »AZ« am Kragen sowie einem umwerfend schönen Schlips versehen, sticht der jüngste Oberbürgermeisterkandidat seine männlichen Konkurrenten zumindest im äußeren Erscheinungsbild mächtig aus.

Der Student der Mathematik und Politik, hat es trotz Prüfungsstreß auf sich genommen, die Mühen eines Wahlkampfes, der sich nicht nur im Umfeld der Volxküche des Autonomen Zentrums und der Mensa der Uni abspielt, auf sich zu nehmen. Der Vertreter der »extremen Mitte« und des Autonomen Zentrums tritt für ein flächendeckendes Sänftennetz (es gab schon mehrere Wahlkampfauftritte in der Sänfte) und mindestens zehn Autonome Zentren in der Stadt ein.

Die einzige Tageszeitung der Stadt, die Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) beschreibt seinen Wahlkampf anläßlich eines Interviews so: »... nichts deutet außer einem leicht ironischen Gesichtsausdruck auf einen Till Eugenspiegel der Heidelberger Kommunalpolitik hin. Aber dann ...Die Plakate, Flyer und »Zehn Gründe, Plattmann zum OB zu wählen«, verraten die Absicht – und man ist nicht verstimmt. Denn, geben wir es zu, ein bißchen Spaß muß sein, auch im Wahlkampf, der ja nun wirklich ernst genug ausgetragen wird.«

Seine Meinung zum hohen Amt des Oberbürgermeisters: »Es kann nicht sein, daß einer allein bestimmt, was gemacht wird«, und weiter im Interview der RNZ zu der Frage nach dem Gemeinderat: »Der wird plattgemacht, sprich aufgelöst. Und dann wird in allen Stadtteilen in Autonomen Zentren selbstbestimmte Politik gemacht. Die Basisdemokratie in Bürger- und Jugendzentren wird endlich gepflegt. Beschlossen soll nur das werden, was einstimmig Zustimmung findet. – Sie sollten mal sehen, wie gut das im Autonomen Zentrum funktioniert.« Einen gemeinderatsähnlichen Dialog könnte er sich nur auf der gesperrten historischen, Heidelberger »Alten Brücke« vorstellen, wo endlich die Mündigkeit der Menschen, ähnlich einem altgriechischen Szenarium, gepflegt werden könnte.

»Plattmann kommt« ist eine der Parolen auf den Wahlkampfplakaten und seine Einschätzung, wenn er auf die Politikverdrossenheit der Menschen und speziell der jungen zu sprechen kommt: »Politik, so wie sie praktiziert wird, ist langweilig und geht über die Köpfe der meisten hinweg, weil sie nicht einbezogen werden.«

Eines steht fest, ob er nun gewählt wird oder nicht, Peter Alexander Plattmann wird auch weiterhin ab 21 Uhr bei der Volxküche im Autonomen Zentrum oder als Drummer und Sänger seiner Band »Babyfassung« zu erleben sein.●

BERICHT:

Unser bundesweites Plenum im Saarland

Im saarländischen Losheim, zwischen Trier und Saarbrücken, trafen sich im September MitarbeiterInnen der Redaktionen Heidelberg, Hamburg, Losheim, Osnabrück, Köln und Göttingen zum Contraste-Plenum. Gastgeberin war die »AKTION 3.WELT Saar«, die ihren Sitz in Losheim hat. CONTRASTE-Plena finden je nach Diskussionsbedarf zwei- bis viermal im Jahr statt. Sie werden abwechselnd von den Lokal- und Fachredaktionen organisiert. Im folgenden sollen die Inhalte des letzten Arbeitstreffens kurz skizziert werden.

Finanzen

CONTRASTE schiebt derzeit einen Berg von ca. 30.000,– DM Altschulden vor sich her, den es nur schwer gelingt abzubauen. Erste Auswege sind jedoch in Sicht. Im letzten Jahr konnte erreicht werden, daß die Verbindlichkeiten nicht weiter anwachsen. 1997 ist es uns gelungen, kostendeckend zu arbeiten, ein geringer Überschuß konnte zur Tilgung der Altschulden verwendet werden.

Kostendeckend arbeiten heißt bei uns noch immer, daß alle Einnahmen aus den Abo- und Anzeigenerlösen, Mitgliedsbeiträge sowie Überschüsse aus den BUNTEN SEITEN dazu benötigt werden, um die Fremdkosten der Produktion der Zeitung abzudecken. Alle Redaktionen arbeiten nun schon bald 15 Jahre ehrenamtlich und haben sich bereit erklärt, auch weiterhin unter diesen Bedingungen zu arbeiten. Jedoch – unsere Altschulden müssen in diesem Jahr noch abgelöst werden, damit wir den Kopf frei haben für unsere redaktionelle Arbeit und der Zusammenarbeit mit den Initiativen, Projekten und Betrieben, die CONTRASTE als Plattform und Sprachrohr nutzen.

Zur Besserung der Finanzsituation wurden drei Maßnahmen vorgeschlagen:

1) Alle Lokal- und Fachredaktionen versuchen, in ihrem Ort verstärkt Anzeigen für die 99er Bunten Seiten zu werben.
2) Die Gründung einer »Leih- und Schenkungsgemeinschaft« zur Entschuldung der CONTRASTE ist geplant. Das läuft etwas so: Nach einer Prüfung der wirtschaftlichen Situation der CONTRASTE stellt die GLS-Bank uns einen Kredit über den Betrag X zur Verfügung. Etwa 20 oder mehr Personen verpflichten sich, diesen Kredit in konstanten monatlichen Raten, etwa 30 oder 50 DM, über einige Jahre zurückzuzahlen. Einige Leute haben ihre Bereitschaft zu einer solchen Leih- und Schenkungsgemeinschaft bereits erklärt, weitere werden dringend gesucht. Genaue Informationen und Konditionen teilt die Redaktion Heidelberg auf Anfrage mit.
3) Ein Spendenaufruf an die LeserInnen, er steht auf dieser Seite. Zu einer Stabilisierung der Finanzsituation könnten auch Umwandlungen der Normalabos in eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. beitragen, für einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von mindestens 120 DM (Betriebe 300 DM) bekommt Ihr dann CONTRASTE umsonst.

Weitere Vorschläge zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der Auflage von CONTRASTE:

- Organisierung von lokalen Lesertreffs,
- Schnupperabos werben, CONTRASTE-Handverkauf zum Kennenlernpreis von drei Mark,
- bei Veranstaltungen CONTRASTE vorstellen
- aktiver Verkauf der Bunten Seiten 1999
- Ausbau des Redaktionsnetzes durch weitere, aktive -Leute

Schwerpunkt-Planung

Für die folgenden Monate einigten wir uns auf folgende Themen-Schwerpunkte:
»Kritik und Krise der Arbeit« (November), »Internationale Tauschringe« (Dezember), »New Work, Teil II« (Januar 1999), »MitarbeiterInnengesellschaft und Sozio-Audit« (Februar), »Zeitmanagement« (März), Echo und Fortführung des November-Themas (April), Vorberichte über geplante Gegenaktionen zu EU-Gipfel und G8-Treffen im Juni in Köln (Mai).

TAZ-Beilage

Im Mai 1998 gab es eine vierseitige CONTRASTE-Beilage mit einer 60.000er Auflage in der TAZ. Die Resonanz war sehr erfreulich. Die Beilage bewirkte viele inhaltliche Rückmeldungen, etliche Schnupperabos, einige Neuabos und Fördermitgliedschaften. Es wurde beschlossen, für 1999 (Januar und Mai) zwei weitere TAZ-Beilagen zu planen. Die erste Beilage hat entwicklungspolitische Projekte zum Thema. Die zweite Beilage wird sich mit dem Gegengipfel zum EU- und G8-Treffen beschäftigen.

Internet

CONTRASTE ist seit Anfang September im Internet vertreten.
URL: http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/
(siehe untenstehenden Bericht). Die Hamburger Redaktion hat die Hamburger Bunten Seiten überarbeitet und ins Internet gestellt (siehe Vorstellung der Redaktion Hamburg auf dieser Seite).

Jubiläum

CONTRASTE wurde vor 15 Jahren (1984) auf dem Gelände der ASH-Krebsmühle in Oberursel bei Frankfurt gegründet. Es ist geplant, dort im August 1999, gemeinsam mit der »ASH-Krebsmühle« und dem »Verband der selbstverwalteten Betriebe Hessens«, die beide 20 Jahre werden, zu feiern. Inhaltlich soll das 15jährige Bestehen im Sommer 1999 mit einer dicken Jubiläumsausgabe in höherer Auflage gewürdigt werden.

Veranstaltungen

Die Redaktionen würden gerne im kommenden Jahr einen Kongreß (Thema: »Wirtschaft von unten – Projekte streiten um die Perspektive«) durchführen, aber es kamen Zweifel auf, ob wir dies mit unseren begrenzten personellen Möglichkeiten leisten können. Daher wurde der Plan zurückgestellt, bis klar ist, ob und in welcher Form es hierfür eine Förderung oder Unterstützung gibt. In den nächsten Monaten wird die CONTRASTE in Köln, Hamburg und Göttingen Veranstaltungen zum Thema »Projekte und Konzepte zur Überwindung der Krise der Lohnarbeit« durchführen. Die genauen Termine werden noch bekannt gegeben.

Für interessierte CONTRASTE-LeserInnen sind die Plena grundsätzlich offen, Anmeldungen bitte über die Heidelberger Redaktion. Das nächste Redaktions-Plenum kommt vom 5. bis 7. Februar 1999 in Hamburg zusammen.●

Kai Böhne/Dieter Poschen

AUFRUF

Liebe LeserInnen! Liebe AbonnentInnen!

Angesichts der Dauerkrise der Lohnarbeit und der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise sind vielfältige Versuche von »Wirtschaft von unten« nötiger denn je. Ausführliche Berichte über selbstverwaltete Betriebe und Projekte, Genossenschaften, Tauschringe usw. und die Erörterung von selbstbestimmten Wegen aus der Krise stehen in der CONTRASTE – seit über 14 Jahren.

Dabei haben wir eine Durststrecke überwunden und die Zeitung stabilisiert. Wir planen u.a. weitere taz-Beilagen der CONTRASTE, um die Zeitung bekannter zu machen. Nur: Wir schleppen aus schweren Tagen Schulden von über 30.000 DM mit uns herum, die die Existenz des Blattes bedrohen.

Was uns am meisten hilft, sind weitere AbonnentInnen. Es hilft CONTRASTE aber auch zu überleben, wenn Ihr Euer Abo für 80 DM im Jahr in eine Fördermitgliedschaft von 120 DM + X umwandelt. Wir bitten besonders Leute, die von der Krise bisher nicht so hart betroffen sind und weitere Projekte und Betriebe, sich dazu zu entschließen. Die Satzung des CONTRASTE e.V. und ein Aufnahmeformular können formlos bei der Heidelberger Redaktionsanschrift angefordert werden.

Neuerdings können wir auch Spenden gegen Spendenquittung entgegennehmen. Toll wäre natürlich auch eine verstärkte Mitarbeit von LeserInnen an den Lokalredaktionen der CONTRASTE (Kontakt siehe Impressum!).●

Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg
Info dazu: CONTRASTE e.V., Tel. 06221/16 24 67

CONTRASTE IM INTERNET:

Ein Ort zur Kommunikation und Information

**Unter der URL:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/
ist CONTRASTE jetzt auch im Internet vertreten. nadir versteht sich als »ein strömungsübergreifendes Informationssystem zu linker Politik und sozialen Bewegungen«.**

von Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Mit unserer Beteiligung am »nadir info system« glauben wir, den richtigen Platz im »World Wide Web« gefunden zu haben. CONTRASTE befindet sich dort in guter Nachbarschaft zu linken Projekten und Zeitschriften. Vertreten sind dort u.a. »Jungle World«, »Rote Hilfe Zeitung«, »Interim« und die Wiener Alternativzeitung »TATblatt«. Auch das Selbstverständnis von »nadir« (siehe Kasten) gab uns das Gefühl, den richtigen Ort gewählt zu haben.

CONTRASTE-Homepage

Auf unserer Homepage, die monatlich aktualisiert wird, sind die Titelseiten zu den Schwerpunktthemen, jeweils ein weiterer Beitrag, die Inhaltsverzeichnisse der letzten drei Ausgaben und ein Projekte- und Stellenmarkt zu finden. Die vierseitige CONTRASTE-Verlagsbeilage in der Berliner »tageszeitung« vom Mai diesen Jahres ist unter dem Stichwort Probelesen ebenso abrufbar wie eine Liste der Schwerpunktthemen der letzten zwei Jahre, Informationen zu den BUNTEN SEITEN, unserem jährlich herausgegebenen Adressenverzeichnis mit alternativen Projekten, Initiativen und Betrieben aus der BRD, Schweiz, Österreich und den europäischen Nachbarländern und dem im Verzeichnis eingearbeiteten »Reader der AlternativMedien«, der Anschriften und zusätzliche Informationen über Zeitschriften, Verlage, Film-/Videogruppen und Freie Radios enthält. Eingearbeitet wurde auch eine Liste der Projekte und Betriebe, die die Herausgabe der BUNTEN SEITEN durch ihre Inserate unterstützen sowie die Beiträge der Service-Seiten zu den Themen »Anders Reisen«, »Frauenbildung« und »Ethische Geldanlagen«.

Eine Seite mit »Links« zu den uns bekannten alternativen Zeitschriften mit eigener Homepage sowie Betrieben aus dem alternativen Spektrum sind unter der URL ebenso zu finden, wie die komplette Erstausgabe aus dem CONTRASTE-Gründungsjahr 1984, in der die Debatten bei der Projektmesse 1984 (Gründungsdiskussion zur Ökobank, Finanzierung der Selbstverwalteten Betriebe), die ersten Vorstellungen von Branchen-, Regionalzusammenschlüssen und der AG SPAK sowie ein Beitrag zur baskischen Region »Mondragon« zu finden sind.

Zusätzlich ist unsere Homepage verknüpft mit der Hompage der Redaktion Hamburg
(http://www.web-line.com/bs),
auf der neben ca. 400 Anschriften Hamburger alternativer Projekte und Betriebe und vielen Hintergrundinformationen auch Berichte der Redaktion Hamburg sowie ein Diskussionsforum zu finden sind.

Angeregt durch das Hamburger Beispiel wurde die weitere Regionalisierung der Adressen von Projekten, Initiativen und Betrieben aus den BUNTEN SEITEN im Internet durch CONTRASTE-Redaktionen angedacht. Die Redaktion Heidelberg beabsichtigt, die Anschriften aus dem Rhein-Neckar-Raum mit den entsprechenden Hintergrundinformationen Anfang 1999 in das Netz zu stellen. Initiativen, Projekte und Betriebe aus der Region werden gebeten, Informationen und Selbstdarstellungen an die Heidelberger Redaktionsanschrift zu schicken.●

AUS DEN REDAKTIONEN:

Die Redaktion Hamburg stellt sich vor

In Hamburg arbeiten zur Zeit zwei Personen in der Redaktion der CONTRASTE: Hilmar Kunath und Erich Jungnikkel.

Hilmar ist 48 Jahre alt und Lehrer in der Orientierungsstufe. Erste Redaktionserfahrungen sammelte er in der Anti-AKW-Bewegung im Alten Land, als Mitherausgeber der Zeitschrift MAGMA.

Erich ist 44 Jahre alt und z.Zt. arbeitsloser Programmierer und Sozialökonom. Da er Anfang der 80er aktiv bei Netzwerk Selbsthilfe Hamburg mitarbeitete, kennt er sich bestens in der Hamburger »Alternativbewegung« aus. Momentan arbeitet er auch noch im Stadtteilladen »vor ort« in Hamburg-St.Pauli mit.

Beide haben sich im Arbeitskreis Lokale Ökonomie Hamburg-Ottensen kennengelernt. Das gemeinsame Interesse an der Zeitung CONTRASTE und die Idee, die Adressen aus den Bunten Seiten ins Internet zu stellen um die Vernetzung in Hamburg zu fördern, führte zur engen Zusammenarbeit. Das Ergebnis dieser Arbeit sind die Internetseiten http://www.web-line.com/bs bzw. http://www.web-line.com/bs/contraste. Auf diesen sind nicht nur die Anschriften von ca. 400 »alternativen« Projekten und Betrieben zu erreichen, sondern bei vielen auch eigene Web-Seiten mit Informationen über diese Projekte. Die Homepage »CONTRASTE-Hamburg« enthält Artikel aus der Papierausgabe und Hamburg-Berichte, die monatlich aktualisiert werden.

Außerdem wurden die CONTRASTE-Schwerpunkte »New Work« von Juni '98 und »Solidarische Stadtpolitik« von Juli/August '98 von der Hamburger Redaktion inhaltlich gestaltet. Eine Anzahl weiterer Artikel aus und von Hamburg zeugen von unserer Tätigkeit.

In jedem Fall suchen wir dringend noch weitere MitstreiterInnen mit anderen Zugängen zu der spannenden Arbeit an der CONTRASTE und den Internetseiten.

Demnächst haben wir auch vor, die AbonentInnen im Raum Hamburg einmal zu einem fröhlichen (Kritik-)Treff einzuladen.●

Bitte mal melden bei: Erich, Tel.: (0 40) 31 26 81 oder Hilmar, Tel.: (0 40) 39 90 41 96

WAS IST NADIR ?

Aus der Startseite von nadir.org (http://www.nadir.org/): »Das *nadir infosystem* bietet unterschiedlichen Strömungen und Bewegungen der Linken eine Plattform im Netz. Es ist mit der virtuellen Version eines Infoladens vergleichbar: Es stellt Email (Postfächer) und Newsgroups (Informations- und Diskussionsaustausch) bereit, verschickt Mailinglisten (Rundbriefe), füttert ein digitales Infosystem (Archiv, Aktuelles, Adressenliste etc.), das Ganze ist in einer Domain namens nadir.org untergebracht (die Räume des Infoladens). ...

... Wir meinen, daß die Möglichkeiten des Internet noch von viel mehr Gruppen, Projekten und Zeitungen/Periodika genutzt werden sollten und zwar in Bezug auf aktuelle Veröffentlichungen wie auch der digitalen Archivierung älterer Materialien.

Möglichkeiten, eigene Inhalte kostengünstig ins Netz zu bringen, gibt es inzwischen viele. »nadir« ist aber nicht einfach ein weiterer Provider, sondern ein Projekt, in dem fortschrittliche Menschen die Möglichkeit haben, ihre Gedanken, Infos und politischen Ansätze in einem linken Kontext selbstbestimmt und kommerzfrei darzustellen. Auch wenn es kein Problem mehr ist, bei AOL oder T-Online eine Homepage zu bekommen, so ist dieser Ort unreflektiert gewählt und mensch begibt sich in die Abhängigkeit von Konzernen, die nicht an (unzensierten) Informationen sondern am Geschäft interessiert sind. Sie setzen sich nicht für die Meinungsfreiheit ein, wie verschiedene Zensurmaßnahmen, z.B. gegen die »radikal«, gezeigt haben.

Durch die Konzentration vieler unterschiedlicher Gruppen, Initiativen, Zeitungen und Projekte an einem Ort wird eine bessere Auffindbarkeit erreicht. Wer z.B. das »Angehörigen Info« sucht, wird auch auf die »Rote Hilfe Zeitung« aufmerksam.

Wir wollen, daß sich viele Gruppen an dem Projekt »nadir infosystem« beteiligen, es als ihr Projekt begreifen und durch die Zusammenarbeit eine Diskussion um und über die Nutzung dieser elektronischen Medien entsteht und sich ein bewußter Umgang damit entwickelt. Dies ist Voraussetzung für einen entschiedeneren Widerstand gegen die staatlichen Überwachungs- und Zensurbestrebungen im Bereich der neuen Medien.«

GLÜCKLICHE ARBEITSLOSE IN KÖLN:

»Sparen wir uns die Ökonomie«

Die »Rheinischen Fundamentalisten« hatten am 21. August zu einer Veranstaltung mit einigen der »Glücklichen Arbeitslosen« aus Berlin eingeladen. 30 Leute kamen in die Galerie 68elf, wo dann vielfältig über ihr Manifest und die Aktivitäten der »müßiggangster« erzählt und diskutiert wurde.

Von Heinz Weinhausen, Redaktion Köln/Bonn ● Ihr Text »auf der Suche nach unklaren Ressourcen« ist als eine Mischung aus Kritik und frisch-frechen Provokationen zur öden Arbeitsgesellschaft entstanden. Zu ihrer eigenen Überraschung wurde er von vielen tatsächlich als ernsthafter Ausdruck eines neuen Lebensgefühls angenommen, nämlich als Befreiung von dem verinnerlichten Zwang, stets noch der Arbeit hinterherhecheln müssen zu

die rheinischenfundamentalisten laden ein:

Die Glücklichen Arbeitslosen

SPAREN WIR UNS DIE ÖKONOMIE

Freitag, 21.8.1998 19Uhr

Galerie 68elf
Bismarckstr 68
- 50672 Köln -
Tel/FAX 0221 522538

Finissage: Sonntag, 23.8., ab 16Uhr

Aktion "Auch du wirst arbeitslos": Samstag, 22.8.1998, ab 14 Uhr - vor und auf der Domplatte Köln - gemeinsam mit den rheinischenfundamentalisten

ab 20:30Uhr: offene Diskussionsrunde
ab 23Uhr Ost-Schlager der 70er und neue Arbeitslosentänze

wollen, trotzdem die Ökonomie immer mehr der Arbeitsmonaden ausspuckt. Warum, so die nur naiv scheinende Frage, sollen diejenigen, die »nichts tun« (im Sinne des Erwerbs) dürfen oder wollen, nicht auch gut leben können? Warum sollen sie finanziell darben?

Dieser Tabubruch mit der Arbeit und der Arbeitsmoral blitzte immer wieder in der Geschichte der Moderne auf. Ich denke an Paul Lafargue, Marx' Schwiegersohn, welcher das »Recht auf Faulheit« verlangte. Oder an Guy Debord mit seiner Parole »Travaillez jamais«, die 1968 die Pariser Häuserwände zierte.

Heute mehren sich die Artikel gegen die Arbeit zusehends. Der Verdienst der Manifest-AutorInnen ist es nun gerade, dem bisher Kopflastigen eine gute Prise von Gefühl und Witz beigegeben zu haben, sodaß die Inhalte für viele erst einmal verdaubar geworden sind. So transportieren sie den Tabubruch mit dem heiligsten unserer leistungsmanischen Gesellschaft in die beteiligten Köpfe. Dort sitzt nun der ständig bohrende Stachel und treibt das Ueberdenken des scheinbar Selbstverständlichen voran. Die innere Auseinandersetzung war auch in der Diskussionsrunde deutlich bemerkbar. Arbeit als Lohnarbeit stieß vielen auf. Doch die »Glücklichen« sehen den Arbeitsbegriff generell negativ – auch abgeleitet von dessen historischen Entstehung. Dies ging dann doch zu weit. Arbeit im Sinne von ernsthaftem Tun soll doch bitteschön weiter positiv zu besetzen sein.

Demgegenüber traten die Glücklichen dafür ein, Nägel mit Köpfen zu machen, und auch solche Arbeit als Unwort zu streichen. So ist es ein Unterschied, wenn ich sage: »Ich gehe arbeiten!«; »Ich gehe und arbeite an meinem Bild«; oder ob ich sage: »Ich gehe los und male mein Bild weiter«. Am »Arbeiten« klebt das Lustfeindliche, das Müssen, das Aufgezwungene, was uns nur nicht mehr auffällt, weil wir es Tag für Tag leben müssen. Auch in diesem Sinne finde ich das Manifest für befreiend; sich erstens die verkniffene arbeitsprotestantische Sozialisation eingestehen zu können und zweitens eine gänzlich andere Perspektive denken zu können. So verstehe ich das Manifest als einen tiefgründigen Schrei nach gutem, eigenaktivem Leben – miteinander und für sich selbst.

Die AutorInnen sagen selbst, sie hätten einen ersten Schneeball geworfen in der Hoffnung, daß daraus eine

Bewegung werde von vielen, die nicht mehr arbeiten, sondern schlicht leben wollen. Und genau dies einfordern und umsetzen.

So radikal die Glücklichen die geheiligte Säule der Arbeit umwerfen, bleibt doch der damit verknüpfte zweite Tabubruch – der mit dem Geld – im Manifest unscharf. Ist es nicht erbärmlich, Brot zu backen, um Preisschilder darauf zu kleben? Doch sie stellten klar, daß sie diesen zweiten Schritt ebenso vertreten. Die spannend-fröhliche und doch beschwerliche Reise ins Ungewisse eines Jenseits von Arbeit und Geld kann beginnen. Mitreisende gesucht.●

Die 20seitige Broschüre »DIE GLÜCKLICHEN ARBEITSLOSEN auf der Suche nach unklaren Ressourcen« gibt es (gegen Briefmarkenspende) bei: Die Glücklichen Arbeitslosen, c/o Im Stall, Kastanienallee 84, D-10435 Berlin. Beiträge für die Folgezeitschrift »müßiggangster« sind erwünscht.

»DER SCHOSS IST FRUCHTBAR NOCH ...!«

Arbeitsdienst – wieder salonfähig ?

Im Juni 1997 organisierte das Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ) eine Tagung an der Fachhochschule unter dem Titel »Arbeitsdienst – wieder salonfähig?«. Noch im August 1997 gibt der Städtetag bekannt, daß er an »Arbeitszwang für Sozialhilfeempfänger nicht interessiert« sei (vgl. FR, 19.8.97). Aber zum 1. April 1998 startete das Frankfurter Sozialamt sein zuvor einjährig erprobtes Projekt »Arbeit vor Sozialhilfe«. Und es ist von besonderer Brisanz, daß der dafür zuständige Sozialdezernent, Bürgermeister Achim Vandreike, ein Sozialdemokrat ist. Offensichtlich haben sich die Kräfte durchgesetzt, die den politischen Vorgaben der herrschenden Klasse, wie den sozialen Maßstäben deutscher Stammtische gleichermaßen entsprechen.

Diese Entwicklung ist sehr schlimm. Beschämend ist sie aber für die politische Linke in Deutschland, da diese die Meinungsbildung zu dieser Frage beinahe ausnahmslos den offiziellen Medien überlassen hat. Sind es doch gerade jene, denen »oftmals eine ideologiebildende Helfersrolle zu(kommt), sei es durch eine affirmative Berichterstattung, in der die Zwangsmaßnahmen mehr oder weniger offen begrüßt werden und für die sie sich von interessegeleiteten Politikern unwidersprochen Inhalte diktieren lassen.« (vgl. »Arbeitsdienst – wieder salonfähig?«, aus dem Vorwort zu den überarbeiteten Redebeiträgen der gleichnamigen Tagung, Hrsg. FALZ, Fachhochschule Frankfurt). Die Auseinandersetzung um diese Problematik wird damit reduziert auf die Frage, sollen Bezieher öffentlicher Leistungen arbeiten oder nicht?

Dabei drängen sich nicht nur Fragen nach den gegenwärtigen Rechtsgrundlagen und der Ausgestaltung dieser Einsätze, sondern auch nach den möglichen historischen Verbindungslinien auf (ebenda). Die Folgen für das Rechtsbewußtsein in diesem Lande dürfen nicht unterschätzt werden. Mit der Herausgabe des o.g. Bandes »Arbeitsdienst – wieder salonfähig?« im Mai 98, liegt nun eine Diskussionsgrundlage vor, die der Linken den Anschub verpaßt, der sie hoffentlich aus ihrer politischen Lähmung befreit, damit sie wenigstens in dieser Frage ideologisch in die Offensive geht.

Nüchtern werden darin Fakten, Daten, Rechtsgrundlagen, die historischen Parallelen des Arbeitsdienstes, dessen Entwicklung in seiner (deutschen) Geschichte und im Kontext mit der übrigen kapitalistischen Welt, zusammengetragen. Es wird aufgezeigt, wie diese Praktiken z.B. ganz eindeutig gegen die allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Vereinte Nationen 1948) verstoßen. Und es wird auch der nicht neue Zusammenhang zwischen kapitalistischer Krise, dem Abbau von Bürgerrechten im allgemeinen und dem verstärkten Arbeitszwang von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern hergestellt.

Auch die Rolle der »willfährigen Vollstrecker«, der Verwaltung, wird klar definiert: es wird da gespart, »wo am wenigsten Widerstand und die größtmögliche Abhängigkeit zu erwarten ist (ebenda)«.

Die Querverbindungen zu den diversen Mißbrauchsdebatten (vgl. auch die Pressekampagne über die sogenannten »Fehlbeleger« von Sozialwohnungen oder des »Asylrechtmißbrauchs«) drängen sich auf und ganz besonders aber die ideologische Einheit mit der »Gefahrenabwehrverordnungs«-Debatte. Den politischen Hasardeuren aus Politik, Wirtschaft, Medien und Verwaltung scheinen die Konsequenzen ihres Handelns sehr bewußt zu sein, denn das wachsende Elend in der Gesellschaft wird erkannt, und es wird »folgerichtig« gehandelt. Die Ausgegrenzten und Entrechteten sollen aus dem öffentlichen Leben weitgehend verbannt werden und/oder auf eine Weise dienstbar gemacht werden, daß dem Spießbürger das Gefühl bleibt, seine Welt sei in bester Ordnung. So wird auch wachsende Kriminalität in Kauf genommen.

Bei dem Projekt »Arbeit vor Sozialhilfe« der Stadt Frankurt wird statistisch erfaßt, wieviele Personen sich haben abschrecken lassen und wieviele vermittelt wurden. Und es ist jetzt schon festzustellen, daß die Zahl der Abgeschreckten höher sein wird, als die der Vermittelten. Das Angebot von Arbeitsplätzen, welche mit etwa 2.300 DM brutto monatlich dotiert sind, ist regelrecht darauf angelegt, die Leistungsberechtigten zu nötigen, ihre Ansprüche nicht mehr zu realisieren. All diejenigen, die sich unter diesen Bedingungen weigern, das Arbeitsangebot anzunehmen, zumal es ihnen zugemutet wird, sich, z.B. mit roten Mützen und Jacken bekleidet, in öffentlichen Parkanlagen als Empfänger von Sozialleistungen zur Schau stellen zu lassen, verlieren ihren Anspruch auf diese Leistungen. Wer dann z.B. durch Familienangehörige nicht mehr aufgefangen wird, der wandert ab in die Grauzone der Gesellschaft.

Für die Linke war es schon immer unbestritten, daß die Kriminalität unter dem Gesichtspunkt der Klassenauseinandersetzungen einer Gesellschaft zu beurteilen ist, hier werden wir wieder einmal unmittelbar Zeuge dieses Vorganges. Die Hilfsbedürftigen, die in die Kriminalität abgedrängt werden und die Opfer dieser »Kriminellen« fallen zukünftig unmittelbar in die Zuständigkeit des Frankfurter Sozialdezernenten und Bürgermeisters. Es ist wichtig, gerade auch die Stammtischpolitiker aller Coleur darüber nicht im unklaren zu lassen. Was hier praktiziert wird, kann nur von politischen Wirrköpfen noch als »soziale Arbeit« deklariert werden. Wenn ein solcher Wirrkopf zudem Sozialdemokrat ist, wie eben hier in Frankfurt, wird die Angelegenheit dadurch nicht besser, eher trauriger.

Bedenkenlos wird die Politik einer schamlos gewordenen herrschenden Klasse durchgesetzt. Das »gemeine Volk« läßt man geschickt sowohl am »Futternapf laben« als auch am »Hungertuch nagen«. Der hierzu beifallklatschende Spießbürger unterscheidet sich durch nichts von dem tobenden Zuschauer im römischen »circus maximus«. Auch dieser unterschätzte oft die Launen des Herrschers, dem die Macht gegeben war, jederzeit jeden Untertan in die Arena zu schikken. Wohl dann dem, dem das Schicksal gnädig bleibt. Sorgen muß man sich aber um die stumpf gewordenen »Ärmsten der Armen«, die ihren Protest erfahrungsgemäß in braunen Heerscharen ausdrücken. Für deren Belange entwickeln sich aber in der Verwaltung keine solidarischen Gefühle, trotz der bekannten Tatsache, daß große Teile dieser Verwaltung selbst braune Marschmusik bevorzugen. Sorgen muß man sich deshalb auch um dieses Land, dessen Erfahrungen man vergessen will. Und es sei denjenigen ins Stammbuch geschrieben, die schon vergessen haben könnten, wie braune Machthaber sich an ihren dienstbeflissenen Vorgängern in Politik und Verwaltung gewöhnlich revanchieren: ganz im Stile des circus maximus überläßt man diese zur allgemeinen Gaudi dem Mob.●

Aus: Frankurter Info

(Der Verfasser des Beitrages ist Mitarbeiter des Sozialamtes und namentlich der Redaktion bekannt – die Red.)

SOMMERTREFFEN IN DER PROVENCE

Das Ende der Arbeit,

der Anfang des Lebens. Den Terrorismus der Arbeit bekämpfen, aber wie, und was können wir an seine Stelle setzen...? Diese und noch viele andere Fragen stellten wir uns bei einem dreitägigen Sommertreffen vom 1.-3. August. Dieses Treffen wurde vom freien provencalischen Sender Radio Zinzine und dem Europäischen Bürgerforum organisiert.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der mit Hilfe automatischer, informatischer, kybernetischer Geschwindigkeiten die Produktion rasant erhöht wurde, die menschliche Arbeitskräfte aber immer wieder weniger benötigt werden. Kapital wird digital hin und her geschoben, ohne auf eine wahre industrielle Produktion angewiesen zu sein. Das 1848 so hart erkämpfte Recht auf Arbeit und Lohn, unerläßlich für Leben und Emanzipation, wird somit wieder zunichte gemacht. Die Arbeit als soziale Integration verliert immer mehr an Wert. Diejenigen, die noch eine Arbeit haben, verteidigen sie um jeden Preis, andere verkaufen sich für Billiglöhne unter miesen Arbeitsbedingungen und Arbeitslose werden zum »Überleben« verdammt.

Welche Wege zwischen Radikalismus und Reformismus können wir dieser Entwicklung entgegen setzen? Es war nicht nur das südliche Klima, das uns während diesen drei Tagen ins Schwitzen brachte. Am ersten Morgen führte uns Jean durch die Geschichte der Zivilisation und die Bedeutung der Arbeit im Laufe der Zeit. Bei den sogenannten primitiven Völkern kannte man keinen Unterschied zwischen Leben und einem peniblen physischen oder psychischen Einsatz, den man Arbeit nennt. Es gibt heutzutage noch Völker in Alaska, Indonesien und großen Teilen Afrikas, in denen das Sammeln und Jagen am Tag nicht mehr als vier Stunden einnimmt und genauso wichtig ist wie Singen, Tanzen und Geschichten erzählen. Erst in der späteren orientalischen und auch griechisch-romanischen Zivilisation taucht der Begriff Arbeit auf. Im 16. Jahrhundert wird der Begriff Arbeit sogar mit dem Wort »Triballum« verglichen, eigentlich eine Art Foltergerät, mit dessen Hilfe aber auch den Frauen Geburtshilfe geleistet wurde ...

Bertrand von Radio Zinzine und Norbert Trenkle, Redakteur der Zeitschrift KRISIS, vervollständigten die Geschichte der Arbeit und ihre sozialen Zusammenhänge mit Beiträgen vom Jahre 1848 bis in die heutige Zeit.

Am Nachmittag des ersten Tages ging die Diskussion schon rund um das Thema, ob und wie es in der freien Marktwirtschaft mit ihrem Konkurrenzkampf möglich ist, wirklich eine Alternative aufzubauen, die überlebensfähig sein kann. Nach einer gemeinsamen Utopie wurde gesucht, der Traum von einem riesigen Netzwerk alternativer Grüppchen gesponnen. Jeder sollte die Möglichkeit haben, nach seinen Bedürfnissen zu leben, aber mit welchen Kriterien, wenn man die Kriterien der existierenden Marktwirtschaft zum alten Eisen werfen möchte? Wie kann man eine Alternative für andere lebbar machen, werden die Kriterien zu hochgeschraubt, erschwert dieses das gemeinsame Verständnis. Ökodörfer und Biolobbies wurden in Frage gestellt, weil sie doch eigentlich nur ein System durch ein anderes ablösen und dieses vielleicht nicht wirklich ausreichend ist. Die Politik, bitte nicht vergessen: geschenkt wird nur etwas, um uns mundtot zu machen, bzw. die landlosen Bauern in Brasilien und andere aktive Bewegungen in der Dritten Welt brauchen dringend unsere Solidarität ... Vielleicht bedarf es überhaupt viel Zeit und einen neuen kulturellen Umbruch, der über mehrere Epochen gehen muß, denn mit dem Holzhammer kann man wohl niemanden glücklich machen. ...●

Elke Frettchen

aus Ulenspiegel, Nr 375 vom 19.9.98
(Bericht vom ersten Tag, am zweiten Tag ging es um die Vorstellung von Gruppen, am dritten wurde über Existenzgeld/Mindestlohn diskutiert.)
Ulenspiegel: Fax Österreich-04238/87054

VERSUCH EINER ANTWORT AUF FRITHJOF BERGMANNS INTERVIEW IN DER JUNI-AUSGABE

»Tu, was Du schon immer wirklich, wirklich tun wolltest«

**Motto: »Wer neues schaffen will,
hat alle zu Feinden,
die aus dem Alten Nutzen ziehen.«
N. Macchiavelli**

Warum das, was Frithjof Bergmann und andere vorschlagen, nicht zu verwirklichen ist und warum man es dennoch versuchen muß.

von Rainer Kippe, Sozialistische Selbsthilfe Mülheim, Institut für Neue Abeit INA ● Es macht immer wieder Spaß, Frithjof Bergmann zu hören oder zu lesen. Er formuliert leicht, fast süffig; seine Ideen sind einfach und von großer Leuchtkraft; seine Einsichten klar und überzeugend; seine Vorschläge lösen den Wunsch aus, aufzustehen und endlich anzufangen.

Wie er die Krise der Arbeitsgesellschaft angehen will: ein Drittel Erwerbsarbeit, ein Drittel Selbstversorgung, ein Drittel Berufung (Calling) »tu, was Du schon immer wirklich, wirklich tun wolltest« – ist das nicht das Ei des Kolumbus? Und da er die Lösung des Beschäftigungsproblems, des Freizeitproblems und der Frage nach einem sinnvollen, sprich kreativen Leben in Gesprächsrunden mit Arbeitern, Bürgern der Gemeinde, Gewerkschaftern und Automobilbossen zu erreichen versuchte, läßt einen das nicht an eine Harmonie jenseits der Klassenkämpfe glauben? Hat seine Vorstellung nicht ein bißchen von Marxens Idee des Kommunismus jenseits der historischen Epoche gleichen Namens, die wir uns zur besseren Unterscheidung angewöhnt haben mit leichter Ironie als »real existierenden Sozialismus« zu bezeichnen, ihr wißt schon: morgens Bauer, mittags Fischer, nachmittags Schriftsteller, ohne Bauer, Fischer, Schriftsteller zu sein, (oder so ähnlich)?

Von Flint, jener Automobilstadt im Norden der USA, wo Bergmann seine umwälzenden Ideen zuerst in die Realität umzusetzen versuchte, war dieser Tage wieder in der Presse zu lesen, und zwar im Zusammenhang mit einem Streik in einem Zuliefererbetrieb. Es ging dabei um die alten Fragen: Bezahlung, Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzgarantie. Von Bergmanns »New Work« war in diesem Zusammenhang nicht die Rede.

Was ist in Flint verwirklicht worden? Was davon gibt es heute noch? Was kann man besichtigen? Auf diese Frage habe ich noch keine Antwort erhalten. In Köln hat Bergmann vor zwei Jahren lediglich erklärt, die Art der Auseinandersetzungen hätte ihn veranlaßt, seine Tätigkeit zu verlagern. Von »Verteidigung einer Wagenburg« hat er gesprochen, bei der mitzukämpfen er keinen Sinn gesehen habe, und ich habe das so verstanden, da sich die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in Flint weniger um Zukunftsmodelle drehte, als um die Verteidigung (noch) vorhandener Rechte der Arbeiter; und es hat mir dabei eingeleuchtet, daß Frithjof Bergmann darin keinen Platz für sein Modell vom »New Work« gesehen hat, wobei er immer betont, da das englische »Work« etwas anderes bedeutet als sein deutsches Pendant »Arbeit«.

Danach, so erzählte er uns in Köln, habe er sich in New York einem Projekt zugewandt, wo Obdachlose sich ihre Wohnungen selber bauen, und in der Stadt in Plastikcontainern, die man auf Dächern aufstellt oder wie Blumenkästen vor die Fenster hängt, vermittels einer raffinierten Nährlösung ihr Gemüse selber ziehen. Eine gute Sache, fand und finde ich, die uns beim SSM dazu ermuntert hat, etwas ähnliches unter dem Namen »Bauen, Wohnen, Arbeiten« zu versuchen. Nur, was aus diesem New-Yorker Projekt geworden ist, erfahre ich in Eurem Artikel genauso wenig wie das, was von den Anstrengungen geblieben ist, die Bergmann gemeinsam mit General Motors in Flint unternommen hat. Und leider sagt Bergmann auch nicht, wie weit er in den Projekten, die Ihr unter der Überschrift »New Work« aus deutschen Landen vorstellt, seine Ideen verwirklicht sieht.

Nach eigenem Bekunden der Betreiber sind die Projekte in Karlsruhe und Wolfen zunächst einmal Häuser für Eigenarbeit nach dem Modell der Anstiftung e.V. in München, deren Ansatz sich wohl am Punkt der kreativen Tätigkeit mit Frithjofs »Calling« berührt, ansonsten aber durchaus etwas Eigenes ist. »Über Eigenarbeit zu Neuer Arbeit«, sagen deshalb konsequenterweise die *»Werk-Städter«* aus Karlsruhe, und »so wollen wir in Karlsruhe zwei Ansätze miteinander verknüpfen.« Ob sie bei der »Neuen Arbeit« ankommen, wird man, genauso wie in Wolfen, erst sehen müssen.

Für Frithjof Bergmann jedenfalls sind »New-Work« und »Eigenarbeit« offensichtlich zwei Paar Schuhe, sagt er doch in Eurem Interview: »Ich habe von Anfang an betont, da das, was ich mit high tech self providing meine, nicht dasselbe ist, was man hier in Deutschland mit Eigenarbeit bezeichnet. Eigenarbeit hat immer mit den eigenen Händen zu tun...«. So was, liebe CONTRASTE, muß man klären, sonst entsteht der Eindruck, als handele es sich hier um Etikettenschwindel oder als segele New-Work mangels eigener Beispiele jetzt unter der Flagge der »Eigenarbeit« der *»Anstiftung«* aus München.

»Eine selbstverwaltete Firma unterscheidet sich immer noch ganz wesentlich von Frithjof Bergamnns Ansatz ...«

Aber weiter zu Euren Beispielen: In Mülhausen berät man Unternehmen, in Hamburg geht man noch mit sich selbst zu Rate. Einen ernsthaften Versuch zur Verwirklichung von Frithjofs Idee sehe ich hingegen bei der *»Eigenart«* in Thüringen. Allerdings wird es darauf ankommen, ob die Gruppe es schafft, von der Durchlaufstelle für ABM und Sozialstunden, und das heißt vom staatlichen Tropf, wegzukommen und sich auf eigene Füße zu stellen, was nicht leicht sein dürfte, aber dazu später mehr. Hier ist allerdings festzuhalten, daß eine selbstverwaltete Firma, (ich arbeite selbst in einer solchen und weiß daher, wie großartig und leistungsfähig ein solches Projekt sein kann), sich immer noch ganz wesentlich unterscheidet von Frithjof Bergmanns ursprünglichem Ansatz von »New-Work«, bei dem die Menschen zu einem Drittel einer ganz normalen Erwerbsarbeit nachgehen, wie sie ganz normale Firmen bieten, wie eben General Motors in Flint. Diese stinknormale Erwerbsarbeit sollte durch »High-Tech-Selfproviding« und »Calling« ergänzt werden. Wenn wir die Firmen, die den ersten Anteil liefern sollen, erst selber gründen müssen, um daran anknüpfend Selbstversorgung und Berufung Wirklichkeit werden zu lassen, können wir uns die ganze künstliche Dreiteilung auch sparen. Denn selbstverwaltete Firmen, und das beweist das Beispiel *SSM*, können die Arbeit von Anfang an so gestalten, da sie sowohl Erwerbsarbeit sind, als auch (High-Tech-)Selbstversorgung und kreatives »Was ich wirklich, wirklich tun will«. Ja, selbstverwaltete Firmen – und auch das beweist das Beispiel *SSM* – müssen in ihrer Arbeit alle drei Elemente integrieren, weil sonst keiner Lust hat, mitzumachen. Und bei »Mitmachen« denke ich an eine dauerhafte Perspektive, wo die Menschen, tatsächlich von ihrer Arbeit leben, und nicht nur an ein ABM – oder HzA-finanziertes Gastspiel. (»HzA« = aus Sozialhilfe finanzierte Pseudobeschäftigung für ein Jahr mit dem Ziel, den »Beschäftigten« = Hilfeempfänger danach wieder bei der Arbeitslosenhilfe des Bundes abzuliefern).

Alle Fotos auf diesen Seiten zeigen die SSM, Köln-Mülheim

Foto: Burkhard Maus (SoZ Nr. 23/97)

Foto: Burkhard Maus (SoZ Nr. 23/97)

Deshalb nochmal die Frage: Was ist aus dem Modell »Flint« geworden, wo sind die Beispiele, in denen sich eine stinknormale Firma, und damit meine ich Management und Beschäftige, darauf eingelassen hat, die Arbeitszeit so weit abzusenken, daß die Arbeiter Zeit bekommen für »High-tech-selfproviding« und »Calling«, und welche Erfahrungen hat man damit gemacht?

Versteht meine Kritik bitte nicht falsch: Es geht mir nicht darum, Frithjof Bergmann, den ich persönlich schätze, zu »entlarven«, oder CONTRASTE mangelnde Recherche vorzuwerfen. Es geht mir vielmehr um die Frage, welchen Spielraum Ideen wie »New Work« zu ihrer Verwirklichung in der Gesellschaft vorfinden, ob sie jetzt und hier überhaupt verwirklicht werden können, und inwieweit sie sich von der ursprünglichen Idee und vom ersten Ansatz wegverändern (müssen).

Daß sich unsere Vorstellung von der Arbeit und unsere Arbeitspraxis radikal ändern müssen, wenn die Natur und die Menschheit noch eine Chance zum überleben haben sollen, sagen viele Theoretiker. Über die *»agenda 21«* und in deren Gefolge die *»habitat II«*-Konferenz sind derartige Erkenntnisse inzwischen bis in zwischenstaatliche Vereinbarungen vorgedrungen. Daß zu ihrer Umsetzung von staatlicher Seite und von Seiten der Unternehmen so wenig geschieht, daß man kaum von Vorzeigeprojekten sprechen kann, schreit deshalb geradezu nach einer Erklärung, vor allem wenn man bedenkt, welche Anstrengungen sonst unternommen werden, um auch noch den letzten Unsinn aus Brüssel auszuführen.

»Der Energieverbrauch steigt weiter und die Globalisierungswelle rollt«

Das hier Gesagte gilt genauso für den Umweltschutz oder die Lokale Ökonomie: die Konzepte sind vorhanden, die Modelle funktionieren, aber der Energieverbrauch steigt weiter und die Globalisierungslawine rollt. Ich bin wirklich kein Defätist, aber es hat schon etwas zutiefst Entmutigendes, wenn man z.B. nach 20 Jahren Energiespardebatte und tausenden von Ankündigungen und Annoncen lesen muß, daß die Kraftfahrzeuge heute im Schnitt noch genausoviel Sprit pro km verbrauchen wie vor dreißig Jahren – sie fahren damit nur schneller, und daß die Handelsketten immer größer und immer dichter werden, so daß es inzwischen so gut wie überhaupt nichts »Lokales« mehr gibt, es sei denn, man nähme als Bezugsgröße für »Lokale Ökonomie« in Zukunft das »global village.«

Frithjof Bergmann ist insoweit ein Sonderfall und verdient besondere Beachtung, als er – wie kaum ein zweiter – mit seinen Ideen in die Praxis gegangen ist, sie offen mit allen Seiten diskutiert hat, und jeder Partei dabei gezeigt hat, daß sie mit seinen Vorschlägen nur gewinnen kann. Nicht Moral und nicht Verantwortung ist es also, was Bergmann anspricht, sondern **der persönliche Vorteil**. »Schon in Flint habe ich immer wieder betont, daß das eine »win-win«-Lösung ist, daß die »Neue Arbeit« einzuführen besser für den Unternehmer ist und besser für seine Mitarbeiter«, sagt er selbst im Interview. Was also, um die Frage noch einmal etwas genauer zu stellen, kann Unternehmer und Gewerkschaften im Kapitalismus davon abhalten, einen handfesten Vorteil auszuschlagen? Sind sie blöd? Oder schwerhörig? Oder böse? Und wenn sie das alles nicht sind: was verstellt ihnen den Blick?

Den ersten Hinderungsgrund, den ich da sehe, bezeichnet man gewöhnlich als »Betriebswirtschaftliche Rationalität«. Sie verbietet dem einzelnen Unternehmen bei Strafe des Untergangs durch die Konkurrenz, irgendein anderes Motiv oder Argument in seine Rechnung aufzunehmen, als den größtmöglichen sofortigen und unmittelbaren Nutzen. Nicht das Überleben der Menschheit, ihr Glück oder ihre Selbstverwirklichung ist also das Ziel unternehmerischen Bemühens, sondern der heutige Aktienkurs. Alles andere kann man entweder in die Zukunft abschieben oder an die Allgemeinheit, sprich Staat. Daß diese bornierte Weltsicht sich immer mehr ausbreitet und derzeit alle Grenzen überschreitet, wissen wir. Daß deswegen die Regenwälder in Flammen aufgehen, wissen wir auch. Daß die Vertreter dieser Anschauung diese Hölle auf Erden in geradezu religiöser Verblendung als »beste aller Welten« feiern, ist ebenso bekannt. Ein brauchbares Rezept dagegen kenne ich nicht. Daß die Menschenliebe eines Frithjof Bergmann daran scheiterte, wäre für mich nicht verwunderlich. Damit will ich nicht behaupten, Frithjof Bergmann könnte diesen Managern nicht den langfristigen Nutzen seiner Vorschläge für ihre Bilanzen erklären – er betont ja immer wieder stolz, wie offen sie mit ihm reden; ich bezweifle nur, daß diese Herren es sich noch erlauben können, in so langen Zeiträumen von sagen wir mal zwei oder drei Jahren zu denken, wo doch die Kurse sich jede Stunde ändern und die Bilanzen mittlerweile vierteljährlich veröffentlicht werden. So viel zur Chance der Verwirklichung der »Neuen Arbeit« in bestehenden Unternehmen.

Bleibt der Staat. Ihm traut Frithjof ja noch erstaunlich viel zu, wenn er gegen Ende des Interviews fordert: »Aber das Geld von den Leuten nehmen – auf ganz einfache Art, nämlich mit Gewalt oder mit Steuern, oder auf eine Art oder die andere. Es darf nicht zu einem Umfang von Beträgen kommen, die sich das Kapital jetzt aneignet... Es geht nur, wenn man ihnen sagt: Schön, ihr verdient sehr gut, und wir werden Euch jetzt 80 bis 90 Prozent davon wegsteuern und wir werden das dazu benutzen, Menschen zu erziehen und Menschen das Leben bequem zu machen, es Menschen möglich zu machen, andere Arbeit zu tun.«

»Gerade, weil unser Wirtschaftssystem vor dem Kollaps steht, muß es mit allen Mitteln gebuttert werden...«

Das gefällt mir natürlich, ich war ja auch mal linker Sozialdemokrat und habe an die Macht der Umverteilung durch Steuern geglaubt. Ökonomisch gesehen beweist es aber nur, daß Frithjof Bergmann ein Träumer ist. Dieser unser Staat steuert den Reichen überhaupt nichts mehr weg; im Gegenteil, die paar Mark, die er noch einnimmt, oder besser, die er als Kredit auf die Zukunft unserer Kinder aufnimmt, trägt er den Unternehmern, die bekanntlich häufig gar keine Steuern mehr zahlen, als Subventionen hinterher, damit sie überhaupt noch im Lande bleiben. Für soziale Experimente, Lokale Ökonomie, Alternative Arbeitsmodelle bleibt da nicht viel übrig, und wenn das Geld fließt, dann will man einen raschen Nutzen sehen, sprich Entlastung der Sozialkassen durch positive Effekte auf den ersten Arbeitsmarkt.

»... und gerade deshalb steht kein Geld für ein alternatives Arbeits- und Wirtschaftssystem zur Verfügung«

Das ist auch der Grund dafür, daß – um jetzt noch mal konkret zu werden –, die Leute von *»Eigenart«* in Thüringen gezwungen sind, mit ABM- und Sozialstundenleu-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 4

Foto: Burkhard Maus (SoZ Nr. 23/97)

ten zu operieren, also mit einer Belegschaft, die dauernd ausgetauscht wird, statt daß man einer festen Gruppe einen festen Betrag zur Gründung eines eigenständigen sozialen Unternehmens in die Hand gäbe, so wie man es bei profitorientierten Unternehmen der Privatwirtschaft ständig tut. **Gerade weil** unser Wirtschaftssystem vor dem Kollaps steht, muß es mit allen Mitteln gebuttert werden, und **gerade deshalb** steht kein Geld zur Verfügung für ein alternatives Arbeits- und Wirtschaftssystem, das gerade jetzt nötiger wäre denn je.

Deshalb wird es auch schwer halten mit der Verwirklichung neuer Produktideen durch Genossenschaften und Kooperativen, so wie es Frithjof vorschwebt. Nicht, weil uns Alternativen nichts einfiele, sondern weil man das Geld zur Verwirklichung uns nicht so leicht zur Verfügung stellen wird, profitorientierten Unternehmern aber wohl. Oder habt Ihr schon einmal von einem Fall gehört, wo das viel besungene Risikokapital mit der fetten staatlichen Zusatzförderung an eine soziale Produktionsgenossenschaft gegangen wäre? Der Kapitalismus ist in seiner Geschichte auch eine Geschichte des Diebstahls produktiver Ideen, und entsprechend den vorhandenen Förderungs- und Eigentumsstrukturen ist es wohl eher zu besorgen, daß das Gold, was in den Köpfen der New-Worker gehoben wird, über eine neue »Gründeroffensive« wieder in die Tresore des Privateigentums der Wenigen wandert. Das muß nicht so sein, wird aber so sein, wenn man sich nicht rechtzeitig Gedanken macht über die Struktur und die Eigentumsverhältnisse, sprich Rechtsform derjenigen, die auf neue Weise wirken und werken.

Überhaupt Selbstversorgung. Ich komme noch aus der Zeit, wo man sein Gemüse im Garten selber zog, die Milch vom Bauern holte, die (Kinder)kleider selber nähte und strickte und das Radio oder auch noch den Verstärker im Baukasten kaufte. Und warum, bitteschön, ist das alles verschwunden? Weil die industriell gefertigten Produkte viel, viel billiger waren und zum Teil eben auch besser. Das soll niemand daran hindern, das Brennholz im Wald zu sammeln oder sich eine Strickmaschine zuzulegen. Man sollte sich nur darüber im klaren sein, gegen welche Konkurrenz man da antritt. Industrie und »Markt« werden jedenfalls auf jede Selbstversorgungsinitiative antworten, sobald sie eine gewisse Größe und finanzielle Bedeutung erreicht hat, sprich sobald man daran etwas verdienen kann; denn der Kapitalismus ist historisch nicht nur durch die Erfindung neuer Technologien und neuer Bedürfnisse zu dem geworden, was er ist, sondern mindestens in dem selben Maße durch die Ersetzung von alten Verfahren und Produktionen, die rund ums Haus angesiedelt waren oder lokalen oder regionalen Bezug hatten. Herstellung und Verkauf von industriell gefertigter Marmelade oder Kartoffelpüree, um noch mal zwei Produkte zu nennen, deren Einführung ich noch miterlebt habe, sind als Markt für »das Kapital« eben genauso wichtig wie Computerchips und Abgaskatalysatoren, weil sich damit genausoviel Geld gewinnen (oder verlieren) läßt.

»Der Staatsapparat verhält sich zur Steuereinnahme wie ein Junkie zur Droge«

Und die Vertreter des Staates, die sich so interessiert an allen Vorschlägen zur »Neuen Arbeit« zeigen, weil sie sich eben schon berufsmäßig für alles interessieren müssen, womit sie wenigstens den Anschein erwecken können, sie würden etwas gegen die wachsende Arbeitslosigkeit und die wachsende Zahl von Sozialhilfeempfängern unternehmen, tun in Wirklichkeit alles, damit genau diese entfremdete, ausbeuterische und verblödende industrielle Massenfertigung nicht verschwindet, denn aus deren Erträgen speist sich ja eben der Staatsapparat, dem sie angehören, sei es nun durch und vermittels von Umsatzsteuer, Lohnsteuer, Gewerbesteuer, Sozialbeiträgen oder was sonst. Und sie halten an diesem System fest, selbst wenn man sie davon überzeugt, daß es auf Dauer keinen Bestand haben wird, einfach weil ihr Apparat jetzt und heute davon lebt. Deshalb sitzen ja auch die Handwerkskammern da und wachen darüber, daß selbst die ödeste und perspektivloseste ABM-Unternehmung ihnen nicht vielleicht doch irgendeinen Auftrag wegschnappt.

Dagegen haben wir in der Regel natürlich das Argument der Einsparung von Kosten, denn unsere Art zu Produzieren schont Ressourcen und Umwelt und senkt die Aufwendungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Aber dieses Argument, so gerne es gehört und so oft es gelobt wird, trägt nicht weit, weil der Staatsapparat sich zur Steuereinnahme verhält wie der Junkie zur Droge. Für die noch so geringe Chance einer Steuereinnahme infolge einer Gewerbeansiedlung oder -erweiterung verschenkt der Kämmerer das letzte Hemd der Gemeinde in Form von fast kostenlosen Grundstücken, gibt das Land die letzten Fördermittel, wird der letzte denkmalsgeschützte Altbau geschleift und das letzte Landschaftsschutzgebiet betoniert. Ich will damit nicht sagen, daß »New Work« **keine** öffentliche Förderung bekommen kann; ich habe nur die Reihenfolge aufgezeigt, die sich nach der Stärke der Interessen richtet, und da kommen wir eben ganz hinten, und in Zeiten knapper werdender Mittel ist für das Sinnvolle und Zukunftsträchtige meist kein Geld mehr da.

Auch von dieser Seite werden wir jedenfalls nicht die Mittel bekommen, die wir benötigen, wenn wir »high-tech-selfproviding« auf breiter Basis verwirklichen wollen.

Schlechte Zeiten also für alle, die auf dem steinigen Pfad von der Utopie zur Wirklichkeit sind?

»Wären unsere Ideen nicht so stark, dann bräuchte das herrschende Wirtschaftssystem sie nicht zu bekämpfen«

Ich habe in den vorausgegangenen Zeilen versucht, einige von den Hindernissen zu benennen und zu beschreiben, die sich der Ausbreitung unserer Idee entgegenstellen. Ich habe das getan, weil Frithjof nur die positiven Seiten nennt. Warum das so ist, weiß ich nicht. Vielleicht ist er ja schon so weit amerikanisiert, daß er sich nicht mehr der eindimensionalen Denkweise der US-Werbung entziehen kann. Für mich, und ich glaube das geht auch vielen anderen so, werden Unternehmungen erst dann reizvoll, wenn ich bei ihrer Realisierung auf Widerstände stoße. Sie gehören für mich dazu. Sie fordern meine Kreativität und mein taktisches Geschick heraus, wie die Piste den Skifahrer. Aber mehr noch: **Erst in der Auseinandersetzung entwickelt sich die Idee, zeigt sie ihre Stärke, findet sie ihren Weg.**

Gut dialektisch gedacht ist die Stärke des Widerstands, auf den man trifft, auch immer ein Zeichen für die Stärke der eigenen Idee. Wäre die Idee von »New Work«, wäre die Idee der »Eigenarbeit«, wäre die Idee der »Lokalen Ökonomie« nicht so stark, dann bräuchten die Vertreter des herrschenden Wirtschaftssystems sie nicht zu bekämpfen. Wir müssen uns nur auf diesen Kampf einstellen und dürfen uns nicht dem Glauben hingeben, hinter dem freundlichen Interesse von Banken, Unternehmern und Staatsbeamten stünde die Bereitschaft zu einer wirklichen Änderung ihrer Wirtschaftsweise.

Der Gebrauch des Wörtchens »Gewalt« verrät mir, daß auch Frithjof Bergmann offensichtlich nicht so blauäugig ist, wie er manchmal in seinen Interviews erscheint. Und in der Tat ist das, was wir brauchen, eine Doppelstrategie. Wir müssen überzeugende Konzepte vorlegen, wir müssen zeigen, daß unsere Vorschläge sich im Rahmen der herrschenden Gesetze und der vorhandenen Möglichkeiten umsetzen lassen, wir müssen aber auch klarmachen, daß wir dann, wenn man uns von den Resourcen ausschließt, die man nun mal benötigt, wenn man etwas realisieren will, auch in der Lage sind, uns das zu nehmen, was wir brauchen. Ich denke dabei vor allem an leerstehende Gebäude, freie Flächen, Brachland. Ich sage das als Mitglied einer sozialen Bewegung, der SSK/SSM, die jahrelang leerstehende Gebäude besetzt hat, um selbstverwaltete soziale Projekte durchzusetzen, und die derzeit völlig gewaltfrei und nur am Verhandlungstisch ihre Vorschläge macht und ihre Forderungen stellt. Und ich sage das in dem Bewußtsein, daß ein Wirtschafts- und Sozialsystem welches den Menschen millionenfach die Verwirklichung ihrer Lebensmöglichkeiten verweigert, im Sinne von Johan Galtungs Definition als »Strukturelle Gewalt« bezeichnet werden muß, gegen die es ein Recht auf Widerstand gibt.

Mein Beitrag würde sich aber zu Recht dem Vorwurf der Einseitigkeit aussetzen, wollte er sich darauf beschränken, die Schwierigkeiten aufzuzählen und die Nennung der Stärken Frithjof Bergmann überlassen. Deshalb will ich zumindestens noch auf eine Stärke hinweisen, die unsere Bewegung hat, und die in Eurem Interview bei Frithjof merkwürdig blaß bleibt, und das sind die Gruppen, die die Arbeit tun sollen. Ich erwähne das, weil wir damit, mit allen möglichen Formen von Kollektiven und Kommunen, in Deutschland, genau wie in den USA, jede Menge Erfahrung haben, die es lohnt, hervorzuholen und auf ihre Brauchbarkeit im Bezug auf Neue Arbeit zu überprüfen.

»Wirklicher Individualismus und wirkliche Gemeinschaft« sagt Frithjof zu Recht, sind nötig und »aus diesem Ansatz heraus habe ich gesagt, das high tech self providing darf nicht einzeln laufen, allein laufen, sondern in Gruppen und in Gruppen von Gruppen, die sich zusammenschließen.«

»Die Gemeinschaft zeigt ihre wahre Stärke aber erst, wenn sie beginnt zu produzieren...«

Hier muß man als erstes erwähnen, daß genau dieser Zusammenschluß von Individuen, die »freie Assoziation« würde Karl Marx sagen, das erste ist, was dem Kapital nicht schmeckt, denn das Geschäft mit den Bedürfnissen kann erst so richtig laufen, wenn die Menschen möglichst vereinzelt sind, so daß jeder Akt zwischenmenschlicher Kommunikation in ein Geschäft verwandelt werden kann, an dem man verdient. Insofern ist die Entwicklung zur Kleinfamilie und dann weiter zum Single voll im Sinne des Bussiness. Auf diesem Wege sind wir weit vorangeschritten. Selbst das Gespräch ist heute bekanntlich bereits eine Dienstleistung geworden, die von Psychologen gegen Geld erbracht wird.

In der Gemeinschaft fallen viele Bedürfnisse zusammen, so das nach Essen, nach Wohnen, nach Kindererziehung, oder das nach Fortbewegung, und das hat zur Folge, daß deren Befriedigung einfacher und kostengünstiger wird. Dort, wo die Unternehmer zahlen müssen, in ihrer Produktion nämlich, sind solche Effekte erwünscht und werden uns als »Rationalisierung« oder »Synergie« täglich vorgeführt und angepriesen. Wenn der »Konsument« – so heißen wir volkswirtschaftlich – dasselbe in seinem Bereich exerziert, ist das, wie gesagt unerwünscht, denn es mindert den Absatz von Nahrungsmitteln, von Wohnungen, Kücheneinrichtungen, Kraftfahrzeugen, Telefonen etc. Kein Wunder also, daß das gemeinsame Leben, die »Kommune«, von den werbeabhängigen, sprich also kapitalabhängigen, Medien in den letzten dreißig Jahren mit einem Milliardenaufwand verhöhnt und verhetzt worden ist, wie keine andere Lebensform.

Foto: Burkhard Maus (SoZ Nr. 23/97)

Die Gemeinschaft, und auch das deutet Frithjof an, zeigt ihre wahre Stärke aber erst, wenn sie beginnt zu produzieren. Und das tut sie zuerst im häuslichen Bereich. Wie schon das Wort sagt, war alle Ökonomie (oikos = griech. für Haus) zuallererst Hauswirtschaft. Und genau diesen Bereich gilt es zurückzuerobern; hier, beim Holzsägen (natürlich mit der Kreis- oder Kettensäge, Frithjof!), beim gemeinsamen Renovieren und bei der gemeinsamen Nutzung/Reparatur des PKW fängt die Selbstversorgung an, hier beginnt das Wunder der Geldvermehrung durch Selber-Tun. Und auch das fürchtet der Staat wie der Teufel, legt es doch seine Steuerquellen trocken, und deshalb verfolgt er es, wo er nur kann, als »Schwarzarbeit«.

Die produzierende Gemeinschaft ist gar nicht so ein Wunderding, wie manche meinen, die Älteren von uns kennen sie noch aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, als sie uns half, eine Zeit zu überleben, wo die Industrie, welche inzwischen als allgemeine Lebensvoraussetzung gilt, plötzlich abgeschaltet oder mit wichtigerem, nämlich Rüstungsproduktion, beschäftigt war, und die Menschen selber für die Deckung ihres Bedarfs sorgen mußten. Bei uns gibt es diese Großfamilie höchstens auf dem Lande noch in Resten, aber weltweit sorgt sie immer noch dafür, daß die Menschheit die diversen Rezessionen überlebt, welche die »Global Player«, die nicht müde werden vom Wohlstand für alle zu faseln, tatsächlich hervorrufen.

Wie gesagt, die Großfamilie kommt nicht wieder, und wer sie noch kennt, wünscht sie auch nicht zurück, aber von ihrer Leistungsfähigkeit können wir lernen, wenn wir daran gehen, Gemeinschaften zu bauen, welche die Stürme der Weltökonomie überstehen, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen.

Diese Gemeinschaften, und auch da sehe ich keinen Widerspruch zu Frithjof Bergmann, können mit dem Bau von Wohn- und Arbeitsstätten als erste gemeinsame Produktion beginnen und von dort aus weitere Firmen, beispielwiese im Transportwesen und Recycling, gründen wie der *SSM*, oder im Garten- und Landschaftsbau wie das Kölner Projekt *»Bauen-Wohnen-Arbeiten«* in der ehemaligen Kaserne Klerken. Eine Chance dafür, die Förderung zu erhalten, die jedes Projekt benötigt, sehe ich aber nach unserer Kölner Erfahrung allenfalls dann, wenn man Gruppen erfaßt, die der Staat unbedingt loswerden und von der Tasche haben will, wie Obdachlose, Psychisch Kranke oder Langzeitarbeitslose (eine neue Form der Erkrankung, allerdings nicht der betroffenen Individuen sondern des sie hervorbringenden Systems).

»Kampf um »Kompetenz« und »Meinungsführerschaft« in allem, was über die jetzige Arbeitsgesellschaft hinausweist...«

Und damit bin ich bei dem Ansatz, der in den nächsten Jahren für die Ausbreitung von Neuer Arbeit meiner Meinung nach am erfolgversprechendsten ist, wie auch das Beispiel *»Eigenart«* beweist, und das ist die Verknüpfung mit sozialen Aufgaben, wie die Lokale Ökonomie sie überall versucht. Nicht, weil »Neue Arbeit« nur etwas für Randgruppen und Sozialfälle wäre, sondern weil sie dort am ehesten toleriert wird. Gemeinsam mit Leuten, die die bisherige Arbeitsweise ankotzt und die etwas Neues suchen, können hier Gruppen entstehen, die alle Schwierigkeiten meistern und wenigstens in Ansätzen etwas wirklich Neues schaffen.

Das mag manchem nicht genügen, aber solange die gesellschaftlichen Grunddaten sich nicht ändern, d.h. solange Unternehmer und Staat volle Pulle ihren neoliberalen Kurs weiterfahren, werden wir nicht aus den Nischen herauskommen, in denen wir uns derzeit noch befinden. Das muß aber nicht unbedingt ein Fehler sein, denn wir können die Nischen besetzen, welche die Gesellschaft uns bietet. Von dieser Basis, geformt von autonomen Gruppen, aus können wir einen Kampf um »Kompetenz« und »Meinungsführerschaft« führen in allem, was über die jetzige Arbeitsgesellschaft hinausweist und größere Projekte anregen, so wie wir das in Köln mit unserem Projekt *»Industriebrache Güterbahnhof Mülheim«* und der *»Mülheimer Erklärung«* tun. Dabei sind nicht Millionenumsätze gefragt und auch nicht tausende von ABM-Plätzen, sondern zukunftsweisende Projekte, in denen das, was wir meinen, für die Menschen sichtbar wird.

Wir müssen alles versuchen und jede noch so kleine Chance nützen, um »Neue Arbeit«, »Lokale Ökonomie«, »Wirtschaft von unten«, »Eigenarbeit« Wirklichkeit werden zu lassen, auch wenn unsere Bemühungen wahrscheinlich zu schwach sind und zu spät kommen, um die Wirtschaftskrise, die auf uns zurollt, und deren Erschütterungen bereits überall zu spüren sind, noch auffangen oder abschwächen zu können. Aber nur auf diese Weise können wir die Erfahrungen machen, die wir dringend brauchen, wenn aus der Krise heraus etwas Neues entstehen soll. Dabei kann uns ein sozial eingestellter Unternehmer genauso helfen wie ein aufgeschlossener Minister oder Dezernent oder ein verrückter Professor. Wichtig ist nicht, daß das, was dabei entsteht, groß ist oder von ewiger Dauer. Wichtig ist aber, daß es auf eigene Füße kommt, **selbständig** wird, und nicht nur ein Anhängsel eines überlebten Systems bleibt. Und ich glaube bei dieser Arbeit und in diesem Kampf können wir von Frithjof Bergmann eine ganze Menge lernen: Einfallsreichtum, Sinn für das Machbare, und nicht zuletzt auch Radikalität.●

BETRIFFT: INTERVIEW MIT FRITHJOF BERGMANN IM JUNI '98

Wi sün schon dor

Alles schon einmal dagewesen – oder ist die praktizierte Kommune eine Antwort auf die Arbeitslosigkeit?

Der nachfolgende Diskussionsbeitrag aus Kommunesicht zum »New Work«-Ansatz von Frithjof Bergmann stammt von Uwe Kurzbein. Uwe war lange Jahre Mitglied der anarchistischen Kommune Lutter und ist jetzt bei der im Aufbau begriffenen Gemeinschaft Olgashof bei Dorf Mecklenburg.

Wenn ich richtig verstanden habe, empfiehlt *Frithjof Bergmann*, soll ich mir klar werden, was ich wirklich wirklich will, dieses auch tun, und die lebensnotwendigen Dinge auf dem schnellsten, einfachsten bequemsten Weg erledigen. Dafür, so schlägt er vor, soll ich die am höchsten entwickelte Technik in Anspruch nehmen, das high tech providing, die mir die Arbeit erleichtern und auch die Hierarchien in Kauf nehmen, die wir gerade dabei sind abzuschütteln. Miteigentum und Mitentscheidungen sind nicht nötig. Ganz im Gegenteil würde das ewige Diskutieren nur nerven.

Am besten ginge das natürlich in einer Gemeinschaft, in der ein bis zwei Artikel produziert werden, die lukrativ auf dem Markt abgesetzt werden können. Zum Schluß empfindet er Geld lediglich als eine Sache, mit der alles schneller geht, es ist austauschbar und man kann Dinge dafür eintauschen. Damit bei einer Automatisierung nicht der Unternehmer den Profit macht, sollen 90% weggesteuert werden.

Nun denn. Ich muß zugeben, daß ich etwas perplex war, denn erstens wird das eine bereits seit Jahrzehnten in der Kommunescene mit Erfolg praktiziert. Zweitens jedoch war ich erstaunt über die unpolitische Umgangsweise und damit auch mit der Blauäugigkeit, mit der Bergmann die gesellschaftlichen Ausbeutungsmethoden toleriert, allerdings mit dem Wunsch, von dem Profit des Unternehmers 90% zu versteuern.

Für mich passen die ganzen Dinge nicht zusammen. Ich habe den Eindruck, daß er hier einen doch sehr liberalen Entwurf skizziert, der assoziiert: Es ist alles so einfach. Ihr braucht nur herauszufinden, was ihr wirklich wollt. Und dann seid ihr frei. So viel Unschuld ist mir in der politischen Diskussion selten begegnet. Es paßt in diese Zeit wie ein Modeartikel und fügt sich dann schon sprachlich ein: New Work, New Wave, New ... alles neu. Ihr seid dann nicht mehr arbeitslos, sondern bringt euch in wenigen Stunden mit all eurer Kreativität in einen verknappten Arbeitsprozeß ein und die restliche Zeit macht ihr das, was ihr wirklich wollt. Abschaffung des Arbeitsmarktes bedeutet Abschaffung der Arbeitslosigkeit, bedeutet auch Abschaffung des staatlichen sozialen Netzes. Ja, wenn weitergedacht wird, macht sich der Staat fast von selbst überflüssig. Aber so etwas denkt Bergmann gar nicht. Zumindest in dem Interview.

Wenn das Leben doch so einfach wäre!

Ich meine, daß in diesem Ansatz viele Tücken stecken, die jedoch mehr in dem Ausgeklammerten zu finden sind. Natürlich ist es gut zu wissen, was ich will. Aber woher weiß ich das? Mein Wollen über das, was ich vor meinen Erfahrungen in der Kommune »Lutter« wollte, war völlig anders, als mein Wollen heute. Es liegt auf der Hand, daß das mit den Prägungen und mit den daraus resultierenden Bedürfnissen zu tun hat. Wenn mir jemand aus dem Stegreif sagt, was er wirklich will, dann kann das nur gesellschaftlich, umweltbezogen sein. Zum Kettensprengen auf dem Weg zur Freiheit wird das wohl nicht taugen. »Wo liegt mein Kern, was bin ich eigentlich, was soll ich auf dieser Welt?« Das sind alles Fragen, die sich mir auf diesem Wege zum Wirklichwollen stellen. Das ist der Weg, den ich als den therapeutischen bezeichne, und der ist alles andere als einfach. Das Ergebnis dürfte dann auch ein anderes sein. Nicht das Wirklichwollen, sondern das Einlassen auf die Notwendigkeiten des Lebens, das Einlassen auf die Beziehungen, das Einlassen auf die Arbeit wird ein Ziel sein. Die Selbstbestimmung wird das Ziel sein. Wie soll meine Arbeit sein, was will ich arbeiten, wie sollen meine Beziehungen sein, welchen Sinn gebe ich meinem Leben? Ob ich dadurch freier bin, wage ich nicht zu sagen. Freiheit ist ohnehin ein sehr abstrakter Begriff. Ich möchte lieber einfügen: Frei sein von oder frei sein für etwas.

In den politischen Kommunen wird das alles geübt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß das ein schwieriger Prozeß ist, und daß das Glück oder das Glücklichsein auch nicht garantiert wird.

Was Bergmann meines Erachtens bagatellisiert, sind die gesellschaftlichen Umstände, die es zu verändern gilt, die er jedoch in Kauf nimmt. Als Umverteilungsmodell schlägt er die 90% Steuern vor. In einem Nebensatz gewissermaßen soll umverteilt werden, von einem Staat, der die Einnahmen dann dazu verwendet, um die Menschen zu erziehen.

Aber er weist auch auf einige Dinge hin, die ich sehr unterstreichen kann. In unseren Kommunen können wegen des egalitären Systems und der Freiheit der Entscheidung alle Menschen wirklich nur das machen, was sie wollen. Ob sie wirklich, wirklich das wollen, was sie auch wollen, ist eine andere Frage. Das aber kann nur in einem sozialen Kontext praktiziert werden, der auf Solidarität, auf gegenseitige Hilfe und auf Rücksicht, auf Achtung und auf Verantwortung aufgebaut ist. In einem sozialen Kontext zu leben, heißt immer Kompromisse zu machen. Jeder Kompromiß nagt an meinem Wirklichwirklichwollen. Leonardo: »Die Stärke des Künstlers liegt in der Einsamkeit«. In der Gemeinschaft zu leben muß also andere Wichtigkeiten haben, als mit der High tech providing die Arbeit möglichst schnell und problemlos zu schaffen. Der Sinn von Gemeinschaft kann nur in dem Zusammensein liegen. Und in nichts anderem. In dem Interesse an dem anderen. Auf dieser Basis entwickelt sich eine andere Einstellung zu den Mitmenschen, die über das Zusammenleben, über den sozialen Prozeß Verbündete werden. Und hier kann auch nur die Arbeit angesiedelt sein.

Zu empfehlen ist nach wie vor das Standardwerk über Kommunen, das »*Kommunebuch*« nämlich, in dem genau dieses alles sehr genau beschrieben ist. Ganz nebenbei ist die 2. Auflage bereits in Arbeit.

In dem Interview wird ausgeblendet, daß ich in einer Welt lebe, in der alles, was ich tue, Konsequenzen hat. Alles hat seinen Preis. Sei es ein sozialer oder ein materieller. Insofern halte ich es für wichtig, abwägen , wählen zu können, und dann das Sinnvolle zu tun. Ich kann mir eine Welt ohne Zwänge gar nicht vorstellen.

Zu unterstreichen ist die Vorstellung, von der Lohnarbeit wegzukommen, um sich nicht mehr verkaufen zu müssen. Bergmann biegt dann zwar wieder auf diese Schiene ein und bagatellisiert dabei auch gleich noch das Wesen des Geldes. Er scheint sich nicht mehr an die Funktionen des Geldes zu erinnern. Nur mittels Geld kann Kapital akkumulieren, nur damit kann Macht ausgeübt werden, nur dadurch ist der völlig durchgedrehte, abstruse und gefährliche Weltgeldmarkt entstanden, nur dadurch die vorhandene internationale Verflechtung und die dadurch praktizierte Unterwerfung, Ausbeutung ganzer Länder. In Anbetracht dieser Sichtweise, die kein einigermaßen informierter Mensch ignorieren kann, erscheinen mir die Äußerungen von Bergmann höchst skuril, naiv und einfältig.

Die Menschen streiken und kämpfen darum, ausgebeutet zu werden

Allerdings wird es Zeit, daß für das Problem der Arbeitslosigkeit eine Antwort gefunden werden muß.

Das Problem der Arbeitslosigkeit ist ein vielschichtiges. Auf der einen Seite müssen die meisten Menschen ihre Lebenszeit verkaufen, damit sie Geld zum Leben haben. Sie streiten darum und gehen für diese Arbeit auf die Straße. Sie streiken und kämpfen dafür, ausgebeutet zu werden. Gesellschaftlich und ökonomisch gesehen hat sich das Prinzip der Ausbeutung nicht verändert. Wahrscheinlich ist es etwas subtiler geworden, nicht mehr so plump wie zu Beginn der Industriealisierung. Eigentum ist Diebstahl. Die Arbeiterin und der Arbeiter erhalten nicht das, was sie produzieren. Die Analysen über diese Form der Arbeit sind bekannt. Bergmann vergleicht sie auch mit Sklavenarbeit und hofft, lohnabhängig zu arbeiten und nicht ausgebeutet zu werden. An der Arbeitssituation hat sich grundsätzlich nichts geändert.

Indes, der Artikel paßt in eine Reihe von immer wieder aufkommenden Gedanken, die immer öfter auf allen Seiten geäußert werden, die versuchen, eine Antwort auf die Arbeitslosigkeit zu finden. Von Seiten der Regierenden kommen die Impulse: Macht Euch doch selbständig! Seminare, Schulungen werden wie Sauerbier angeboten. Von Seiten der Philosophen kommt der Gedanke: Findet ein neues Verständnis zur Arbeitslosigkeit, ihr seid von ausbeuterischer Arbeit freigestellt, und könnt jetzt machen was ihr wollt. Wir müssen daran arbeiten, daß Arbeitslosigkeit gesellschaftlich nicht als Makel, sondern als Freiheit angesehen wird. Der Genosse Waldomar (siehe: Verriß über das Kommunebuch) sieht in dem Leben in den Kommunen eine Antwort auf die Arbeitslosigkeit. Von Seiten der linken Initiativen werden Tauschringe eingerichtet. Die Währung der Marienkäferchen macht Schule. Ich meine, wir in den Kommunen sollten uns mit diesem Thema beschäftigen. Wir sollten uns fragen, ob nicht tatsächlich das, was wir machen, auf breiter Ebene praktiziert – so wie wir es uns eigentlich immer wünschen – eine Antwort auf Arbeitslosigkeit ist. Ich meine, sie ist keine. Was wir machen, ist ein komplexer Lebensentwurf. Eine Lebensveränderung ist der politische Ausdruck. Nicht unbedacht haben wir dem Kommunebuch den Untertitel: »Alltag, Widerstand und gelebte Utopie« beigefügt. Es ist etwas ganz anderes als das, was flächendeckend in der BRD praktiziert wird.

Eine Antwort auf die Arbeitslosigkeit kann die »Kommune« nicht sein

Wenn also in diese Richtung phantasiert wird, dann sei berücksichtigt, daß die betreffenden Arbeitslosen wahrscheinlich ihr ansozialisiertes Bewußtsein verändern müssen. Denn mit »Kommune« ist verbunden: Ein völlig anderes Konsumverhalten und Verständnis, eine Wandlung der bisherigen Werte von Recht und Ordnung, ein völlig verändertes Verständnis von Arbeit und vieles mehr. Ich meine, dieses Bewußtsein wäre Ausdruck einer ziemlich heftigen progressiven Gesellschaftskritik, das im völligen Gegensatz zu dem Kampf steht, den der Arbeitslose führt, wenn es um den Erhalt der Arbeit geht, die ja auch heute noch ausbeuterisch genannt werden darf. Daß die Arbeiterin sich heute noch um diese Arbeit reißen muß, hat entscheidend mit ihrer sozialen Zwangslage zu tun, hat mit den Werten von Konsum und Lebensstandard zu tun. Schulden und Suchtmittel, wie Fernsehen, Auto, etc. sind die Überlebensstrategien in dieser Gesellschaft. Den Sprung aus dieser Situation in eine Kommune zu tun, halte ich für ziemlich schwierig. Eine Antwort auf die Arbeitslosigkeit kann deshalb die »Kommune« nicht sein. Damit meine ich nicht, daß nicht auch Arbeitslose in die Kommune ziehen könnten. Das ist ja gängige Praxis bei uns. Nur ich könnte es nicht als Konzept anbieten. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist die, daß mit jeder sich aus diesem Grunde bildenden Kommune der Arbeitsmarkt entlastet wird und sich der Staat die Hände reibt. Aber er lächelt ja eh bei all unseren Aktivitäten.

Ich muß jedoch zugeben, daß der Gedanke verlokkend ist, wenn sich auf breiter Basis Gemeinschaften entwickeln, aus welchen Gründen auch immer. Wie könnte so etwas aussehen?

Menschen, die von der Arbeitssuche genug haben, werfen ihre wenigen Mittel zusammen und setzen sich auf eine städtische oder ländliche Immobilie. Dort versuchen sie, ihre Subsistenz selbst in die Hand zu nehmen. Gegenseitige Hilfe wäre angesagt. Teilen wäre das Überlebensprinzip und das Entwickeln anderer Bedürfnisse, wie wir es aus unserer eigenen Praxis kennen. Auf diesem Wege liegt ein anderes Verständnis von Arbeit, eine andere Bewertung. Selbstachtung, Selbstverwirklichung wären die Folgen. Ganz ohne Zweifel wäre ein sinnvolleres und besseres Umfeld für Kinder geschaffen. Männer und Frauen finden ein anderes Verhältnis zueinander. So gesehen wäre es ja fast eine paradiesische Vorstellung und allemal besser, als sich um die ausbeuterische Arbeit zu reißen.

Das so etwas geht, haben alle Menschen in den Kommunen gezeigt. Alle Anfänge bei den Kommunegründungen hatten ähnliche Voraussetzungen. Wir hatten wenig Geld, viele waren arbeitslos. Indes, wir hatten alle die Idee von einem anderen, menschenwürdigeren Leben im Kopf. Und ob ich das einem Arbeiter oder einer Arbeiterin erklären kann?●

Anzeige

antimilitarismus Information

ami

9/98

Was kostet ein Zivi? Atomexporte nach Indien und Pakistan USA rüsten gegen ABC-Terroristen Neue Atomverhandlungen Krieg im Kongo Zuspitzung in Afghanistan uvm.

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-; Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto).
Probeheft gratis
Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Elßholzstr. 11, 10781 Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
http://userpage.fu-berlin.de/~arend/ ami.html
Telefon/Fax: ++30-215 10 35

Anzeige

In der Türkei sind über 3500 kurdische Dörfer zerstört, 37000 Menschen sind getötet worden. Die türkische NATO-Armee führt einen Krieg gegen die um Selbstbestimmung kämpfenden KurdInnen - auch mit deutschen Waffen. Vier Millionen KurdInnen sind, ihrer Existenzgrundlagen beraubt, auf der Flucht. Allein in der BRD leben eine halbe Million kurdischer Flüchtlinge und ImmigrantInnen. Viele sind von Abschiebungen bedroht. Sie müssen als Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt werden und ein Aufenthaltsrecht erhalten. Der Kurdistankonflikt muß politisch gelöst werden.

Fluchtursachen bekämpfen - nicht Flüchtlinge

AKTION 3.WELT Saar, Postfach 1133, 66674 Losheim
Plakate DIN A 2, 2-farbig (0,30 DM/Ex.) gegen Vorkasse zzgl. Porto: (bis 50 Ex. 6,90 DM, ab 50 Ex. 10 DM)
Kto. Nr:15967660, BLZ: 590 100 66 (Postbank Saarbrücken)

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Soziokultur

Soziokultur 2000 – eine Utopie?

»Soziokultur« – was war das noch mal?

Die Frage, was denn eigentlich Soziokultur ist, was sich in den vergangenen zwanzig Jahren verändert hat, was noch aktuell und was nicht mehr zeitgemäß ist, läßt sich am einfachsten mit einem Blick auf die Satzung der »Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren« beantworten, in deren Paragraph Nr. 3 das Selbstverständnis – das »Credo« – formuliert ist. Ich möchte mich bei der Betrachtung nur auf die wesentlichen Forderungen konzentrieren. Daß deren Bewertung polemisch, überspitzt oder verallgemeinernd ausfällt, ist beabsichtigt; erst die Provokation – hat die Geschichte gelehrt – bringt Bewegung.

Das Zentrum...

Bereits im einleitenden Satz zu Paragraph 3 ist von »Zentren« die Rede. Das eigene, selbstverwaltete Haus, in dem sich die Nutzer und Mitarbeiter frei entfalten können, spielte eine wichtige Rolle in der Entwicklung der Soziokultur. Es verkörperte die Bedürfnisse und Gefühle einer Generation von »zu spät Geborenen«, denen die 68er bereits die Schau gestohlen hatten, die sich nach Geborgenheit sehnten und die Identifikationsräume suchten. Hier konnten neue Lebens- und Arbeitsformen entwickelt, Utopien geträumt und zugleich das Private öffentlich gemacht werden. Heute ist das Zentrum für viele zu einem Klotz am Bein geworden. Hohe laufende Kosten müssen erwirtschaftet werden; was früher durch viel Eigenleistung und Improvisation realisiert wurde, muß heute – mangels ehrenamtlichem Engagement – teuer in Auftrag gegeben werden; die behördlichen Auflagen sind strenger und das Auge zudrücken beim TÜV oder der GUV seltener geworden.

Andererseits bieten sich heute dem Kulturverein oder der Kulturinitiative zahlreiche öffentliche und private Räume zur vorübergehenden Nutzung an. In den Städten ist es sogar eine Herausforderung, neue und ungewöhnliche Räume – Fabriken, Behördenkomplexe, Kasernen, Kirchen, Industrieanlagen, Bunker – zu entdecken und sie mit einer auf diesen Ort zurechtgeschnittenen Veranstaltung kurzfristig zu beleben.

Im ländlichen Raum ist ein Zentrum selten zu verwirklichen; so fehlen nicht nur die finanziellen Mittel, auch die Zielgruppe vor Ort ist zu klein, um ein ganzes Haus alleine tragen zu können. Indem ländliche Kulturvereine und -initiativen Räume in verschiedenen Orten nutzen – mittlerweile verfügt jedes Dorf über ein Bürgerhaus - tragen sie zur flächendeckenden Versorgung mit kulturellen Angeboten bei. Und auch hier bieten sich außergewöhnliche Orte an: Burgen, ehemalige Dorfsäle und -gaststätten, Klöster, Scheunen, oder alte Schulen warten darauf, als neue Orte der Kultur (wieder-) entdeckt zu werden.

Das Zentrum, in dem alles unter einem Dach passiert, wird es in Zukunft kaum noch geben; Zentrum muß auch nicht immer gleich Haus sein; es kann Kristallisations- und Mittelpunkt sein – einer Idee, einer Bewegung, mehrerer Initiativen. Dezentralisation war immer eine wichtige Forderung im alternativen Spektrum. Andererseits lassen sich bestimmte soziokulturelle Inhalte – Bildung, Beratung, Begegnung – am effektivsten nur in einem eigenen Haus verwirklichen. Hier sind politische und ökonomische Konzepte für deren Erhalt gefragt.

Basis- und Nutzerorientierung

Das zu sehen, zu hören und zu tun, wozu man Lust hatte und die Inhalte und Angebote endlich selbst bestimmen zu können, statt sie von Staat und Politik vorgesetzt zu bekommen, war ein elementares Bedürfnis der im Aufbegehren befindlichen Generation. Ob das auch wirtschaftlich war, stand nicht zur Diskussion. Viele Zentren vollführten eine tollkühne Gratwanderung zwischen inhaltlichen Zielsetzungen und kommerziellen Angeboten, um Überleben zu können.

Aber ist die Disco, das Rockkonzert oder der Comedy-Act, die ein volles Haus garantieren, nicht auch basis- und nutzerorientiert? Wer heute professionelles Marketing betreibt, hat das Ohr allemal an der Basis. Und die Soziokultur tut gut daran, Marketing in ihren eigenen Reihen einzuführen, um herauszufinden, wer denn die Basis ist und welche Bedürfnisse die Nutzer mitbringen. Vielleicht werden dann auch wieder die Randgruppen und Nischenkulturen entdeckt, die dem Mainstream nicht folgten und im Laufe der Zeit auch aus den soziokulturellen Zentren wieder verschwanden, um sich in ihre eigenen, teils privaten Räume zurückzuziehen.

Die Programme der Zentren spiegeln häufig die Interessen und Vorlieben ihrer Macher wider; so lange sie erfolgreich sind, attestiert man ihnen ein »gutes Händchen« und läßt ihnen freien Lauf. Aber wehe, das Gegenteil ist der Fall; dann ist die »Basis« schnell mit harscher Kritik zur Stelle oder stimmt stumm mit den Füßen ab.

Integration verschiedener Altersgruppen, sozialer Schichten und Nationalitäten

Es ist kein Geheimnis und auch durch Untersuchungen zu belegen, daß sich das Alter der Besucher parallel mit dem der Macher veränderte. In den wenigsten Zentren fand ein Generationenwechsel statt; seit Jahren sieht man die gleichen Gesichter bei den Mitgliederversammlungen, auf Landes- wie auf Bundesebene. Und es ist überwiegend das Bildungsbürgertum, wenn auch mit alternativem oder sozialem Touch, das den größten Anteil des Publikums ausmacht; und die verschiedenen Nationalitäten sind meist nur auf der Bühne zu sehen.

Diese Entwicklung verwundert nicht, denn Begegnungsstätten, in denen neben der Seniorentanzgruppe, die Krabbelstube, der MigrantInnentreff, die ANTIFA oder der Frauenstammtisch noch Platz haben, wo Beratung, Bildungs- oder Jugendarbeit stattfindet, brauchen andere Strukturen, sind personal- und kostenintensiv und politisch oft im Schußfeld. Ein ewiger Existenzkampf ist die Folge; warum sich also diese Probleme aufbürden?

Offenheit und Transparenz

Verlogene »bürgerliche Moral«, undurchschaubare politische Entscheidungsstrukturen und Geheimniskrämerei bei der Vergabe öffentlicher Gelder begründeten diese Forderung. »Seht her, wir haben nichts zu verbergen!« – solche Aufforderungen seitens soziokultureller Einrichtungen kommen heute aber nur noch selten zu Ohr.

Dies wird vor allem bei Mitgliederbefragungen – z.B. für die eigene Statistik, zum Thema Steuern oder als Argumentationshilfe in der Politik – deutlich. Die Auskunftsfreudigkeit ist bei bestimmten Themen sehr gering, vor allem, wenn es um die Finanzen geht. Es könnten ja andere sehen, wieviel öffentliche Zuschüsse man mittlerweile bekommt, oder daß man seit geraumer Zeit sich von den verpönten Einheitslöhnen verabschiedet hat und mittlerweile BAT bezahlt; im Nu wären Neid und Gerede da.

Die gut gemeinte Solidarität, andere in der politischen Diskussion zu unterstützen, indem man seine eigenen Zahlen als Vorbild öffentlich macht, kann auch nach hinten losgehen. Statt daß die angesprochene Kommune den Argumenten folgt, könnte die das Vorbild abgebende Behörde oder die hinter ihr stehende Politik auf die Idee kommen, daß es auch billiger geht. Gutachter, die zur Zeit Umstrukturierungsmaßnahmen der öffentlichen Verwaltung modellhaft am Beispiel der Kultur erproben, greifen auch auf solche Zahlen zurück; die heftige Diskussion um die Wiedereinführung von Grundlöhnen weit unter BAT, gepaart mit leistungsbezogenen Zuschlägen in der *»Alten Weberei«* in Gütersloh, macht das Problem deutlich. Auch das Finanzamt ist froh über Informationen, die zu neuen Einnahmequellen führen.

Daher: nach außen soviel Information wie nötig – nicht mehr, als Politik, Wirtschaft oder Verwaltung zu geben bereit sind –, nach innen mehr Transparenz als bisher, auf der Basis von Solidarität statt Neid oder Mißgunst. Mit verläßlichen Zahlen argumentieren und operieren zu können, ist ein großer Vorteil gegenüber unglaubwürdiger Politik.

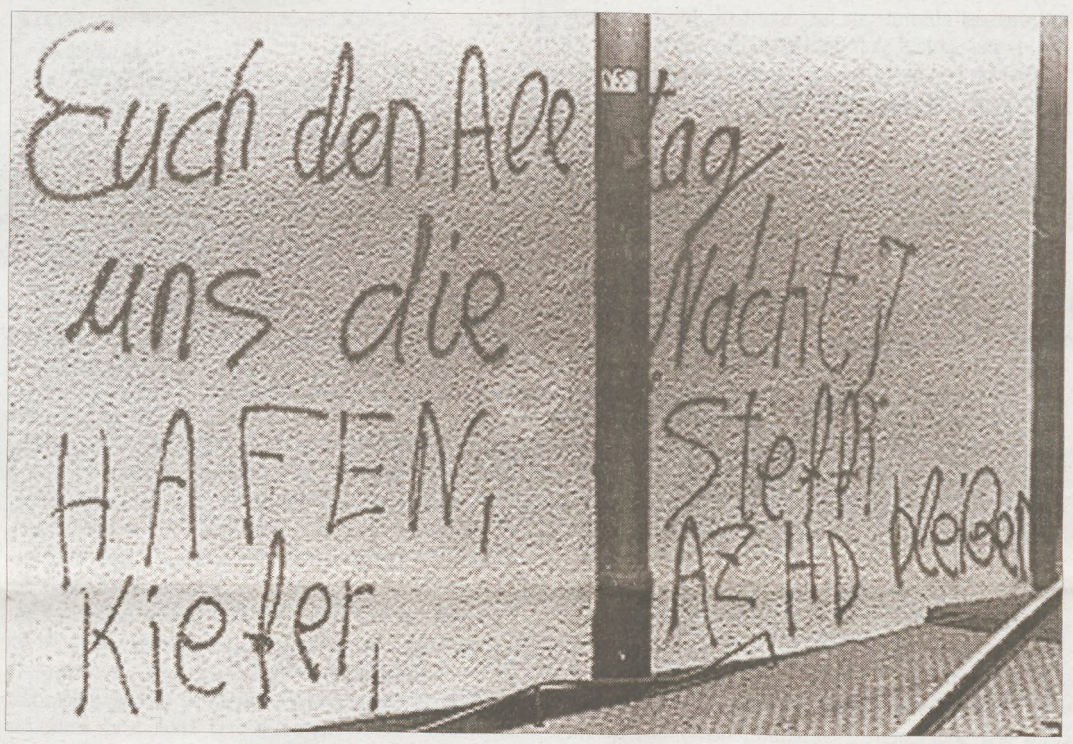
Formen sozialer politischer Arbeit sowie demokratischer Kultur

Diese, wie auch die nächste Forderung:
Initiierung sozialer, politischer und kultureller Lernprozesse
unterliegen inhaltlich dem gesellschaftlichen Wandel, der Veränderung politischer Themen. Die neuen sozialen Bewegungen brachten ihre Themen mit: Umwelt, Frieden, Gleichberechtigung, Selbstverwirklichung, neue Lebensformen oder sexuelle Befreiung waren Gegenstand öffentlicher wie privater Auseinandersetzung. Heute sind sie entweder nicht mehr aktuell oder weitgehend instrumentalisiert und teils in professionellen Unternehmungen institutionalisiert; und dies in der Regel außerhalb soziokultureller Einrichtungen.

Was blieb, sind neue, mittlerweile selbstverständliche Formen kultureller wie gesellschaftlicher Lernprozesse; die Förderung kreativer Eigentätigkeit, ästhetische Erziehung, Kultur- und Theaterpädagogik finden sich in zahllosen Kurs-, und Bildungsangeboten wieder. Auch Plenen, Mitgliederversammlungen oder Teamsitzungen sind heute selbstverständliche Institutionen einer demokratischen (Lern-)Kultur geworden, wenn auch hier Ermüdungs- oder Abnutzungserscheinungen auftreten. Sich selbst zu hinterfragen, sich der eigenen Teamfähigkeit oder Konflikten zu stellen, wird allerdings auch heute noch weitgehend aus dem Weg gegangen; Supervision, Coaching, Teamtraining oder Konfliktmanagement ist für viele ein zu weitgehender Eingriff ins Private.

Wo aber bleibt die Auseinandersetzung mit neuen gesellschaftspolitischen Fragen, wo sind die Ansätze für Lebens- und Politikentwürfe jenseits aller parteipolitischen Pro-

Fortsetzung auf Seite 8



Grafitti am Soziokulturellen Zentrum »Karlstorbahnhof« (Heidelberg)

KOMMENTAR

»Euch den Alltag, uns die Nacht !«

... sprühten Anhänger besetzter Häuser und Autonomer Zentren an die Fassade des Heidelberger soziokulturellen Zentrums »Karlstorbahnhof«. Der Spruch verdeutlicht das Dilemma in der sich die Soziokultur befindet. Die inzwischen gealterten AktivistInnen besetzten vor Jahren selbst Häuser, erkämpften sich Freiräume und gründeten selbstverwaltete Jugendzentren, die sich ein paar Jahre später soziokulturelle Zentren nannten. Aus den Zentren heraus wurde in den ersten Jahren Politik gemacht und die alternative Kulturszene nutzte den erkämpften Freiraum.

Ein paar Jahre später wurden die ersten ABM-Stellen eingerichtet, um so die Kontinuität der soziokulturellen Arbeit abzusichern. Hinzu kam der Kampf um staatliche Subventionen und über diese Töpfe finanzierte Stellen, dann die Einrichtung einer Managementebene, die sofort damit beschäftigt war, die von ihnen geschaffenen Selbstverwaltungsstrukturen in den Einrichtungen wieder abzuschaffen, um ihrer selbst erarbeiteten Kompetenz mehr Durchschlagskraft zu verleihen. Denn Basisdemokratie und Selbstverwaltung können in der Alltagsarbeit schon sehr unbequem sein...

Einige dieser qualifizierten KämpferInnen gründeten Verbände, um sich vereint um staatliche Fördermittel zu kümmern und sicherten so die in den Zentren verbliebene Basis ab und beschleunigten mit ihrer Verbandsarbeit auch noch zusätzlich die Abschaffung der selbstverwalteten Strukturen und sorgten für die Verbesserung der Managementstrukturen in den Zentren. Das hatte große Vorteile, denn bald hatte es das Verbandsmanagement nur noch mit dem Management der Zentren zu tun. Denn Basisdemokratie und Selbstverwaltung können schon sehr unbequem sein...

Und dann geschah etwas nicht vorhersehbares: Eine neue Jugendkultur entstand, die die mittlerweile etablierten soziokulturellen Zentren ignorierte und für sich wiederum selbstverwaltete Freiräume einforderte, Häuser besetzte und Autonome Zentren erkämpfte. Und auf einmal gab es eine neue Jugend- und Kulturbewegung neben der traditionellen bürgerlichen Kultur und der Soziokultur der Altlinken. Und diese bestimmt auch noch in vielen Städten und Gemeinden das tagespolitische Geschehen. In den Autonomen Zentren entstehen Volxküchen, Frauenetagen und Arbeitsgruppen, die sich mit wichtigen politischen Themen beschäftigen, vorneweg die Antifaschistische Szene. Auch der Verlust der an der kapitalistischen Marktwirtschaft zum großen Teil gescheiterten linken, selbstverwalteten Buchläden wird durch die Angliederung von Infoläden ausgeglichen. Ebenso wird die regionale Musik- und Theaterszene wird in das »autonome Konzept« einbezogen und die BesucherInnen dürfen sich freuen. Niedrige Eintrittspreise ermöglichen ihnen den Zutritt und das Vorbild der »Ehrenamtlichen« ermuntern diese zur Mitarbeit bei der Selbstverwaltung.

Ganz anders die Soziokultur. Sie ist anscheinend mit sich selbst und dem Kulturmanagement beschäftigt. Die Höhe der staatlichen Zuwendungen verpflichtet schließlich auch zu qualitativ hochwertigen und teuren Kulturangeboten. Schließlich muß man den privaten Musikclubs das zahlungskräftige Publikum abspenstig machen, damit die staatlichen Subventionen auch gerechtfertigt werden können. Und dann kommt auch noch der Hotel- und Gaststättenverband daher, der die große Zukunft in der sogenannten »Erlebnisgastronomie« sieht. Und das hat Folgen: von der Singleparty »Flammende Herzen« bis zur .... sind die neuen Konzepte der Soziokultur. Und die zahlungskräftigen KonsumentInnen strömen in Massen. Die Zahlen belegen den erfolgreich beschrittenen Weg der Soziokultur. Die weniger zahlungskräftigen müssen draußen bleiben – nur, was hat das alles mit den hehren Ansprüchen aus der Gründerzeit zu tun? Aber was soll's, auch die ehemalige basisdemokratische Partei der GRÜNEN ist ja mittlerweile in der Regierungsverantwortung. Schließlich hat man/frau ja selbstbestimmt an sich gearbeitet und sich qualifiziert, um endlich die Regierungsverantwortung für ein ganzes Volk zu übernehmen. Und das hat wirklich nichts mehr mit Selbstverwaltung, Selbstorganisation und Basisdemokratie zu tun.... denn Basisdemokratie und Selbstverwaltung können schon sehr unbequem sein...

Abschließend bleibt noch festzuhalten, daß der oben erwähnte Heidelberger »Karlstorbahnhof« nicht erkämpft, sondern nach der letzten Heidelberger OB-Wahl bei der Beate Weber (SPD) erfolgreich war, den Heidelberger Altlinken nebst öffentlicher Förderung geschenkt wurde. Das Konzept sollte vom Verständnis der Altlinken Gruppen ein selbstverwaltetes werden, herausgekommen ist eine GmbH mit dem dafür nötigen Management. Gruppen haben kaum Möglichkeiten, auf die vorgegebene Struktur einzuwirken und BesucherInnen bekommen garnicht erst mit, daß es einmal die Idee von einem selbstverwalteten Kommunikationszentrum gab.

Und so findet die politische Aktion auch hier wieder in einem erkämpften »Autonomen Zentrum« statt, daß derzeit wieder um seinen Erhalt kämpfen muß, da der jetzige Mietvertrag Ende Januar 1999 ausläuft und Ersatzräume noch nicht in Sicht sind. Durch phantasievolle Aktionen soll öffentlich Druck ausgeübt werden. Dazu gehört auch die Aufstellung eines eigenen OB-Kandidaten (s. Seite 1). Denn Basisdemokratie und Selbstverwaltung können auch sehr viel Spaß bereiten.●

Dieter Poschen

ERGEBNISSE EINER UMFRAGE 1996

Soziokultur

Soziokulturelle Zentren in Zahlen

von Gerd Spieckermann, Bonn ● Die statistische Erfassung der Situation soziokultureller Zentren in der Bundesrepublik Deutschland, die die Bundesvereinigung in Kooperation mit den Landesarbeitsgemeinschaften im zweijährigen Rhythmus durchführt, hat gegenüber den Vorjahren nochmals an Breite gewonnen.

Wurden 1992 insgesamt 311 Einrichtungen einbezogen (Beteiligung 53,1%) so waren es für das Jahr 1996 insgesamt 381 Zentren, von denen sich 64,57% beteiligten. An den steigenden Zahlen kann nicht nur die gewachsene Dichte der soziokulturellen Landschaft abgelesen werden, sondern auch die größere Akzeptanz solcher Untersuchungen seitens der Zentren.

Die Repräsentativität der Ergebnisse erscheint aufgrund der hohen Beteiligung gewährleistet, auch wenn, speziell bezogen auf die ostdeutschen Bundesländer, Schwächen zu verzeichnen sind: da in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern keine Landesverbände existieren und die LAG Thüringen aus internen Gründen nicht in der Lage war, die statistische Erhebung durchzuführen, liegen aus diesen drei Bundesländern keinerlei Daten vor (von den Westländern fehlt nur das Saarland). Dieser Mangel kann auch durch die überdurchschnittlich hohe Beteiligung in Sachsen und Brandenburg (75% bzw. 71%) nicht vollständig ausgeglichen werden.

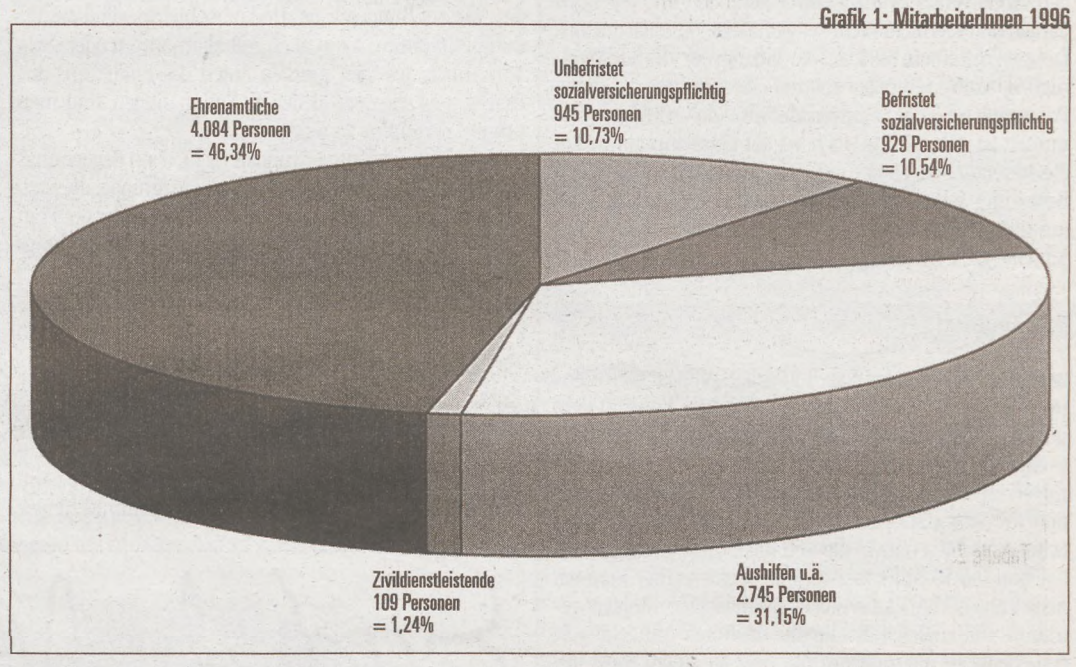
Tabelle 1:
Beteiligung nach Bundesländern

Land/ Eingang	Ja	Nein	%
Baden-Württemberg	27	24	52,94
Bayern	9	12	42,86
Berlin	5	2	71,43
Bremen	7	5	58,33
Hamburg	16	1	94,12
Hessen	10	13	43,48
Niedersachsen	37	10	78,72
Nordrhein-Westfalen	48	10	82,76
Rheinland-Pfalz	8	5	61,54
Schleswig-Holstein	18	5	78,26
Brandenburg	6	2	75,00
Sachsen	55	22	71,43
Thüringen	0	24	0,00
Gesamt	246	135	64,57

Personal

Die Personalsituation soziokultureller Zentren hat sich von 1994 auf 1996 leicht verbessert. Die Zahl der MitarbeiterInnen ist absolut um insgesamt rd. 18,5% angestiegen. Dabei schlägt sich der Beschäftigungszuwachs v.a. im Bereich von Aushilfs- und Honorartätigkeiten nieder. Aber auch die hauptamtlichen, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nahmen zu: unbefristete Stellen um knapp 20%, befristete um 16,7%, dagegen ist die Zahl der Ehrenamtlichen leicht rückläufig, 2,1% weniger als noch 1994.

Grafik 1: MitarbeiterInnen 1996



FORTSETZUNG VON SEITE 7

Soziokultur 2000 – eine Utopie?

grammatik. Zum Beispiel zur Frage der Massenarbeitslosigkeit und der Neudefinition von Erwerbsarbeit?

Gut, mit der zwangsläufigen Ehrenamtlichkeit in soziokulturellen Einrichtungen entspricht man wieder einer aktuellen Forderung des »*Club of Rome*«, der sich Gedanken um die Neuverteilung von Arbeit gemacht hat; auch dessen Vorstellungen vom Grundrecht auf Arbeit, das in einer ersten Stufe allen ein garantiertes Mindestgrundeinkommen – besonders über die Sektoren Dienstleistung und Gemeinwesenarbeit – sichern soll. Aber ist damit langfristig das Problem zu lösen? Geht es nicht auch um die Vermittlung anderer, als konsumorientierter Werte, die die Bedeutung von Arbeit und dem daran geknüpften Einkommen als Lebensgrundlage relativieren oder sogar mehr in den Hintergrund stellen?

Und was ist mit dem Thema Frieden? Vor noch wenigen Jahren diskutierten Kulturschaffende darüber, »was uns der Golfkrieg angeht«, bezogen SchauspielerInnen öffentlich dagegen Stellung und überlegten sich Kabarettisten und Comedy-Künstler, ob sie in solchen Zeiten auftreten sollen. Die Konflikte, Bürgerkriege und militärischen Auseinandersetzungen häuften sich seitdem, von den Künstlern und Kulturschaffenden ist heute dazu wenig zu vernehmen. Die Liste brisanter gesellschaftspolitischer Themen ist damit noch nicht zu Ende: neue Medien und Technologien, Globalisierung, Informationsgesellschaft, Fremdenfeindlichkeit, Arm-Reich-Gefälle, globale Umweltprobleme, Sinnentleerung, Perspektivlosigkeit, Gleichgültigkeit, Individualisierung...., wo werden solche Themen in der Soziokultur heute noch aufgegriffen?

Förderung kultureller und künstlerischer Bewegung »von unten«

Diese Forderung führte zu vielen Mißverständnissen, denn getreu nach dem Beuys'chen Motto »Jeder ist ein Künstler« fühlten sich viele Hobbykünstler zu Höherem berufen. Es blieb nicht bei der sinnvollen Freizeitbeschäftigung, bei der künstlerischen Auseinandersetzung als Kreativitätsprozeß; der Drang zur Selbstinszenierung und erste Erfolge bei kleinen öffentlichen Auftritten weckten bei vielen das Bedürfnis, die Bühnen der soziokulturellen Zentren zu erobern. Schließlich war es ja deren erklärtes Ziel, das kreative Potential jedes einzelnen zu fördern. Wenn dadurch auch manches verborgene Talent entdeckt wurde, blieb die Frage nach der künstlerischen Qualität erst einmal auf der Strecke. Auch verschwanden die Grenzen zwischen Amateuren, Semiprofis und Profis immer mehr.

Aber gerade diese, auch für das Publikum wichtige Unterscheidung wird – oft aus Eitelkeit – vermieden. Während man in der Musikszene den Begriff »Newcomer« meist noch mit Würde trägt, wird man im Bereich der Darstellenden Kunst vergebens die Wörter Amateure oder Semiprofis in den Selbstdarstellungen suchen. Wer wird denn schon – mal abgesehen von den auf Grund ihrer Tradition bekannten Ausnahmen – sich selbst als »Laientheater« bezeichnen, wenn dadurch die Aussicht auf höhere Gagen verbaut ist; es wird dem »Laienpublikum« schon nicht auffallen.

Vor dem Hintergrund, dem unbekannten Nachwuchskünstler eine Chance zu geben, machten sich viele Macher die Programmplanung leicht; es kostete nicht viel und man brauchte nur die Bühne oder Räumlichkeit zur Verfügung zu stellen. Dies führte nicht selten zu Flops; häuften sie sich, war das Publikum auch nicht mehr bereit, gute aber noch unbekannte Künstler sich anzuhören oder anzuschauen. Somit hielt sich in der Öffentlichkeit und auch in der Politik lange der Eindruck, daß in soziokulturellen Einrichtungen Kultur minderer künstlerischer Qualität produziert wird und wahre Kunst nur in den traditionellen Musentempeln stattfindet. Gegen dieses Vorurteil müssen viele Zentren heute noch kämpfen.

Andererseits waren die soziokulturellen Zentren Geburtshelfer für viele Stars der Kleinkunst, Kabarett-, Comedy- oder Musikszene, die mittlerweile nur noch in Hallen mit mindestens vierstelligen Besucherkapazitäten auftreten. Diese Funktion wird ihnen heute von den ehemaligen Nutznießern kaum gedankt; selten kehren sie – zu bezahlbaren Gagen – an ihre Ursprungsorte zurück. Sie sollten vor den kulturpolitischen Argumentationskarren gespannt werden, um die wichtige – auch volkswirtschaftliche – Funktion solcher Einrichtungen zu demonstrieren. Selbstbewußt nach dem Motto: »Seht her, was aus unseren Häusern hervorgegangen ist; ohne uns gäbe es keinen Guildo Horn oder Helge Schneider, keinen Thomas Freitag oder Mathias Richling«.

Selbstverwaltung und demokratische Entscheidungsstruktur

Sie wurden lange Zeit als zentrales Element der Soziokultur hochgehalten und vehement verteidigt. Der Staat hatte, wenn überhaupt, nur Geld zu geben oder für Räume zu sorgen und ansonsten sich aus Inhalten, Entscheidungen und Strukturen herauszuhalten. Für die Politik und die Verwaltung, die seit über 100 Jahren andere Prinzipien vertrat, war dies eine ungeheuerliche Forderung. Und so verwundert es nicht, daß heute noch Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft finanziell wesentlich besser gestellt und längerfristig abgesichert sind, als gänzlich »freie« Einrichtungen. Nur um den Preis der »Selbstverwaltung«? Wie sieht diese denn heute in den soziokulturellen Zentren und Initiativen aus?

Basisdemokratische Entscheidungs- und Selbstverwaltungsstrukturen sind nur noch selten zu finden. Von ihrer Reinform – alle Anwesenden sind zugleich Mitglieder und bei Vollversammlungen stimmberechtigt – mußte sich zuletzt das Kulturzentrum »*KOMM*« in Nürnberg verabschieden, nachdem die CSU ihr Ziel nach 23 Jahren fast erreichte; sie konnte es zwar nicht schließen, verpaßte ihm aber eine gehörige Umstrukturierung, die es seitdem unter dem neuen Namen »*K4*« wesentlich braver daherkommen läßt.

Endlos lange Plenen und ineffektive Mitgliederversammlungen haben sich in der Vergangenheit auch als Blockierer oder zumindest als Hemmschuh erwiesen; Mitgliederversammlungen der belächelten Kaninchenzüchter- und Karnevalsvereine waren dagegen erholsam. Dies hat, neben Alterungs- und Ermüdungserscheinungen, zum Desinteresse bei vielen Aktiven geführt; Mitgliederversammlungen – oft zum jährlichen Ritual verkommen – finden zumeist nur noch mit einem Bruchteil der Aktiven statt.

Entscheidungen werden anderswo gefällt, oft in hierarchisch gegliederten Verwaltungseinheiten mit Geschäftsführern und Mitarbeitern; manchmal auch mit Politikern am Kneipentresen oder am Rande von öffentlichen Ereignissen, nicht selten auch alleinherrlich von überzeugten »Kulturmanagern«. Andererseits haben Politik und Verwaltung auch von den »Freien« gelernt; ihre kommunalen Zentren bieten oft die gleichen Inhalte und Programme, sind offen für neue Ideen und erproben als erste im kommunalen Betrieb Budgetierung und Verwaltungsreform. Nicht selten kommen ihre Leiter aus der freien oder soziokulturellen Szene und haben weitgehende Entscheidungsfreiheit bei der inhaltlichen Gestaltung. Auf Grund einer besseren finanziellen Absicherung können sie meist auf kommerzielle Angebote verzichten und sich ganz der Kinder- und Jugendkulturarbeit, der Nachwuchsförderung, der Bildungsarbeit, der Zielgruppenarbeit und anderen soziokulturellen Ansätzen widmen.

Die Selbstverwaltung hört allerdings dann auf, wenn der Bürgermeister – wie schon geschehen – dem Leiter eines städtischen Kulturzentrums Redeverbot erteilt, wenn brisante Veranstaltungen untersagt werden oder wenn nach einem Parteienwechsel massiv politischer Druck ausgeübt wird.

Wenn aber eine Kommune bereit ist, eine solche Einrichtung mitsamt ihren Inhalten zu tragen, warum sollte sie dann ihrer Pflicht nicht nachkommen können, indem sie die Voraussetzungen schafft und die Infrastruktur bereitstellt, also Haus, Betriebs- und Personalkosten finanziert, während ein unabhängiger Verein oder gar ein Trägerverein aus mehreren Nutzern die inhaltliche Gestaltung übernimmt. Solche Kooperationsprojekte gibt es bereits in mehreren Städten. In der »*Tuchfabrik*« in Trier wird es seit Jahren erfolgreich praktiziert. Selbst ein für die Bischofstadt hochbrisantes und von den Gerichten torpediertes Stück zum Jungfrau-»Maria Syndrom« konnte als geschlossene Veranstaltung eines Mitgliedvereins über die Bühne gehen.

Professionalität, ökonomisches Wirtschaften und effiziente Organisation erfordern gut funktionierende und zu schneller Entscheidung fähige Verwaltungsstrukturen; das haben auch soziokulturelle Zentren mittlerweile erkannt. Von hier den Spagat zu einer echten, basisdemokratischen Selbstverwaltung zu vollführen, ist nicht einfach. Dies könnte eine Herausforderung für die Zukunft der Soziokultur sein; neue, funktionierende Selbstverwaltungsmodelle jenseits herkömmlicher Strukturen zu entwerfen.

Nichtkommerzielle Ausrichtung

Albrecht Göschel hat nicht ganz unrecht mit seinen Untersuchungsergebnissen (siehe Titelseite); die Entwicklung ist zwar nicht so kraß, wie er beschreibt, aber viele Zentren haben – nach langen Hungerphasen auch verständlich – Geschmack am kommerziellen Erfolg gefunden und mit Super-Konzerten, abgefahrenen Discos und Comedy-Rennern auch den des Publikums getroffen. Die Frage ist, wo die Gemeinnützigkeit aufhört und der Kommerz anfängt? Ist es schon bei der monatlichen Disco, mit der andere Inhalte mitfinanziert werden, oder erst dann, wenn man mehrere Jahre hintereinander schwarze Zahlen schreibt, oder vielleicht erst beim Gang an die Börse? Wer kann in die Köpfe der Macher schauen, mit welcher Motivation sie publikumsträchtige Künstler engagieren; ist es nur der Blick aufs Geld oder die löbliche Absicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen; ist es das geile Gefühl, bei den »Großen« mitzumischen oder geschickte Taktik, soziokulturelle Inhalte darüber realisieren zu können?

Gerade die derzeitige Spar- und Kürzungswelle läßt die kommerzielle Ausrichtung unter einem neuen Blickwinkel erscheinen.

Und wir selbst?

Die Soziokultur hat ihren einst offensiven Charakter und ihre ursprüngliche Visionskraft weitgehend verloren. Zu sehr sieht sie sich als das aufrechte Häuflein inmitten einer schlechten Welt, versucht sie sich als Klempner einer kaputten Gesellschaft, begreift sie sich als Nischenfüller und Alibi-Lieferanten. Die Herausforderungen wachsen ständig; 'Prävention' und 'Nachsorge' sind wichtig, kommen aber kaum noch mit. Die Frustration darüber wird verstärkt durch äußere Zwänge – Finanzprobleme, Arbeitsüberlastung und Alltagsroutine lassen die ursprünglichen Ziele und Ideen in den Hintergrund treten. Wichtig ist daher, wieder Visionen zu entwickeln, wie lebenswertes Leben wirklich sein kann; Lust zu machen, Neugierde zu wecken, die Menschen darin zu unterstützen, Sehen, Staunen, Hören, Fühlen wieder zu entdecken oder neu zu lernen, eigene Kritikfähigkeit zu entwickeln, kommunikativ zu werden und wieder »echte« Werte zu entdecken. Und hierzu gibt es kein besseres Medium als die Kultur.

Nicht zuletzt gehört für mich zum Wesen der Soziokultur die Frage nach meiner Rolle und Funktion innerhalb dieses Systems. Inwieweit verkörpere ich auch diese Ansprüche; lebe ich sie auch selbst? Was ist meine tatsächliche Motivation, mich zu engagieren? Steckt dahinter nicht vielleicht auch missionarischer Eifer, der mich von meinen eigenen Konflikten ablenkt; der Wunsch nach Anerkennung, das Bedürfnis nach Selbstdarstellung? Was hat meine Geschichte und Sozialisation mit meinem jetzigen Wirken zu tun?

Das Hinterfragen eigener Positionen und das Verstehen und Akzeptieren der Einstellungen und Sichtweisen anderer, gehören für mich zur Entwicklung von Kommunikationsfähigkeit – ein wesentliches Element der Soziokultur. Zu sehr scheint mir ihr Blick noch nach außen gerichtet; auf die Rezipienten, auf das Klientel, auf die angeblichen Konfliktverursacher. So sind meist »die anderen« an der eigenen Misere, an der angeblichen Krise der Soziokultur schuld, die eigene Rolle wird selten hinterfragt. Vielleicht sollten wir hiermit zuerst anfangen. ●

ZUM AUTOR:

Stefan Bock ist Kulturberater und Leiter des Kulturbüros Rheinland-Pfalz / Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur. Dieser Beitrag erschien schon im »Infodienst Freie Szene Rheinland-Pfalz«, 5/98 und im »Informationsdienst Soziokultur« 36/37.

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Soziokultur

Die Personalsituation der Zentren, die in der Vergangenheit häufig als strukturelle Schwäche beschrieben wurde, hat sich durch den deutlichen Anstieg der nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse zwar leicht verbessert, doch der Nachholbedarf, den die Soziokultur gerade im personellen Bereich hat, ist dadurch längst noch nicht befriedigt.

Auf Qualität und Kontinuität konzentrierte Kulturarbeit braucht ganz besonders einen Stamm von festen MitarbeiterInnen – unter diesem Aspekt kann die Beschäftigungssituation der soziokulturellen Zentren längst noch nicht als ausreichend angesehen werden. Denn gerade einmal 21% aller MitarbeiterInnen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, davon nur die Hälfte mit unbefristeten Arbeitsverträgen; knapp 40% der Hauptamtlichen sind Teilzeitbeschäftigte.

Die große Abhängigkeit von ehrenamtlicher Tätigkeit und speziell von prekären Beschäftigungsverhältnissen bleibt bestehen.

Dies wird besonders deutlich, wenn man nur die bezahlten MitarbeiterInnen betrachtet - hier hat sich das Verhältnis zwischen Haupt- und Nebenamtlichen in zwei Jahren fast um 9% verschlechtert:

Tabelle 2:
Personalstruktur in %

	1994	1996	Diff.
unbefr. M.	24,2	20,0	- 4,2
befristete M.	24,4	19,7	- 4,7
Aushilfen	48,1	58,1	+10,0
Zivildienstl.	3,4	2,3	-1,1

BesucherInnen

Soziokulturelle Zentren haben ihre Aktivitäten im Jahr 1996 noch einmal erweitert und in über 55.000 (1994 = 44.000) Veranstaltungen, Kursen und Workshops, projektorientierten und offenen Angeboten sowie im gastronomischen Bereich insgesamt 11,9 Millionen Menschen erreicht, was einem bereinigten Zuwachs von 2,35% oder 250.000 BesucherInnen entspricht. Die folgende Grafik verdeutlicht die Verteilung der NutzerInnen auf die einzelnen Arbeitsbereiche der Zentren (siehe Grafik 2, BesucherInnen 1996)

Gegenüber 1994 fällt auf, daß bis auf die Veranstaltungen alle Bereiche Besucher-Rückgänge verzeichnen: Kurse u.ä. -12,8%; Offene Angebote -4,0% und Gastronomie -14,8%, obwohl die Anzahl der Angebote konstant geblieben, bzw. sogar leicht angestiegen ist. Der Besucher-Zuwachs im Veranstaltungsbereich, der bei 26,3% liegt, geht zumindest teilweise auch auf eine gestiegene Anzahl von Veranstaltungen zurück (+13,9%). Die Schwerpunkte im Veranstaltungsbereich liegen, wie die Grafik 3 zeigt, bei Konzerten, Theater und Kinoaufführungen, Disco- und den Fremdveranstaltungen sowie bei Festen u.ä.

Die Altersstruktur der BesucherInnen soziokultureller Zentren hat sich 1996 leicht verändert. Der Schwerpunkt liegt nach wie vor in der Altersgruppe zwischen 21 und 40 Jahren, auch wenn ihr Anteil leicht abgenommen hat (rd. 3,7%) und seit 1987 erstmalig unter 50% sinkt. Entsprechende Zuwächse sind in der Altersgruppe 41 bis 60 Jahre (2,36%) und in der Gruppe über 60 Jahre (1,25%) zu verzeichnen.

Tabelle 3:
Altersstruktur der BesucherInnen

< 6 Jahre	3,96%
6 bis 14 Jahre	11,07%
15 bis 20 Jahre	17,09%
21 bis 30 Jahre	26,35%
31 bis 40 Jahre	22,76%
41 bis 60 Jahre	13,63%
> &0 Jahre	5,14%

Einnahmen

Den untersuchten 246 soziokulturellen Zentren standen 1996 insgesamt 172 Millionen DM zur Finanzierung ihrer Arbeit zur Verfügung. Erstmals sind damit die Einnahmen der Zentren real gesunken und zwar um 5,35% im Vergleich zu 1994. Und das obwohl die Eigenerwirtschaftung um 18,55% und sogar die Sponsorengelder um 15,23% angestiegen sind. Die Einnahmen der Zentren setzen sich im Detail wie in Grafik 4 dargestellt zusammen.

Ursache für das reduzierte Haushaltsvolumen ist der Rückgang der öffentlichen Förderung in einer Größenordnung von 17,71%. Dabei sind zwei gegenläufige Entwicklungen zu beobachten: Während die institutionelle Förderung durch die öffentliche Hand um 15,6% ansteigt, sinken die zweckgebundenen Zuschüsse für investive und Baumaßnahmen um 73,2%!

Der Einbruch der öffentlichen Förderung kann auch nicht durch die nochmals gesteigerte Eigenfinanzierung der Zentren aufgefangen werden, obwohl sie inzwischen 72 Millionen DM durch Gastronomie, Eintritte und Kursgebühren einnehmen.

Die folgende Tabelle zeigt die anteilsmäßige Zusammensetzung der Haushalte und verdeutlicht insbesondere die Verschiebung im Bereich der öffentlichen Förderung.

Grafik 2: BesucherInnen 1996

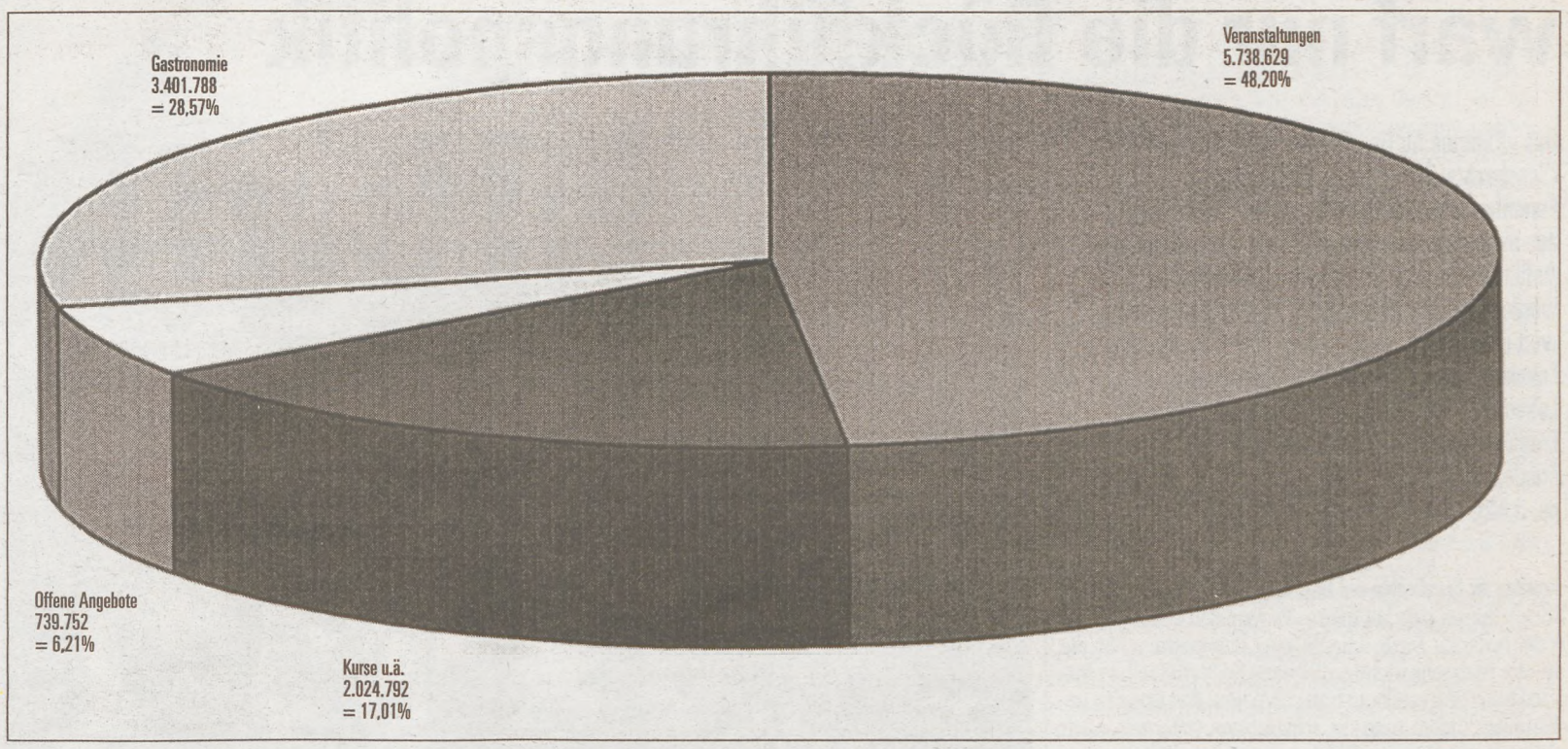


Tabelle 4:
Einnahmenstruktur

	1994	1996
Institutionelle F.	26,33	32,15
Pers.+Proj. F.	18,97	19,27
Bau + Invest	20,54	5,82
Sponsoring	0,67	0,81
Eigenerwirt.	33,49	41,94

Ausgaben

Den größten Kostenfaktor in soziokulturellen Zentren stellten auch 1996 die Personalkosten dar (vergleiche Grafik 5 – Ausgaben soziokultureller Zentren), die insgesamt fast die Hälfte aller Ausgaben umfaßten. Weitere wichtige Ausgabenpositionen sind die Kosten für Veranstaltungen (Gagen, Nebenkosten) und Betriebskosten (Mieten, Energie, Versicherungen u.ä.).

Vergleicht man die 96er Kostenstruktur mit der von 1994 wird deutlich, daß die Zentren offenbar verschiedene Maßnahmen ergriffen haben, um Kosten zu reduzieren. Ein Indiz dafür ist z.B., daß die Anzahl der bezahlten MitarbeiterInnen, wie weiter oben ausgeführt, um rd. 45% gestiegen ist, der Anstieg der Personalkosten im gleichen Zeitraum jedoch nur 31,8% beträgt; ein weiteres Indiz dafür ist, daß die Zahl der Veranstaltungen und Kurse sich um rd. 25% erhöht hat, während die Kosten nur um 15,6% gestiegen sind.

Fazit

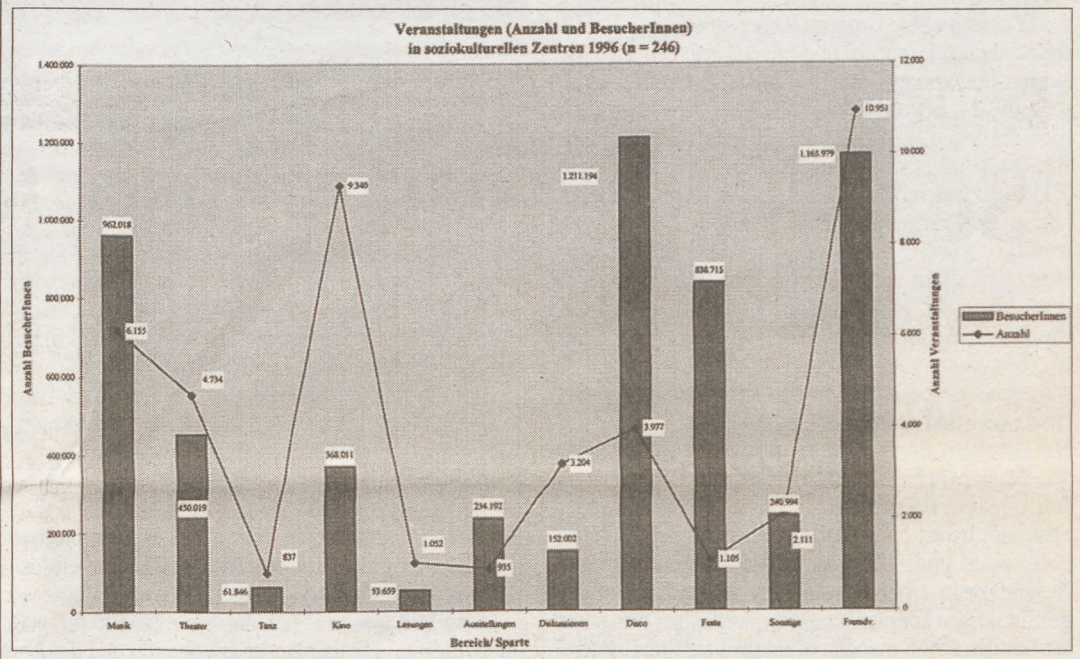
Soziokulturelle Zentren erfreuen sich nach wie vor der Gunst des Publikums. Die Akzeptanz eines differenzierten Programms kann an weiter wachsenden BesucherInnenzahlen abgelesen werden, allerdings sollten auch negative Trends, wie z.B. der BesucherInnen-Rückgang im Bereich von Kursen, Workshops, Gruppentreffs u.a. sowie in den offenen Angebotsfeldern und der Projektarbeit aufmerksam beobachtet werden.

Ein reduziertes Kursangebot bei gleichzeitig erhöhtem Veranstaltungsangebot ist sicher auch ein Ergebnis des wachsenden ökonomischen Drucks. Allerdings muß die Entwicklung im Finanzbereich sehr differenziert betrachtet werden, da es sowohl positive als auch negative Veränderungen gibt. Schlecht ist, daß sich das Gesamtvolumen der öffentlichen Förderung insgesamt deutlich verringert hat. Speziell auch die drastischen Einsparungen im investiven Bereich sind wenig zukunftsfähig. Die verbesserten Strukturen der öffentlichen Förderung dagegen, d.h. die erhöhten institutionellen Zuschüsse (+15,6%) sind ein Schritt in die richtige Richtung. Dies festzuhalten ist selbst dann noch von Bedeutung, wenn darauf hingewiesen werden muß, daß die verbindlichen und meist längerfristig gesicherten Leistungen der öffentlichen Hand gerade einmal 34,6% der notwendigen Ausgaben der Zentren abdecken.

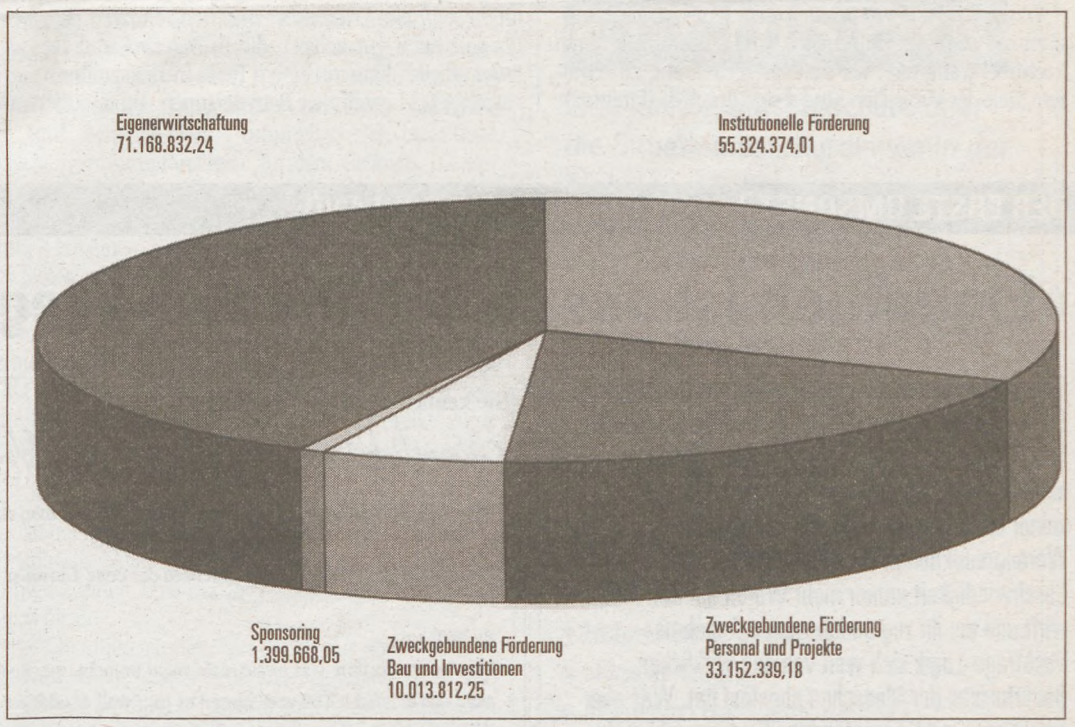
Bei der Vorstellung der Untersuchungsergebnisse für das Jahr 1994 wurde mit Hinweis auf die grundsätzliche Gleichrangigkeit der Soziokultur mit anderen Kulturinstituten in förderungspolitischer Hinsicht als Anfang gefordert: 10,– DM Förderung je Besuch in einem Zentrum! 1996 waren es durchschnittlich 7,43 DM, was immerhin im Laufe von zwei Jahren einer Steigerung um 0,61 DM entspricht! Die gleichen prozentualen Steigerungen vorausgesetzt, haben die heutigen Akteure der Soziokultur gute Chancen, das Durchbrechen der Schallmauer von DM 10,–im Jahr 2004 noch mitzuerleben. Zum Vergleich: die Theater in öffentlicher Trägerschaft wurden in der Spielzeit 1995/96 mit 166,– DM je Besuch gefördert.●

Aus: Informationsdienst Soziokultur Nr. 36/37

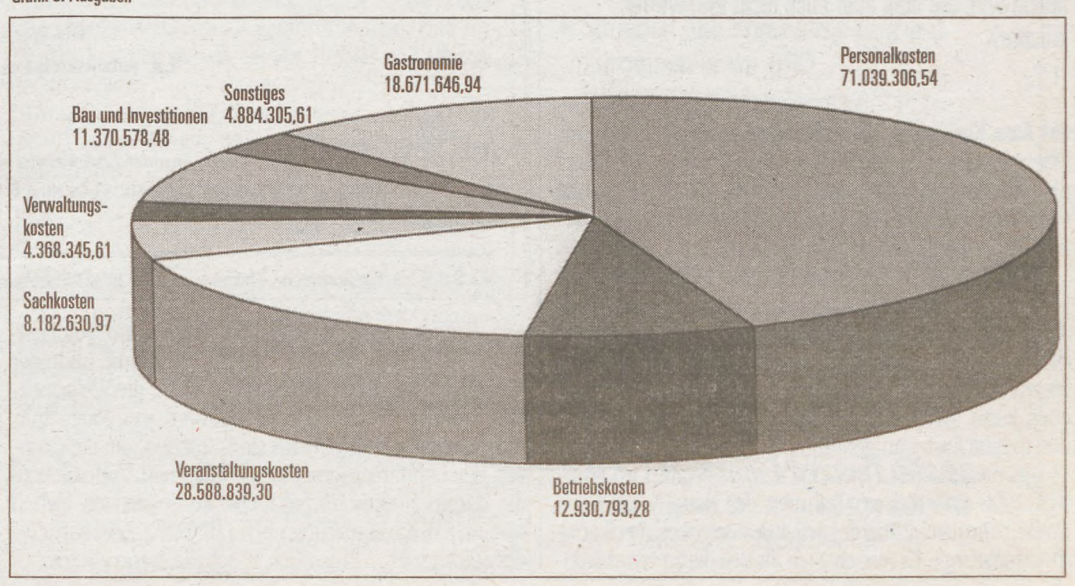
Grafik 3: Veranstaltungen



Grafik 4: Einnahmen



Grafik 5: Ausgaben



1.190 KRIEGSKINDER AUS EX-JUGOSLAWIEN KONNTEN SICH DIESEN SOMMER AM MEER ERHOLEN

Schatten auf das Ferienglück warf nur die Rückführungspolitik

Das »Komitee für Grundrechte und Demokratie« (Sensbachtal/Köln) hat im fünften Jahr Ferienfreizeiten für Flüchtlings- und Waisenkinder aus dem ehemaligen Jugoslawien veranstaltet, die Anfang September erfolgreich abgeschlossen wurden. Insgesamt konnten in den letzten Jahren weit über 8.000 traumatisierte und unter elenden Lebensbedingungen leidende Kinder neuen Lebensmut schöpfen. Dafür haben Mitglieder und Freunde des Komitees aus der deutschen Friedensbewegung in Gemeinden, Schulklassen usw. ca. 3 Millionen Mark gespendet.

Die beiden größeren Jungen sind Nazer und Fatmir. Sie kommen aus einem Dorf in der Nähe von Srebrencia. Zu Beginn des Krieges verlor der Großvater ein Bein (1992). Die Mutter war auf dem Weg ihn zu versorgen, als sie von einer Granate getötet wurde. Daß sie in einem Massengrab beigesetzt wurde, beunruhigt die Jungen heute noch sehr. Als ihr Dorf von den Serben überrannt wurde, flüchtete die Familie in die Schutzzone Srebrenica, wo der Großvater bald starb. Als 1995 diese Schutzzone den Serben überlassen wurde, wurden die Jungen mit der Großmutter und vielen anderen Frauen und Kindern nach Tuzla evakuiert. Der Vater mußte in Srebrencia bleiben. Die Jungen sagen, daß sein Tod dokumentiert ist (die meisten dieser Männer gelten bis heute als »vermißt«). Sie leben mit der 73jährigen Großmutter in Tuzla. Die beiden Jungen waren in der Ferienfreizeit meist zusammen. Sie ließen sich nicht aus den Augen und teilten alles sorgfältig. Der Ältere schrieb im Englisch-Kurs: »I love my brother. I love life.« Ihr Cousin Lutvo, ebenfalls Waise aus Srebrencia, bekennt freimütig auf seiner Tasche »Klaudia und Lutvo lieben sich.«

Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln ● Die meisten Kinder haben sich bei ihren »Ferienpaten« durch einen Brief bedankt. Dazu schreibt eine Betreuerin: »Für die Kinder ist es sehr wichtig, daß diese Solidarität einen Namen hat. Die Grundbotschaft der Aktion, den Krieg zu bekämpfen, indem man die schwächsten Opfer von allen Seiten in ein Meer des Glückes eintauchen läßt, hat sich tief in die Herzen der Kinder, Betreuer und Betreuerinnen eingegraben.«

Die beiden ersten Gruppen kamen aus *Gornji Vakuf*, einer zwischen Muslimen und Kroaten geteilten Stadt wie Mostar. Im Niemandsland dazwischen steht ein Jugendzentrum, das seit vier Jahren vom »Komitee« unterstützt wird und dessen Angebote so attraktiv sind, daß es der einzige Ort in der Stadt ist, wo sich Jugendliche aus beiden Stadtteilen treffen. Während bei den Freizeiten der letzten Jahre nur sehr zögerlich Kontakte zwischen beiden Seiten entwickelt wurden, insbesondere bei den Betreuern, war dieses Jahr kaum noch auszumachen, wer von welcher Seite kam: Bei einer abendlichen Mitarbeiterbesprechung meinte ein Betreuer: »Vor dem Krieg habe ich mit Ivo so zusammengesessen und diskutiert. Dann haben wir aufeinander geschossen. Jetzt sitzen wir hier wieder zusammen und diskutieren. Ist das nicht Wahnsinn?« Alle stimmten darin überein, daß die Kinderfreizeiten den Bann zwischen den Stadtteilen zum Bröckeln gebracht haben. Die meisten Kinder und Jugendlichen der Kleinstadt haben bisher daran teilgenommen und viele Lehrerinnen und Lehrer der beiden Schulen. Während die Kontakte im ersten Jahr zu Hause nur heimlich weitergeführt werden konnten, tauschen inzwischen die Lehrer der Schulen schon manchmal Erfahrungen und Material aus und zwischen den Kindern herrscht reger Besuchsverkehr.

Das *Friedenszentrum* in *Osiek* versucht, die angestammte serbische Minderheit in Ostslawonien durch Rechtsberatung usw. vor weiterer Vertreibung zu schützen. Viele der serbischen Kinder sind durch die kroatische Politik der Rückführung und Neuansiedlung von Flüchtlingen von Vertreibung bedroht. Diese fortdauernden »ethnischen Säuberungen« wurden vom UN-Sicherheitsrat kürzlich verurteilt (Juli 1998). Es sei mutig für kroatische LehrerInnen, an den friedenspädagogischen Kursen im Zentrum und an den Kinderfreizeiten teilzunehmen, da die Obrigkeit dies nicht gerne sähe. Viele der Kinder sind traumatisiert: Ein Mädchen hat im Krieg ihre Mutter gefunden, die sich aufgehängt hatte; der Vater eines Jungen hat versehentlich die Mutter erschossen, als er mit dem Gewehr hantierte; ein Vater ist als Kriegsverbrecher lebenslang verurteilt, viele sind Invaliden und arbeitslos.

Etwa 200 km südlich vom Hotel »Nimfa« in Montenegro fand zur gleichen Zeit die Ferienfreizeit für 400 Flüchtlings- und Waisenkinder aus Serbien und der Republik Srpska statt, deren Zustandekommen durch den Krieg im Kosovo/a zeitweise fraglich erschien. Die humanitäre serbische Friedensorganisation *»Zdravo da ste«* (Es soll Euch gut gehen), die in *Belgrad* und *Banja Luka* arbeitet, kam mit einem Team friedenspolitisch engagierter und geschulter BetreuerInnen. Diese äußerten einhellig Enttäuschung darüber, daß nicht nur die offizielle Politik, sondern auch die westliche Friedensbewegung die Opposition in Serbien mit der Regierungspolitik gleichsetzt und »die« Serben in einen Topf wirft. Dieses Gefühl, »Sündenbock« der Welt zu sein, ist selbst bei den Kindern verbreitet und verstärkt ihre Traumatisierungen. Da serbische Flüchtlinge bisher fast keine internationale Unterstützung erfahren, ist ihr Elend unbeschreiblich. Der Erfolg der Ferienfreizeit ist nicht nur die – häufig erstmals erlebte – Versorgung mit ausreichendem Essen und einem eigenen Bett sowie auch die Fürsorge durch kreative Aktivitäten und persönliche Gespräche – sondern vor allem: Das Gefühl, nicht von der ganzen Welt ausgegrenzt und gebrandmarkt zu werden.

Am meisten erschrocken waren die Mitglieder des »Komitees für Grundrechte und Demokratie« aber über die Schatten, die die *deutsche Rückführungspolitik* auf das Ferienglück der Kinder warf. Die Kinder aus *Tuzla* waren fast alle Flüchtlinge aus Ostbosnien (Zvornik, Srebrenica) und haben die Hölle durchlebt: 30% Vollwaisen und 45% Halbwaisen. Die meisten leben bei Verwandten oder Pflegeeltern, fast alle in Häusern der Auslandsflüchtlinge. In 25% der Briefe, die die Kinder an die »Ferienpaten« schrieben, war von der aktuellen Bedrohung einer erneuten Vertreibung und der Angst, in Kürze auf die Straße geworfen zu werden, die Rede.

Auch drei von 10 Betreuern haben Angst vor der erneuten Vertreibung, z.B. *Kadir*, Vater von drei Kindern und früher Schreiner von Beruf. Aus Bratunac flüchtete er mit Familie in die UN-Schutzzone Srebrenica. Frau und Kinder wurden von dort nach Tuzla deportiert, während er zu den wenigen Männern gehört, denen die Flucht durch die Wälder gelang. Mit Gelegenheitseinkünften und seinen handwerklichen Fähigkeiten baute er auf eigene Kosten zwei Kellerräume als Wohnung für die fünfköpfige Familie aus. Nun kommen die Hausbesitzer mit Verwandten gezwungenermaßen aus Deutschland zurück und zwingen ihrerseits seine Familie zum Verlassen des Kellers.

Die zehnjährige *Azra* schreibt einen aufwühlenden Hilferuf an ihre deutschen Paten: »Bis gestern war es hier wunderschön, aber meine Mutter hat angerufen, daß wir aus unserem Zimmer müssen, weil die Eigentümer zurückkommen, noch vor dem Winter. Daran will ich hier gar nicht denken und denke doch dauernd daran. Das ist wie ein schwerer Stein in meinem Herzen.« Wie verzweifelt muß eine Kriegswitwe mit zwei Kindern sein, die das Ferienglück ihres Kindes so zerstört?

Ein Betreuer schrieb im Namen aller an das Komitee: »Diesen Kindern wird nicht das elementarste Menschenrecht auf eine Familie und ein Dach über dem Kopf zugestanden – von keiner Seite. Außer diesen wunderschönen Tagen, in denen sie erstmals den Hauch einer friedlichen Zukunft spürten.«●
(Elke Steven)

DER ERSTE UMSONST-LADEN IN NORDDEUTSCHLAND:

»Eigentlich ist das zu schade zum Wegwerfen! ...«

Wer kennt das nicht?: Eigentlich ist das ein schönes Stück ..., aber es ist nicht mehr modern. Eigentlich funktioniert das noch, aber es gibt von der Sorte ein neues Modell. Es gibt viele schöne Güter, die keiner mehr braucht, weil die herrschende Warenproduktion in atemberaubender Geschwindigkeit immer mehr Waren auf den Markt wirft und die ihr zugrundeliegende Angebots-Nachfrage-Logik sich weit von den wirklichen Bedürfnissen der Menschen abgelöst hat. Was aber macht man mit Gegenständen, die man nicht mehr haben will, die man aber auch nicht wegwerfen möchte?

Sie kennen das wahrscheinlich:

'Eigentlich ist das zu schade zum Wegwerfen ...'

Man will es nicht mehr haben, aber wegwerfen will man es auch nicht.

Demnächst eröffnet in Altona-Ottensen der erste ***Umsonst - Laden*** Norddeutschlands.

Es läuft so:
Man bringt dorthin, was er/sie nicht mehr braucht, was aber sehr wohl noch nutzbar ist. Jemand anderes kommt hin, sieht das nützliche Teil und nimmt es mit, weil er oder sie es noch brauchen kann. --
Wenn Sie große Gegenstände verschenken möchten, rufen Sie uns an. Wir nehmen es in unsere Kartei auf.

Die Wegwerf-Gesellschaft
i.A. Arbeitskreis Lokale Ökonomie Hamburg

Wenn Sie für unseren öffentlichen Umsonst-Laden etwas verschenken wollen, rufen Sie an bei:
Anna, Tel. 040/ 39 90 41 80; Berit, Tel. 040/ 63 99 80 69 Erich, Tel. 040/31 26 81, Hilmar, Tel. 040/ 39 90 41 96;
e-mail: hkgw@vossnet.de

V.i.S.d.P.: A.Kreikemeyer, Daimlerstr. 34, 22763 Hamburg

von Anna Kreikemeyer, Redaktion Hamburg ● In Hamburg-Ottensen kann hier geholfen werden. Demnächst eröffnet die *»Wegwerf-Gesellschaft«* des Arbeitskreises »Lokale Ökonomie Hamburg in Altona-Ottensen den ersten *UMSONST-Laden* Norddeutschlands.

Es läuft so: Man bringt dorthin, was er/sie nicht mehr braucht, was aber sehr wohl noch nutzbar ist. Jemand anderes kommt hin, sieht ein nützliches Teil und kann es sich (in einem gemeinschaftlich vertretbaren, nicht kommerziellen) Umfang mitnehmen, wenn er/sie es brauchen kann. Große Gegenstände zum Verschenken werden in eine Kartei aufgenommen.

Das neue Projekt *UMSONST-Laden* begann im Sommer 1998 im größeren Rahmen der Neue Arbeit/Neue Freizeit-Projektansätze des Arbeitskreises »Lokale Ökonomie Hamburg«. Es versteht sich als Brücke zu verschiedenen Gruppen unterschiedlicher waren- und geldkritischer Menschen: solchen, die für Recycling und/oder Tauschringgedanken offen sind, solchen, die Widersprüche zwischen Gebrauchs- und Geldwert von Waren spüren, solchen, die erwerbslos sind, solchen, die die Grenzen der Lohnarbeitsgesellschaft erkennen und solchen, die daraus praktische politische Konsequenzen ziehen wollen, z.B. die Forderung nach *UMSONST-Läden* für jedes Stadtviertel. ... Eigentlich zu schade, wenn ein solcher Ausweg aus dem Konsumterror nicht bald an jedem Ort in diesem Land eröffnet würde.

Wer sich an diesem Projekt beteiligen und mehr darüber oder über andere Vorhaben des Arbeitskreises »Lokale Ökonomie Hamburg« erfahren möchte, kann sich bei Anna Kreikemeyer, Daimlerstr. 34, D-22763 HAMBURG, Tel. (0 40) 39 90 41 80 oder bei der Hamburg Redaktion der CONTRASTE informieren.●

Mediensplitter

Ungehorsame Soldaten

Eine Projektgruppe der *»Göttinger Geschichtswerkstatt«* arbeitet an der Vorbereitung einer Deserteurs-Ausstellung mit dem Arbeitstitel: »Die ungehorsamen Soldaten, Verfolgung-Verweigerung-Widerstand 1939-1945«. Zur Zeit werden bundesweit Zeitzeugen besucht und interviewt. Einen Schwerpunkt bildet hierbei der Bereich »Deserteure und ihre Frauen«. Frauen spielten als Helferinnen eine zentrale Rolle.

In Zusammenarbeit mit dem *»Institut für Publizistik« wird die Projektgruppe ihr Vorhaben im Oktober in Göttingen mit einem Seminar über »Oral History« vorstellen. In Hannover wird im November eine Veranstaltung mit einer Zeitzeugin aus Bremen stattfinden. Sie wird über ihre Erfahrungen als Wehrkraftzersetzerin, ihre Inhaftierung und ihr Todesurteil berichten.*

Kontakt: Geschichtswerkstatt Göttingen, Bismarckhäuschen, Bürgerstr. 27, D-37073 Göttingen, Tel: (05 51) 48 58 44.

Der schlafende Riese

Eine kleine, engagierte Redaktions-Crew um den Sportbuchautor Hardy Grüne gibt seit einem Jahr in Göttingen das Fußball-Fanzine »Der schlafende Riese« heraus. Vier Heftchen sind bislang erschienen. Der Abstieg des einstigen Traditionsvereins 1. Sport-Club 05 Göttingen in die Viertklassigkeit tut dem trotzigen Enthusiasmus der Redakteure keinen Abbruch. In lockerer und flapsiger Sprache kommentieren sie das Vereinsgeschehen und setzen sich für Völkerverständigung ein. »Unser Bestreben ist es, keinen Rassismus im Stadion aufkommen zu lassen«, erklärt Sven, ein Mitarbeiter beim Schlafenden Riesen. Mit Sven werden wir in der nächsten CONTRASTE ein Interview führen.

Der schlafende Riese (28 Seiten, 1,50 DM plus Porto), c/o H. Grüne, Heinrich-Heine-Str. 6, D-37083 Göttingen.

Schalke unser

Frech, verschmitzt und satirisch wie immer meldet sich das Fanzine *»Schalke unser«* aus der Sommerpause zurück. In der September-Ausgabe wird neben Fußball in England und Polen auch über die Motive von Sportvereinen bei der Umwandlung in Aktiengesellschaften berichtet. Die geplante Europaliga wird abgelehnt und die Champions League als Geldbeschaffungsliga charakterisiert. Daß die Redaktion ihre kritische Berichterstattung ernst nimmt, zeigt der Hinweis auf eine Bezugsquelle für Fußbälle, die nicht durch Kinderarbeit hergestellt werden.

Eine Kritikfähigkeit, die bei anderen Blättern nur selten anzutreffen ist, zeigen die Schalker, indem sie zwei tadelnde Leserzuschriften ausführlich dokumentieren. Die Leser kritisieren die oberflächliche Berichterstattung über die Glasgow Rangers in der vorletzten Ausgabe. Der Bericht hatte politische und religiöse Komponenten bei den Derbys zwischen Celtic Glasgow (katholisch) und den Rangers (protestantisch) außer acht gelassen.

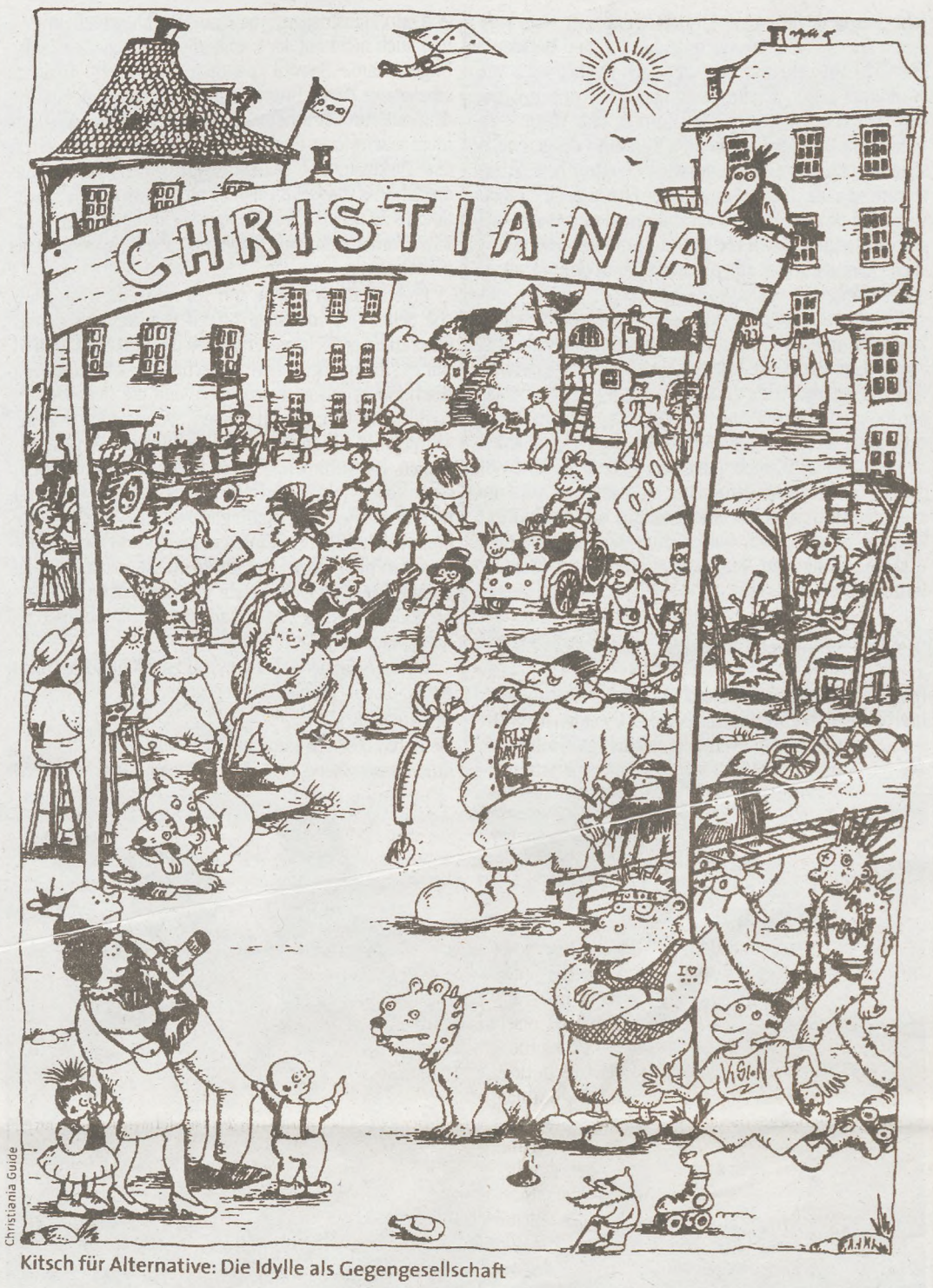
Schalke unser (68 Seiten, 1,50 DM plus Porto) Postfach 102 411, D-45824 Gelsenkirchen●

(kb)

FREAKTOWN CHRISTIANIA

Ganz entspannt im Legoland

Aus Projekten werden Betriebe, aus linken Betriebsräten skrupellose Unternehmer und nicht selten werden aus besetzten Häusern schnieke Ikea-Domizile.



Christiania Guide

Kitsch für Alternative: Die Idylle als Gegengesellschaft

Auch dem seit 1971 besetzten Christiania-Gelände in Kopenhagen droht die Etablierung. Einige ResidentInnen bauen sich kleine Paläste mit Seeblick, andere lassen sich von der einst verhaßten Stadtverwaltung eine Ölheizung einbauen, andere nutzen ihren Wohnsitz in der Hippie-Stadt nur noch als Wochenendhaus im Grünen. Daß es nach 27 Jahren auf dem ehemaligen Kasernengelände im Südosten Kopenhagens dennoch sehr beschaulich zugeht, daß die Anpassung so langsam vor sich geht, hat vor allem einen Grund: Dope.

Sid vom Infobüro in der Pusher Street erzählt: »Hier kiffen eigentlich alle von morgens bis abends. Wir haben immer tolle Ideen, aber die Umsetzung ...« 1988 habe man beschlossen, die marode Brücke, die einzige, die über das Christiania-eigene Gewässer führt, zu erneuern. Zehn Jahre sei jeden Monat Geld für das Projekt abgezweigt worden. Und jetzt, 1998, nach zehn Jahren, sei die neue Brücke eingeweiht worden.

So geht es mit vielen guten Vorsätzen. Nicht nur das komplexe Selbstverwaltungssystem, durch das die offiziell 650, meistens aber bis zu 1.000 BewohnerInnen über die Belange Christianias mitentscheiden, läßt eine gewisse Trägheit bei der Entwicklung des Projekts aufkommen. Auch das Haschisch, daß hier in der Pusher Street ganz offen verkauft wird.

Wie auf einem westdeutschen Weihnachtsmarkt steht Bude an Bude. Angeboten wird – offen ausgestellt wie anderswo Duftlampen oder Holz-Marionetten – alles, was das Kifferherz begehrt: Standard- und Super-Marok, Spezial Nepal, Afghane, Schwarzer aus Usbekistan, Pollen, Gras, fertig gedrehte Joints für 20 Kronen (gut fünf Mark). Dazu das ganze Zubehör von Blättchen bis zur Pfeife. Die Preise liegen mit zwölf Mark das Gramm knapp über denen des deutschen Schwarzmarktes. Für bessere Ware deutlich darüber.

Das Christiania-Gelände ist groß, hat die Ausmaße eines ganzen Stadtteils. Weit über 60 Läden, Werkstätten, Kneipen, Restaurants, Kindergärten und Veranstaltungsräume haben sich rund um die idyllische Wasserstraße angesiedelt. Bob Dylan und Rage Against the Machine gaben hier Konzerte. Christianias »Pedersen«-Fahrräder werden selbst in Kreuzberger Biker-Läden verkauft. Dennoch dürfte das Dope-Geschäft mit einem geschätzten Jahresumsatz von 50 Millionen Mark der Hauptwirtschaftsfaktor in der »Freistadt« sein. Kein Wunder, daß der auf die Pusher Street begrenzte Haschhandel den ResidentInnen vorbehalten ist.

Auch 27 Jahre nachdem das Gelände in den Hochzeiten der Hippie-Bewegung 1971 besetzt wurde, will sich die Kopenhagener Regierung mit dem freien Markt noch immer nicht abfinden. »Erst letzte Woche war die Polizei wieder hier«, berichtet Sid. Mit einer knappen Hundertschaft. In neun von zehn Fällen stürmen die Beamten das Gelände, um Haschisch-Händler auf frischer Tat zu erwischen. Meist mit wenig Erfolg: »Das erfährt man hier rechtzeitig.« Ist die Hundertschaft dann da, ist die sonst sehr belebte Pusher Street plötzlich wie leergefegt.

Auch wenn die Idylle noch heute regelmäßig von der Staatsmacht gestört wird – es gab schon anstrengendere Zeiten für die BewohnerInnen. Im Spätsommer 1992 hatte das Justizministerium den Haschverkäufern den Krieg erklärt. Die Aktion »Drogenfreies Christiania« nahm ihren Lauf. Beinahe täglich tummelten sich bewaffnete Polizisten in Kampfanzügen auf dem Gelände. Die BewohnerInnen wurden mit Tränengas eingenebelt, Steine und Rauchbomben flogen. Einmal sprang eine Spezial-Einheit aus einem Umzugswagen, der mitten auf der Pusher Street gehalten hatte. Sid spricht von einem police-playground: »Die nutzen Christiania, um zu üben.«

Nach knapp zwei Jahren hatten auch die Dealer die Schnauze voll. Mit einem fünftägigen Streik gaben sie im März 1994 ihrer Forderung Nachdruck, das Haschischgeschäft auf dem Gelände zu legalisieren. Bestreikt wurde freilich nur der Handel in Christiania selbst. Im Stadtgebiet Kopenhagens erlebte das Geschäft in diesen Tagen zum Ärger der Polizei einen regelrechten Aufschwung. Der Status quo besteht bis heute: Innerhalb der Grenzen Christianias bleibt der Verkauf illegal, die Rauschgifthändler können dem Handel jedoch immer noch nicht Paroli bieten.

Die ChristianierInnen, von denen nur noch 30 bis 50 »Veteranen« zur ersten Generation gehören, haben also reichlich Erfahrungen im Umgang mit der dänischen Staatsmacht gesammelt. Auch früher schon, als es noch um mehr als den Haschischhandel ging. Schließlich sollte die »Freetown« mehrmals geräumt werden. Und immer wieder konnten sich die Freaks, Hippies und Alternativen durchsetzen.

1976 mobilisierten die ChristianierInnen gar eine kleine »Rainbow Army«, um dem angekündigten Räumungskommando zu trotzen. Jede Arbeitsgruppe hatte ihre eigene Klamottenfarbe: Rot für Aktionen außerhalb des Geländes, Grün für Logistik, Blau für Öffentlichkeitsarbeit.

Doch diese Zeiten sind längst vorbei. Wäre da nicht der ungeliebte Drogenhandel, die Polizei hätte nur noch wenig Grund, die Ruhe im alternativen Dörfchen zu stören. Die BewohnerInnen haben sich 1989 mit den Behörden darauf geeinigt, den Weg der »Normalisierung« Christianias zu beschreiten.

Damals legalisierte das dänische Parlament die Gemeinde und verabschiedete ein Gesetz über den »Freistaat«. Seither müssen nun beispielsweise die kleinen Betriebe und Kneipen Lizenzen vorweisen und nicht nur in die eigene Gemeinschaftskasse, sondern auch an den Staat Steuern zahlen. Und natürlich müssen die Gesetze geachtet werden. Im Gegenzug leben die ChristianierInnen nicht mehr mit der Angst, eines Tages von ihrem Idyll nahe dem Zentrum Kopenhagens vertrieben zu werden.

»Viele, die hier leben, lehnen bis heute diesen Deal ab«, schimpft Sid, der damals gerade in die »Freetown« gezogen war, nachdem sein vorheriges Domizil, ein besetztes Haus im Szeneviertel NØrrebro, geräumt worden war. Sid: »Mit der Legalisierung haben wir ohne Not einen Teil unserer Autonomie eingebüßt.« Er befürchtet eine weitere »Normalisierung«, die den Freiraum zunehmend einschränkt.

Darüber, was »normal« ist, streiten sich freilich die Geister. Es gibt in Christiania beispielsweise völlig normale Kneipen, wie man sie auch in Neukölln, dem Prolo-Bezirk in Berlin, findet. Im rustikal-spießigen Nemoland etwa sitzen am Tresen Alkis vor ihrem Bier, im Nebenraum stehen Jugendliche um einen Billardtisch herum, hinten blinken und piepen Spielautomaten. Im schicken Café MOnefiskeren hingegen trifft man StudentInnen und KünstlerInnen, zeitgeistgerecht gestylt. Ganz normal also. Die Tatsache allerdings, daß diese normalen Lokale mit all diesen normalen Menschen in der Freak-City Christiania liegen, ist alles andere als normal.

Auch die Stadtverwaltung, so sehr sie sich bemüht, das Gelände als einen normalen Stadtteil Kopenhagens zu betrachten, ist weit vom Normalzustand im Umgang mit Christiania entfernt. So haben zum Beispiel alle 650 ordentlich gemeldeten BewohnerInnen, von denen rund die Hälfte keinen dänischen Paß besitzt, eine einzige Adresse.

Das bietet natürlich Menschen Schutz, die sich nicht unbedingt dem Zugriff der Staatsmacht ausliefern wollen – aus welchen Gründen auch immer. Sid: »Wenn ich draußen von den Cops nach meiner Adresse gefragt werde, sage ich einfach Bådsmandsstræde 43. Das stimmt, und es nutzt ihnen trotzdem nichts, weil sie nicht die leiseste Ahnung haben, in welchem Haus ich wohne.«

Daß man sich in Kopenhagen und in Dänemark mit Christiania abgefunden hat, stimmt und stimmt nicht. Einerseits wissen die Verantwortlichen, daß die Hippie-Siedlung wahrlich keine Brutstätte linksradikalen Terrors ist. Und die Repression gegen Heroin ist auch innerhalb Christianias nicht zu verkennen: Dem Schild »No hard drugs« begegnet man auf Schritt und Tritt. Der Cannabis-Handel läßt sich sowieso nicht verhindern, so ist er zumindest unter Kontrolle. Trotzdem wird es für die »Freetown« nicht leichter werden.

Einheitliche Standards innerhalb der EU werden die dänische Regierung früher oder später zu einem rigideren Umgang zwingen. Und bei dieser Entwicklung ist keine Trägheit zu erwarten. In Brüssel wird nicht so viel gekifft.●

Ivo Bozic/Wolf-Dieter Vogel,Christiania/Kopenhagen

Aus Jungle World, Nr. 37, 9.9.98

ROBERT-JUNGK-BIBLIOTHEK FÜR ZUKUNFTSFRAGEN

Sammlung zukunftsrelevanten Wissens

Auf die MitarbeiterInnen der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen könnte man fast neidisch sein. Zum einen haben sie von ihrem zentral gelegenen Arbeitsplatz einen herrlichen Blick auf die Salzburger Altstadt; zum anderen geht Tag für Tag eine einzigartige Fülle hochinteressanter Veröffentlichungen zu allen relevanten Themen über ihre Schreibtische.

Die *Bibliothek für Zukunftsfragen* wurde 1985 vom Zukunftsdenker *Robert Jungk* (1913 bis 1994) mit Hilfe des Landes Salzburg als Stiftung gegründet. Sie ist als interdisziplinäre Fachbibliothek konzipiert, in der zukunftsrelevantes Wissen gesammelt, analysiert und dokumentiert wird, zugleich aber auch ein Ort des Dialogs und der Diskussion, getreu dem Ausspruch *Robert Jungks*: »Nur wer die Zukunft im Vorausgriff erfindet, darf hoffen, sie wirksam zu beeinflussen.«

Die Bibliothek umfaßt an die 10.000 Bücher (Stand 1997) zu insgesamt 41 Themenbereichen und wird ständig erweitert. Ein umfangreiches, über 250 Periodika umfassendes Zeitschriftenarchiv sowie vielfältiges »graues«, im Buchhandel nicht erhältliches Material und audiovisuelle Medien ergänzen die weitgehend auf EDV erfaßte Sammlung.

Der Buchbestand ist über die Homepage im Internet abfragbar. Die meisten Titel können ausgeliehen werden.

Vierteljährlich erscheint in Zusammenarbeit mit dem *Beltz-Verlag* der Informationsdienst *»Pro Zukunft«*, in dem aktuelle Bücher zu Zukunftsthemen vorgestellt werden. Er bietet zugleich einen kompakten Überblick über relevante Neuerscheinungen, eine Zeitschriftenrundschau, Hinweise auf Tagungsberichte und graue Materialien.

Die MitarbeiterInnen übernehmen auf Wunsch auch Literaturrecherchen und die Erstellung von Fachexpertisen. Außerdem stehen sie für die Moderation von Zukunftswerkstätten und für Fachreferate zur Verfügung. BesucherInnen sind in der Bibliothek herzlich willkommen.●

Kontakt: Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Imbergstr. 2, A-5020 Salzburg, Tel.: 0043-662-87 12 96
Internet: http://www.zukunft.de/IBZ

Aus: mitarbeit Nr. 2/98

KURDISTAN

Eine Einführungsbroschüre über die Situation von KurdInnen in der Türkei und BRD

AutorInnen Team der
AKTION 3.WELT Saar
50 Seiten, 4,-DM, Magazin Verlag,
Kiel, Reihe BRD+3.Welt Nr. 52

- historische Entwicklung
- aktuelle Situation
- Interessen der Türkei und BRD
- Möglichkeiten einer politischen Lösung
- Situation und Kriminalisierung von KurdInnen in der BRD
- Buch- und Zeitschriftentips

Lieferung bis 50,-DM Bestellwert nur gegen Vorauskasse; Wiederverkäuferinnen und Büchertische ab 5 Ex. 30% Rabatt zzgl. Porto (bis 5 Ex. 1,50; bis 10 Ex. 2,50; über 10 Ex. 5DM); kostenlose Rezensionsexemplare.
Bankverbindung: Konto 01382618, BLZ 591 900 00, Saarbank Losheim

AKTION 3.WELT Saar
Weiskirchener Str. 24 • 66674 Losheim
Tel: 06872/9930-56, Fax -57

ÖFFENTLICHE ERNTEAKTIONEN AUF GENTECHNISCHEN VERSUCHSFELDERN?

Ziviler Ungehorsam gegen Gentechnik

Den nachfolgenden Beitrag zu einem Kampagnenvorschlag von Andreas Speck haben wir der Zeitschrift »Graswurzelrevolution« vom September 1998 entnommen.

Während der Sommerpause ging der Redaktion ein Bekennerschreiben zu einer Ernteaktion auf einem gentechnischen Versuchsfeld bei Braunschweig zu. Dieses Schreiben wurde von der Redaktion als Presseerklärung weiterverbreitet, woraufhin sich die Kripo meldete. Das war Anlaß für eine Beschäftigung mit einer möglichen politischen Kampagne gegen gen-technische Versuchsfelder, bei der Ziviler Ungehorsam eine zentrale Rolle spielt. (Red.)

Die öffentliche Stimmung für die Gentechnik ist nicht gut. Dies zeigen z.B. die Erfolge der in Niedersachsen und Bayern gestarteten Volksbegehren für die Kennzeichnung gentechnikfreier Nahrung, die allerdings durch den Bundestagsbeschluß zur Kennzeichnungspflicht von Gentech-Produkten obsolet geworden sind. Doch trotz dieser positiven öffentlichen Stimmung gelingt den Gentech-Konzernen von Jahr zu Jahr eine Ausweitung der Versuchsfelder, und in kurzer Zeit wird es wohl auch zum kommerziellen Anbau von Gentech-Pflanzen in der BRD kommen. Die Konzentration auf die Kennzeichnungspflicht ist dabei auch als Zeichen dafür zu werten, daß der Kampf gegen Versuche und kommerziellen Anbau bereits als verloren betrachtet wird und durch die Kennzeichnungspflicht darauf gesetzt werden soll, daß sich gentechnische Produkte »am Markt« nicht durchsetzen. Ob dies aber gelingen kann, erscheint zumindest zweifelhaft.

Der Widerstand gegen Gentechnik scheint also in einer Sackgasse zu stecken. Zwar kommt es an einzelnen Orten zu Feldbesetzungen, durch die einzelne Standorte (z.B. Oberboyen) verhindert werden können, doch im ganzen gibt es wenig öffentliche Resonanz. Das gen-ethische Netzwerk bilanziert für 1997, daß vier Standorte durch Besetzungen verhindert werden konnten. Bei insgesamt 161 Versuchen an 74 Standorten erscheint das wie ein Kampf gegen Windmühlen. Auch die insgesamt sieben Feldzerstörungen in 1997 führten zwar vielfach zu »klammheimlicher Freude« (der Rundbrief des gen-ethischen Netzwerkes listet immer wieder zahlreiche Feldzerstörungen auf), nicht aber zu einer öffentlichen Diskussion. Und es ist wohl ebenfalls naiv zu glauben, alle Versuchsfelder ließen sich zerstören und gentechnische Versuche könnten somit allein durch direkte Aktion verhindert werden.

Ziel dieses Artikels ist es, einen Kampagnenvorschlag zu diskutieren, der vielleicht im nächsten Jahr einen Ausweg aus der Sackgasse bieten könnte. Dabei ist klar, daß viele Fragen noch offen sind. Es ist auch klar, daß eine solche Kampagne nicht allein den Erfolg bringen kann, sondern auch die derzeitigen Aktivitäten der vielen lokalen Gruppen weiterhin wichtig bleiben werden. Vielleicht ist dieser Vorschlag aber der Anfang einer Perspektivdiskussion, die nach innen zu einem Gefühl von Bewegungsidentität, nach außen zu größerer Wahrnehmbarkeit und einer konkreten Aktionsorientierung der Bewegung führen könnte.

Die Idee: öffentliche Ernteaktionen

Die eigentliche Idee ist einfach: die bisher meist nachts und anonym stattfindenden Ernteaktion werden in die Öffentlichkeit verlegt und vorher angekündigt. Ähnlich wie z.B. die »Ausrangiert«-Aktionen gegen Castor-Transporte wird öffentlich mit zahlreichen Unterschriften und Selbstverpflichtungen zu einer konkreten Ernteaktion auf einem bestimmten Gentechnik-Feld aufgerufen. Es wäre zu diskutieren, wie viele UnterstützerInnen und Selbstverpflichtungen notwendig und sinnvoll sind, um einer solchen Aktion politisches Gewicht zu verleihen.

Warlington/England, 4. Juli: Drei Frauen (aus einer Gruppe von fünf) ernten öffentlich Pflanzen eines gentechnischen Versuchsfeldes der Firma Monsanto ab. Trotz der Anwesenheit von mehreren Dutzend Polizeibeamten, mehrerer Polizeifahrzeuge und eines Polizeihubschraubers konnten die Pflanzen problemlos geerntet werden.
Foto: Nick Cobbing/Peace News

Die Aktion selbst findet ebenfalls öffentlich statt. Sie kann verbunden werden mit einer Kundgebung vor der Aktion, mit Frühstück und Happening, um vielen, die selbst nicht ernten gehen wollen, eine Beteiligung zu ermöglichen. Wichtig wäre es, für eine solche öffentliche Ernteaktion einen Ort auszusuchen, an dem lokale Unterstützung vorhanden ist und lokale Gentechnik-Initiativen durch diese Aktionsform nicht verschreckt werden.

Hier wäre Überzeugungsarbeit zu leisten, die es der örtlichen Bevölkerung ermöglicht, sich zumindest am Rahmenprogramm zu beteiligen und gegebenfalls auch den Schritt zur praktischen »Ernte« zu tun. Eine von außen herangetragene Aktion, die lokal zu Distanzierungen führt, wäre möglicherweise kontraproduktiv und könnte einen Keil in die Anti-Gentechnik-Bewegung treiben. Ziel einer solchen Aktion wäre vor allem, durch die Bereitschaft zum Zivilen Ungehorsam die blockierte Diskussion über gentechnische Versuchsfelder wieder in Gang zu bringen und auch ganz konkret einzelne Felder »abzuernten«. Der Erfolg liegt jedoch nicht in der Zahl der abgeernteten Pflanzen, sondern viel mehr darin, daß die Unverantwortlichkeit solcher Versuche (und erst recht eines kommerziellen Anbaus) öffentlich wieder diskutiert wird und somit die Gentechnik-Bewegung von der Defensive wieder in die Offensive kommt. Dafür sind die öffentliche Bereitschaft zum Zivilen Ungehorsam und auch die folgende juristische Auseinandersetzung um die Rechtfertigung dieses Zivilen Ungehorsam von besonderer Bedeutung. Hierdurch kann die ethische Unverantwortbarkeit von Gentechnik, die nach Versagen der herkömmlichen politischen Mittel das »selbst Hand anlegen« rechtfertigt, deutlich gemacht und hoffentlich die Diskussion wieder vorangebracht werden.

Probleme

Die Probleme einer solchen Kampagne liegen weniger auf der strafrechtlichen Ebene – natürlich handelt es sich um Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung –, und auch nicht auf der Rechtfertigungsebene für Zivilen Ungehorsam. Sowohl politisch als auch juristisch scheint mir Ziviler Ungehorsam relativ leicht zu begründen, und mit der Strafjustiz umzugehen ist in der Regel nicht so schwierig. Es wäre aus meiner Sicht eine noch offene Diskussion, ob es nicht sogar sinnvoll sein könnte, die Zahlung von Geldstrafen zu verweigern und in das Gefängnis zu gehen. Dies könnte, bei entsprechender politischer Vorbereitung und Begleitung, die Diskussion weiter voranbringen.

Problematisch scheint mir vor allem die zivilrechtliche Seite. Das vorzeitige Ernten der Versuchspflanzen führt zu einer Nichtverwertbarkeit des Versuches, und somit zu einem erheblichen Sachschaden. Es ist wohl realistischerweise davon auszugehen, daß die Gentech-Konzerne versuchen werden, diesen Sachschaden von den »ErntearbeiterInnen« auf zivilrechtlichem Wege einzutreiben. Die Summen könnten leicht in die Hunderttausende gehen, und es wäre wohl nicht sinnvoll, von einzelnen zu erwarten, sich für ihr ganzen Leben durch eine Aktion wirtschaftlich zu ruinieren. Ich halte es auch für unverantwortlich, ein solches Risiko im Aktionsablauf anzulegen und einzelne der Gefahr auszusetzen. Es bleibt keine andere Lösung, als mit diesem Risiko politisch im Kampagnenkonzept umzugehen.

Im wesentlichen scheint es mir zwei Möglichkeiten zu geben, diesem Problem zu begegnen:

- durch die Masse;
- durch Beschränkung auf Symbolik.

Eine Massenaktion (mit 200, 500 oder 1.000 Menschen) hat den Vorteil der größeren öffentlichen Aufmerksamkeit. Sie birgt in weit geringerem Masse das Risiko, elitär zu erscheinen, und ermöglicht (hoffentlich) vielen Menschen den Schritt, sich selbst am Zivilen Ungehorsam zu beteiligen. Ein positives Beispiel für eine solche Massenaktion sind die »Ausrangiert«-Aktionen am Dannenberger Verladekran im Vorfeld des zweiten Castor-Transportes. Nur durch eine Massenaktion scheint es möglich, ein Feld auch wirklich »abzuernten«.

Eine symbolische Aktion läßt sich dagegen mit wesentlich weniger Menschen durchführen. Die Symbolik läge darin, daß einzelne (vielleicht insgesamt 10, 20 oder 50) Menschen jeweils nur 10 oder 20 Pflanzen im Rahmen einer öffentlichen Aktion abernten, womit der Schaden für den/die Einzelne begrenzt und kalkulierbar bleibt. Die öffentlichkeit der Aktion führt jedoch dennoch zu einer öffentlichen Diskussion über die Rechtfertigung der Aktionsform und des individuellen Zivilen Ungehorsams.

Welcher Weg der sinnvollere ist, wage ich derzeit nicht zu beurteilen. Vielleicht ist es auch möglich, beide Aktionsformen zu kombinieren, da eine Massenaktion wohl nicht mehr als ein- bis zweimal im Jahr durchgeführt werden kann, während symbolische Aktionen in mehreren Orten gleichzeitig oder zu verschiedenen Zeiten möglich sind. Vielleicht sind symbolische Aktionen auch notwendig, um die Diskussion voranzubringen und eine Akzeptanz für öffentliche Ernteaktionen größeren Ausmaßes langfristig zu schaffen.

In England wird derzeit ebenfalls eine »öffentliche Erntekampagne« unter dem Titel »genetiX snowball« diskutiert. Diese Kampagne lehnt sich an die »Snowball-Kampagne« der 80er Jahre gegen Nuklearraketen an. Dabei schnitten hunderte Menschen Teile aus den Umzäunungen der Nuklearbasen in England, und lösten somit eine Diskussion um die Rechtfertigung von Zivilen Ungehorsam und Sachbeschädigungen als gewaltfreie Aktion aus. Die erste Aktion im Rahmen von »genetiX snowball« fand am 4. Juli statt. Fünf Menschen ernteten 200 Pflanzen eines genetischen Testfeldes in Watlington/Oxfordshire. Weitere Aktionen sollen in naher Zukunft folgen.

Wie weiter?

Eine Kampagne Zivilen Ungehorsams gegen Gentechnik sollte gut vorbereitet sein. Daher schlage ich vor, den Herbst und Winter '98 für Diskussionen um die offenen Fragen zu nutzen, und erst im Winter 98/99 bzw. Frühjahr 1999 mit der konkreten Vorbereitung für Aktionen Zivilen Ungehorsams zu beginnen. Es wäre fatal, durch schlecht vorbereitete Aktionen die Aktionsform zu diskreditieren und die wichtige lokale Unterstützung an den Versuchsstandorten zu verspielen. Die Stärke einer solchen Kampagne liegt in der – hoffentlich möglichen – lokalen Verankerung, nicht in der (Schein-)Radikalität der Aktion. Notwendig ist außerdem, sich gerade auf eine erste Aktion mit Trainings intensiv vorzubereiten. Eine Konfrontation mit Polizei und privaten Wachdiensten ist wohl sehr wahrscheinlich. Diese Konfrontation darf nicht so ablaufen, daß die lokale Bevölkerung dadurch auf alle Zeit verschreckt wird. Nicht alles, was im Wendland und in der Auseinandersetzung um Castor-Transporte möglich ist, läßt sich dabei umstandslos auf gentechnische Versuchsfelder in irgendwelchen ländlichen Regionen übertragen. Fingerspitzengefühl und intensive Diskussionen sind hier unbedingt erforderlich. Auch das spricht für eine längere Vorbereitungszeit und die sorgfältige Auswahl des Aktionsortes.

Ist all dies gewährleistet, so gibt es natürlich dennoch keine Erfolgsgarantie. Allerdings stellt sich auch die Frage, was als Erfolg anzusehen ist. Ich halte es für unwahrscheinlich, daß durch Zerstörungs- und Besetzungsaktionen allein gentechnische Versuche verhindert werden können. Bei mittlerweile nahezu 100 Versuchsstandorten erscheint dies schon allein praktisch nicht möglich. Genausowenig wie sich der Erfolg der Anti-Castor-Bewegung jedoch allein an den Stunden der Transportverzögerung oder den Millionen an Polizeikosten messen läßt, sondern vielmehr in den politischen Kosten für Staat und Atomindustrie liegt, die beim jetzigen Castor-Skandal einen Transportstopp erforderlich machten, um die öffentlichkeit zu beruhigen, genauso kann eine öffentliche Erntekampagne vielleicht eine gesellschaftliche Situation erzeugen, die den politischen Preis für weitere Versuche so weit in die Höhe schraubt, daß er für die Gentechnik-Industrie und den Staat nicht mehr tragbar ist. Dahin ist es noch ein langer Weg. Mir scheint es jedoch möglich, so der Bewegung neuen Schwung und eine konkrete Aktionsperspektive zu geben, die einen Erfolg möglich machen. Es liegt an uns...●

Diskussionsbeiträge zu diesem Kampagnenvorschlag sind gerne erwünscht.

Kontakte:
genetiX snowball, One World Centre, 6 Mount Street, Manchester M2 5NS, England, Tel.: 0044-161/8340295,
Fax: 8348187, email: genetixsnowball@orangenet.co.uk

Gen-ethisches Netzwerk, Schöneweider Straße 3, D-12055 Berlin, Tel.: (0 30) 685 80 30, Fax: 684 11 83,
email: GenBerlin@aol.com

EU-GIPFEL 1999

Im kommenden Juni finden zwischen dem 5. und 19. Juni zwei Regierungsgipfel in Köln statt: Am 5./6. Juni der EU-Gipfel, am 18./19. Juni der Weltwirtschaftsgipfel. Beide dienen dazu, in jeweils unterschiedlichem Rahmen die Globalisierung der Produktion und Finanzmärkte, Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen, Kriminalisierung von Flucht- und Migrationsbewegungen und das Schuldendiktat im internationalen Maßstab fortzusetzen und zu koordinieren. Von den Folgen dieser Politik sind immer mehr Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen betroffen, die bisher bestenfalls getrennt agiert haben.

Um auf die Folgen und den notwendigen Zusammenhang der Protestbewegungen aufmerksam zu machen, hat sich in Köln im Mai 98 ein offenes Bündnis gebildet, das Gegenaktivitäten zu beiden Gipfeln vorbereitet und möglichst viele gesellschaftliche Kräfte zusammenbringen möchte. Im Rahmen dieses Bündnisses hat sich eine EU-AG gebildet, die Aktionen um den EU-Gipfel vorbereitet. Die EU-AG lädt am Wochenende vom 30.10. bis 01.11.1998 zur Vorbereitungskonferenz für Aktionen anläßlich des EU-Gipfels am 5./6. Juni 1999 nach Köln ein. Eingeladen sind alle Gruppen (insbesondere Gruppen, die neu zum Bündnis hinzustoßen wollen), die Protest gegen die bestehende EU und ihre Politik äußern und organisieren, insbesondere gegen die durch sie beförderte Massenerwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Umweltzerstörung, Rassismus und nationalen Chauvinismus. Eine Lösung dieser Probleme ist im nationalstaatlichen Rahmen nicht möglich. So wie die großen Kapitalbesitzer sich europaweit und international organisieren, um ihre Interessen durchzusetzen, müssen dies auch die Frauen und die von Armut Betroffenen, die Erwerbslosen, die abhängig und die ungeschützt Beschäftigten, die Flüchtlinge und die MigrantInnen, die Behinderten und die Wohnungslosen, StudentInnen tun.

Die Vorbereitungskonferenz soll ein Diskussionangebot an die sozialen Protestbewegungen in der BRD sein, ihre gemeinsame Betroffenheit zu erkennen, ihre unterschiedlichen Ansätze zu diskutieren, und zu einer Zusammenarbeit zu finden. Sie dient der gemeinsamen Vorbereitung einer Demonstration und anderer Aktionen gegen den EU-Gipfel am 5.6.1999, zu denen auch Protestbewegungen aus anderen Ländern ihre Teilnahme angekündigt haben, wie im vergangenen Jahr zu den Märschen und dem Amsterdamer Gegengipfel.●

Weitere Informationen:
Angela Klein, Bundesbüro Euromarsch, c/o ALV, Rosenthalerstr. 13, D-10119 Berlin
Fon/Fax: (0 30) 494 62 76, oder Fon: (02 21) 923 11 96, Fax: 923 11 97
e-mail: 101337.2067@compuserve.com
und
Isabel Martin, freier zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs), Reuterstr. 44,
D-53113 Bonn, Fon: (02 28) 26 21 19, Fax: 242 03 88
e-mail: fzs@studis.de, http://studis.de/fzs

Erfolg: IG FARBEN-Hauptversammlung ungewiss

Noch immer existiert trotz Auflösungsbeschluß von 1948 die vom Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal verurteilte »Mordgesellschaft« IG FARBEN. Dieses Faktum brachte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN Mitte der 80er an die Öffentlichkeit und organisiert seither im Bündnis mit verschiedenen Organisationen der Opfer der Nazizeit und anderen Gruppen (internationale) gegen diesen Skandal. 1995 rief die COORDINATION die Kampagne 'Nie wieder!' ins Leben, um so den Protesten eine breitere Basis zu geben. Mehr als 2.000 Organisationen und Einzelpersonen haben mittlerweile die Forderungen der Kampagne nach sofortiger Auflösung der Gesellschaft und gerechter Entschädigung der Opfer und deren Angehörigen unterzeichnet.

Im August sollte die diesjährige Hauptversammlung der IG FARBEN AG i.A. stattfinden. Die Hauptversammlung ist bislang nicht angekündigt, weil die Gesellschaft keine Räume findet. Die Raum-Verweigerung für die IG FARBEN-HV ist ein großer Erfolg der Aktionen und Arbeit der Kampagne »Nie wieder!« und verschiedener antifaschistischer Organisationen.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN ruft dazu auf, sich an den diesjährigen Aktionen gegen den IG FARBEN-Skandal zu beteiligen. Vor allem wird um Teilnahme an den Protestaktionen vor und in der Hauptversammlung gebeten. Der Termin ist bei der COORDINATION zu erfahren, sobald Ort und Zeitpunkt der Hauptversammlung feststehen. Der Aktionsaufruf kann bei der CBG angefordert werden. Die CBG bittet um Spenden für die Kampagne 'Nie wieder!': Ökobank Frankfurt 10179610, BLZ 50090100.●

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Tel. (02 11) 33 39 11, Fax 33 39 40,
E-Mail: co_gegen_bayer@nadesha.gun.de

SOMMERSEMINAR TAK AÖ:

Genossenschaftstag der Alternativen

Auf der diesjährigen Jubiläumsveranstaltung des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) über Alternativen zur Globalisierung fand am 24.08.1998 erstmals ein Alternativer Genossenschaftstag statt. Mehr als 20 Vertreter und Vertreterinnen aus neuen Kooperativen engagierten sich in den intensiven Diskussionen. Eindeutiger inhaltlicher Schwerpunkt der positiv bewerteten Veranstaltung war der wohnungsbaugenossenschaftliche Sektor.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Knapp 100 Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (EVGs) gibt es in der Bundesrepublik. Einige wenige von ihnen sind als eingetragene Genossenschaft organisiert. Zu diesen gehört auch die *TAGWERK e.G.* (siehe auch CONTRASTE Nr. 166/167). Gegründet vor vierzehn Jahren gehört sie zu den großen und erfolgreichen EVGs. Die Umsätze von *TAGWERK* steigen jedes Jahr etwa um 300.000 bis 400.000 DM. Zuletzt lagen sie etwa bei vier Millionen DM. Insgesamt umfaßt die Genossenschaft etwa 650 Mitglieder und der damit eng verbundene Verein mit gleichem Namen 400. Allerdings befindet sich, so Vorstandsmitglied *Inge Asendorf*, vieles im Umbruch.

EVGs im Umbruch

Die Preise in den EVGs sind im Vergleich zu anderen Biokostanbietern vergleichsweise niedrig. Dies gilt, obgleich versucht wird, den Erzeugern einen möglichst guten Preis zu zahlen. Das Preisniveau reicht allerdings nicht aus, um mit Waren aus herkömmlichem Landbau zu konkurrieren, so daß ein massenhafter Absatz nicht erzielt wird. Dies führt immer wieder zu kontroversen Diskussionen. Die relativ teuren Bio-Produkte werden vielfach von ökonomisch Bessergestellten gekauft, die es sich leisten können. EVGs wollen den Erzeugern zwar einen akzeptablen Preis zahlen, aber nicht vorrangig für eine »Luxuselite« die Versorgungssicherheit organisieren.

Hinzu kommt: Der Wettbewerb in diesem Marktsegment ist stark gestiegen. Mittlerweile besteht ein Überangebot von Waren aus kontrolliert biologischem Anbau. Dies führt auch bei *TAGWERK* zu schwierigen Konstellationen, beispielsweise wenn ein Erzeuger auch Ab-Hof-Verkauf betreibt und dabei die Preise seiner eigenen EVG unterbietet. Entsprechend entsteht ein verstärkter Druck, sich im Absatzbereich neu zu orientieren. Überlegt wird, die eigenen Produkte unter eigenem Label über die herkömmlichen Lebensmittelketten zu vertreiben. Unter dem Stichwort *»erlebte Ökologie«* werden außerdem weitere Leistungen wie Gastronomie, Tagungshaus, Fahrradverleih, Reisen angeboten.

Wohnungsbau in Deutschland

In Deutschland bewirtschaften 2.050 Wohnungsbaugenossenschaften mit 3,3 Millionen Mitgliedern rund 2,2 Mio. Genossenschaftswohnungen. *Thomas Schaefers* vom Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen (GdW) betonte die lange Tradition der meisten Wohnungsbaugenossenschaften. Zu den Neugründungen kam es erst wieder Ende der siebziger bzw. Anfang der achtziger Jahre im Zusammenhang mit den neuen sozialen Bewegungen.

Verstärkt entstanden neue Wohnungsbaugenossenschaften in der Zeit zwischen 1991 bis 1997 in Ostdeutschland. Gegründet wurden rund 120 neue Wohnungsbaugenossenschaften und zwar großteils eigentumsorientiert. Das bedeutet, wenn mehr als 50% der Bewohner eines Hauses dieses erwerben wollen, muß die Genossenschaft die Wohnungen an sie verkaufen. Grundlage sind meistens das Altschuldengesetz oder die staatliche Förderung nach dem Eigenheimzulagegesetz. Von den Neugründungen der letzten Jahre haben nur etwa 50 keine eigentumsorientierte Ausrichtung. Deren Zahl umfaßt Anfang 1998 rund 140 Kooperativen.

Genossenschaftliche Solidarfinanzierung?

Für Alternativen zur Eigentumsorientierung setzt sich *Frank Karthaus* ein. Er will eine neue soziale Wohnungswirtschaft basierend auf den Prinzipien der genossenschaftlichen Selbstverantwortung- und Selbstverwaltung mit auf den Weg bringen. Mit seinem ausführlich dargestellten Konzept will er »Hilfe zur Selbsthilfe« geben. Sein Modell einer genossenschaftlichen Solidarfinanzierung beruht auf der Grundlage einer steuerlichen Investitionzulage. Diese soll eine stiftungsähnliche Vermögensbindung als zentrales Ziel haben, nicht jedoch mit Belegungsvorgaben verbunden sein, die von den Wohnungsgenossenschaften zu Recht als Eingriff in ihre Autonomie ablehnt werden.

Sein Ziel ist es, über einen Fonds die staatlichen Zuschüsse nach dem Eigenheimzulagegesetz in der gegenwärtigen Höhe zu bündeln. Sie sollen vom Staat in den Investitionsfonds gegeben werden. Die Ausgestaltung müßte auf Regionalebene in Zusammenarbeit mit den regionalen Wohnungsbaukreditanstalten erfolgen. Der Solidarfonds der Baugenossenschaften zahlt die Zulagen dann an die einzelne Wohnungsbaugenossenschaft objektbezogen aus. Der Fonds hätte die Aufgabe, die genossenschaftliche Vermögensbindung durch Veräußerungsbeschränkungen und revolvierenden Mitteleinsatz zu sichern.

Durchsetzungschance der Modellidee

Diskussionsschwerpunkt war die Durchsetzungschance für ein solches Modell. In der Schweiz, in Schweden und Norwegen gibt es funktionierende Beispiele für den skizzierten Ansatz. Neben deren Vorbildfunktion kommt hinzu, daß in Zukunft Wohnungsbauförderungen in der Form von Steuerabschreibung aufgrund der negativen Erfahrungen kaum noch zur Anwendung kommen werden. Sie kommen vor allem höher Verdienenden zugute, während es Aufgabe einer sozialen Wohnungsbauförderung ist, die Gleichstellung aller Bauherren zu erreichen.

Nach der Wahl wird aus Finanzierungsgründen »an vielem gesägt«, so die Einschätzung von *Karthaus*. Dadurch erhöhen sich die Durchsetzungschancen für eine solche Fondsidee. Grundsätzlich besteht aber auch die Gefahr, daß der Wohnungsbau aus Gründen der Haushaltskonsolidierung völlig zum Erliegen kommt. Wenn aber Gelder in diesem Bereich eingesetzt werden, wird dies nach Effizienz- und Bedürfnisgesichtspunkten geschehen. Insofern gilt das Prinzip Hoffnung.

Ostdeutscher Entwicklungsweg

Bisher verläuft der Austausch zwischen ostdeutschen Produktivgenossenschaften und neuen westdeutschen Kooperativen vergleichsweise schlecht. Deshalb wurde der Vertreter einer Friseurgenossenschaft aus Usedom gebeten, ausführlicher über die eigenen Erfahrungen zu berichten. Ausgangspunkt nach der Wende war ein Friseurbetrieb mit 110 Beschäftigten, der über 500.000 DM auf dem Konto verfügen konnte. Das beim Umtausch erhaltene Geld wurde von der Friseurgenossenschaft auf alle Mitglieder verteilt und zwar nach den Jahren der Betriebszugehörigkeit. »Dadurch wurden die Leute nicht beschissen,« so die unmißverständliche Bewertung des heutigen Geschäftsführers.

Die zweite Frage war: »Was machen wir mit unserem Unternehmen?« Es wurde ein einstimmiger Beschluß gefällt, die Zahl der Beschäftigten zu reduzieren. Nur so bestand die Chance, den Betrieb zumindest teilweise zu erhalten. Von den ursprünglich 24 Geschäften der Genossenschaft blieb ein Salon übrig. Anschließend wurde neu investiert. Mit dem Abschwung gab es nur noch bei den übriggebliebenen Beschäftigten Vertrauen in das Genossenschaftsmodell. Die Entlassenen und die von sich aus gehen, kündigten ihre Anteile. Die Mitgliedschaft wird ausschließlich an die Mitarbeit gebunden. In den Köpfen der Mitglieder gibt es kein Eigentümerdenken.

Im dritten Schritt gelang es, die Friseurgenossenschaft wieder erfolgreich aufzubauen. Sie arbeitet als Saisonbetrieb in Usedom. Im Sommer sind die Geschäfte sieben Tage offen. Urlaub wird nur im Winter gemacht. Auf diese Weise stabilisiert sich der Betrieb. Bezahlt wird der Tariflohn plus eine Prämie bei hohem Umsatz. Heute werden wieder rund 60 Genossenschaftsmitglieder in 17 Geschäften beschäftigt. Die Entscheidungsbefugnis innerhalb der Genossenschaft liegt weitgehend beim geschäftsführenden Vorstand. Entscheidungsgrenzen gibt es bei Kreditaufnahmen, Grund- und Bodengeschäften etc. Hier muß der Aufsichtsrat zustimmen. Neue Konzepte werden mit allen Mitgliedern abgesprochen.

Erfahrungen mit Prüfungsverbänden

Seit den ersten neuen Genossenschaftsgründungen Ende der siebziger Jahre stehen die traditionellen Verbände zurecht in der Kritik. Viele verhalten sich abwehrend, erweisen sich als sehr unbeweglich und haben Closed-Shop-Charakter. Die Berichte der anwesenden Genossenschaften zeichneten allerdings ein vielfältiges Bild. Generell kann festgehalten werden: Proteste gegen problematisches Agieren der Verbände waren in fast allen Fällen erfolgreich.

Kritisiert wurde unter anderem Kompetenzgerangel zwischen der Rechts- und der Prüfungsabteilung eines Verbandes, unqualifizierte Prüfer oder zu zeitaufwendige Kontrollen. Als Konfliktpunkt erweisen sich vor allem die Prüfungsgebühren. Die genannten Beträge schwanken zwischen den Extremen von 20.000 DM bei einer Wohnungsbaugenossenschaft und 2.500 DM für eine EVG mit einem Umsatz von vier Millionen DM. Die erste richtige Prüfung nach der Gründung in einer anderen EVG führte ein Revisor ohne Prüfungserfahrungen durch. Diese dauerte bei einem Umsatz von 800.000 DM zehn Tage, ein Aufwand, der in keinem Verhältnis zum Umsatz steht. Auf die Rechnungsstellung wurde von seiten der Genossenschaft scharf reagiert und vom Verband auch eine Reduzierung erreicht.

Oftmals wird aber auch die Unterstützung durch einzelne wohlwollende Prüfer betont oder die guten Informationen der Rechts- und Technikabteilung eines Verbandes hervorgehoben. Ein Prüfer bemüht sich sogar die Kostenbelastung zugunsten der Genossenschaft zu reduzieren, indem er beispielsweise die Anfahrt mit in der Nähe liegenden Aufgaben verbindet. Zwei Wohnungsbaugenossenschaften berichteten von Zeiträumen zwischen Gründung und Eintragungen, die unter 30 Tagen lagen. Dies kann als besonders positive Entwicklung gesehen werden, da bisher selten von Bearbeitungszeiträumen von unter einem halben Jahr berichtet wurde.

Zukunft des Alternativen Genossenschaftstags

Die Aussprache über die Zukunft eines Alternativen Genossenschaftstag wurde in Form eines Blitzlichtes geführt. Daraus ein paar abschließende Statements:

1. Der verbandsübergreifende Austausch wäre an anderer Stelle nicht zustande gekommen. Er ist sehr fruchtbar und kann selbst einzelnen Genossenschaftsverbänden Anregungen geben.
2. Es wurden einige offene Fragen diskutiert, die schon länger hätten bearbeitet werden müssen. Spannend war auch der Austausch mit anderen genossenschaftlichen Traditionen wie den Genossenschaften aus Ostdeutschland. Das Ganze gab gute Anregungen für neue Unternehmen, die für sich nach geeigneten Formen suchen.
3. Es hat sich gezeigt, daß das Genossenschaftswesen überall mit gleichen Problemen konfrontiert wird. Eine Revision in der Politik und in der Gesetzgebung wäre erforderlich. Der Alternative Genossenschaftstag ist ein guter Weg, hierfür Anregungen einzubringen.
4. Einmal im Jahr einen Alternativen Genossenschaftstag durchzuführen wäre gut. Dies sollte möglichst verbunden werden mit der Besichtigung eines Beispiels, damit das Arbeiten an der Genossenschaftsidee mehr Spaß macht.
5. Gut ist eine solche Veranstaltung, um über den eigenen Tellerrand zu blicken. Dazu gehört der Ost-West-Austausch. Erforderlich wäre eine Zuspitzung auf Themen, die alle betreffen wie Ansehen von Genossenschaften, Partizipation, Rechtliches. Alle drei oder vier Jahre sollte eine politische Zuspitzung erfolgen, über die gezielt in die Öffentlichkeit gegangen wird.●

20 Jahre Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie

Vom 21.-27.8.98 in Oberursel fand das Sommerseminar des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) zum Thema »Globalisierung und ihre Alternativen« statt. Knapp 50 TeilnehmerInnen trafen sich, um intensiv im Plenum, in Arbeitsgruppen und in einer Zukunftswerkstatt zu diskutieren und neue Ideen zu entwickeln. Zur gesamten Tagung, einschließlich des Alternativen Genossenschaftstages, wird eine Seminarzeitung erstellt.

Sie kann bei Martina Racki, Scheffelstraße 46, D-79102 Freiburg, Fax: 0761/709084 für 15,– DM plus Porto bestellt werden.

Der Theoriearbeitskreis gibt viermal im Jahr einen Rundbrief Alternative Ökonomie heraus. Dieser hat gegenwärtig eine so hohe Qualität erreicht, daß er auch für Außenstehende, die sich mit alternativökonomischen Themen auseinandersetzen wollen, von Interesse ist. Er kann bei Andrea Gerth, Löwenstraße 8, D-68259 Mannheim bestellt werden. Auch wer in den Verteiler des Arbeitskreises für Seminare aufgenommen werden will, sollte das an diese Adresse schreiben. Der Rundbrief selbst kostet als Einzelheft 9,– DM plus Versandkosten und 35,– DM für vier Ausgaben im Abonnement. Bei Bestellungen bitte eine Vorauszahlung auf das TAK AÖ-Konto 135 408-671, BLZ 545 100 67 bei der Postbank Ludwigshafen einzahlen.●

KURZ BERICHTET

Sozialplattform OÖ im Internet

Unter der URL http://homepages.netway.at/sozialplattform/ sind jetzt über 60 Projektkurzbeschreibungen von Beschäftigungs-, Ausbildungs-, Beratungs- und Wohnungslosenprojekte in Oberösterreich, die aktuellen sozialen Richtsätze 1998, Artikel zum neuen OÖ Sozialhilfegesetz, zur aktiven Arbeitsmarktpolitik und vieles mehr zu finden.

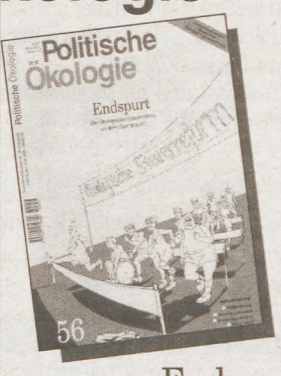
Autofrei leben!

Nach der erfolgreichen ersten *autofrei leben!* Konferenz im Juni '98 wird vom 29. bis 31. Januar 1999 in Weimar die zweite bundesweite Konferenz stattfinden.

Ziel der Konferenz ist es, den bewußten Auto-Verzicht als eine zukunftsweisende Antwort auf die Gefährdung unserer Lebensgrundlagen zu etablieren. Dabei werden ethische als auch technologische Aspekte autofreien Lebens von anerkannten Fachleuten behandelt. Darüberhinaus besteht die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch zwischen autofreien Bürgern (und solchen, die es werden wollen).
Info: autofrei leben!, Dorfstr. 18, D-07646 Schlöben, Tel.: (03 64 28) 4 10 91, Fax 4 92 93

Anzeige

Politische Ökologie



Politische Ökologie Nr. 56

Endspurt
Die Ökologische Steuerreform vor dem Durchbruch?

Die Ökologische Steuerreform ist nicht zuletzt durch den umstrittenen Benzinpreis-Beschluß der Grünen wieder ein Thema öffentlichen Interesses. Das Ziel der Steuerreform, Energie zu verteuern und die Arbeit zu entlasten, stößt auf Zustimmung quer durch die Parteien, die Wirtschaft und die Wissenschaft. Der Weg dorthin ist allerdings umstritten.
Das aktuelle Heft der Politischen Ökologie bündelt die aktuellen Positionen, berichtet über Erfahrungen anderer Länder mit einer Ökologischen Steuerreform und beleuchtet die Konsequenzen für Staat, Wirtschaft und die Verbraucher. Und es zeigt, daß die Chancen, mit der Ökologischen Steuerreform einen wichtigen Hebel für ein zukunftsfähiges Deutschland zu etablieren, heute besser sind denn je.

A. Görres: Wider die „ökologischen Ptolemäer" • **M. Platzeck:** Marketingproblem Ostdeutschland • **C. Krebs/D. Reiche:** Vier Typen, drei Optionen • Parteiendiskussion: **E-U. von Weizsäcker (SPD)/H-P. Repnik (CDU/CSU)/ M. Hustedt (Bündnis 90/die Grünen)/ B. Homburger (FDP)** • **M. Jänicke:** Internationaler Überblick • **K. Schlegelmilch:** Dänemark als Vorreiter • **M. Meinecke:** Verlierer und Gewinner im Unternehmenssektor • **B. Meyer:** Die Auswirkungen auf die Haushalte u.a.

ausführliche Inhaltsangaben aller Ausgaben finden Sie auch auf unserer Internetseite:
http://www.umwelt.de/magazin/poe

Jetzt für DM 19,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
● ökom GmbH
● Waltherstr. 29, Rgb.
● 80337 München
● Tel.: 089/544 184-0;
● Fax: 089/544 184-99
● http: //www.umwelt.de/
● magazin/poe YCO

CD-ROM MIT GESCHICHTSBUCHCHARAKTER

Neue Genossenschaften – Alternative Ökonomie – Beschäftigungsinitiativen

Genossenschaftsfetischisten, SammlerInnen, SucherInnen von guten Ideen aus der Geschichte, aber auch der jüngsten Vergangenheit können endlich auf eine unerschöpfliche Fundgrube zurückgreifen. Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens hat 12.000 Seiten aus vier Archiven (Grüne, Netz, ZERP und Verein) einscannen und intelligent aufbereiten lassen. Herausgekommen ist eine CD-Rom mit Geschichtsbuchcharakter. Die vielfältigen Initiativen unkonventionellen Wirtschaftens kann sich so jeder nach eigenen Interessen und Arbeitsschwerpunkten sichtbar machen.

Vergessene Beschäftigungsmodelle wie beispielsweise Belegschaftsbetriebe sowie die Wurzeln und Perspektiven alternativen Wirtschaftens lassen sich endlich intensiv erkunden, ohne daß in schlecht oder gar nicht aufbereiteten Dokumenten gestöbert werden muß. Die Orginaltexte fördern oft verblüffendes zutage. Viele geben erstaunlich konkrete Hinweise für das Initiieren neuer Projekte. So manches ist schon gedacht worden und muß nur leicht modifiziert in die schlechte Wirklichkeit umgesetzt werden. Das »Werk« kann gar nicht hoch genug gelobt werden.●

Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. (Hg.): Neue Genossenschaften, Alternative Ökonomie, Beschäftigungsinitiativen, Neu Ulm (AG SPAK Publikationen, Holzheimer Straße 7, D-89233 Neu Ulm, Fax: 07308/919095) 1998 DM 120,–.

Ausstieg in die Zukunft – für wen?

Die jüngsten Reisen von Ulrich Grober aus Marl haben ein gerade erschienenes interessantes Buch zum Ergebnis: »Ausstieg in die Zukunft« – eine Kombination aus Reizwörtern für Linke, positive und negative. Wer ihm anhand des Buches auf seinen Wegen folgt, wird einbezogen in die alternativen Lebens- und Wirtschaftsformen von Menschen, die »aus dem Wettlauf der Besessenen« ausgestiegen sind – alte Kommunarden ebenso wie neuerdings LPG-Vereinigungsverlierer. »Anders leben, anders arbeiten« heißt zum Beispiel ein Motto der *Kommune Niederkaufungen* bei Kassel, wo rund 70 BewohnerInnen kollektiv wohnen, selbstverwalten, wirtschaften – und sich ökonomisch selbst tragen. Oder der *Finkhof* in Arnach/Oberschwaben: eine soziale Struktur mit Bedürfniskasse, Konsensprinzip, rotierendem Zentrumsdienst (Kochen und Putzen reihum). Vom Schafehüten über Wollverarbeitung bis zum Versand von (nicht nur) selbstgemachten Kleidungstücken reicht die wirtschaftliche Grundlage – sie können davon leben.

Reise zu einem Solarhof bei Hannover, zum *Ökospeicher Wulkow* – Uli Grober hat wenig ausgelassen, dazu viele ökologische Projekte geschildert, die kaum bekannt sind. Mit vielen Leuten dieser Projekte hat er sich unterhalten und läßt sie selber ausreichend zu Wort kommen. Interviews mit *Maria Mies* über Subsistenzwirtschaft, mit *Hans-Peter Dürr* über Nachhaltigkeit oder mit *Dorothee Sölle* über ihre Kritik am Industriepatriarchat ergänzen sein Thema und runden es ab.

Uli Grober geht an seine Gesprächspartner und ihre Projekte nicht mit einem ideologischen Lineal heran. Die Vergangenheit der »Dorf-Eden«-Leute, die Versponnenheit der auf Silvio Gesell zurückgehenden Geldtheorien; sie stehen neben Konsequenzen, die Nischen in der Marktwirtschaft besetzen – etwa die Hermannsdorfer Werkstätten des Millionärs Schweisfurth, der seine Fleischfabrik verkaufte, um ein Ökodorf zu gründen. Grubers Unvoreingenommenheit zeigt sich als Vorteil: der Autor stellt Fragen und läßt die Menschen über ihre Sachen reden. Er begleitet sie in ihrem praktischen Alltag und schreibt positiv kommentierend. Im Nachwort behandelt er zusammenfassend die sich aufdrängende Frage, welche Perspektive das denn sei: »was nutzt die Umstellung eines Akkers auf organischen Landbau... der Umstieg aufs Fahrrad und die Gründung einer Car-sharing-Iniative... die Umrüstung eines Hauses auf Solarenergie...? Was soll der Aufbau einer sich selbst versorgenden Gemeinschaft, wenn gleichzeitig die Globalisierung die Subsistenzgrundlage von Millionen Menschen zerstört und die Beziehungen zwischen den Menschen auf die bare Zahlung reduziert?«

Andere Lebensweise, einfach ein besseres Leben statt viel zu haben – ein Zitat eines Mitarbeiters aus dem Wuppertal-Institut: »Man könnte vielleicht provozierend sagen: es gibt viele Inseln des Richtigen im Ozean des Falschen.«

Ein Buch, das sozialen Bewegungen abseits zu liegen scheint – wer mit Tausenden von Belegschaftsangehörigen, Millionen Arbeitslosen und Gewerkschaftsmitgliedern usw. zu rechnen gelernt hat, wird hier auf die kleine Zahl gesetzt, auf das lokale Handeln. Das Buch ist eine Ergänzung zum Thema in der SoZ 23/97 über die Köln-Mülheimer Selbsthilfe (SSM) und zur Diskussion um zukünftige Arbeit. Eine Lektüre, die lohnt.●

Rolf Euler

aus »Sozialistische Zeitung«, vom 20.8.98

Ulrich Grober: Ausstieg in die Zukunft, Ch. Links-Verlag, Berlin 1998, 36,– DM

Das Leben ändern – 1968

Bald ist das Jubiläumsjahr »1968« geschafft. Eine Unmenge meist schlechter Bücher ist erschienen und auch sonst ist das Thema in der Kulturindustrie wieder einmal verwertet worden. Die ProtagonistInnen von damals sind heute meist auf der Seite zu finden, die im zivilgesellschaftlichen Deckmäntelchen eher noch eine Verschärfung der Verhältnisse das Wort redet. Dies läßt sich nicht nur bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr, kommunaler Sparpolitik, nachhaltiger Entwicklung oder bei der Einführung eines postmodernen Arbeitsdienstes in Form der Bürgerarbeit nachweisen. Was »1968« wirklich war, ist nicht festzustellen. Es wird oft eindimensional nur als Ausgangspunkt einer Modernisierung des Kapitalismus und des Patriarchats analysiert. Was es auch war, ist heute meist vergessen.

Lutz Schulenberg, seit Anfang der 70er Jahre linksradikaler und sozialrevolutionärer Verleger in Hamburg will »1968« als Kulturrevolution gegen die genannten verkürzenden Sichtweisen, gegen die Mode und die »akademischen Sterndeuter« verteidigen. Er hat in einem umfangreichen Werk eine Vielzahl von Texten, Flugblättern und Berichten aus der Zeit von 1967 bis 1969 zusammengestellt. Das Leben ändern, die Welt verändern ist ein umfangreiches, lesenswertes Pamphlet aus der (damaligen) Welt des Widerstandes gegen Ware, Arbeit und Krieg.

In ihm finden sich Berichte aus Fabriken, aus besetzten Universitäten, Berichte von Straßenkämpfen, internationalistische Dokumente, Reden von Funktionären der Studentenrevolte und Reiseberichte von Unbekannten (und unbekannt gebliebenen), Texte aus der gerade entstehenden zweiten Frauenbewegung, Flugblätter aus vielerlei Bezügen und von verschiedenen Orten. Die Texte zeigen deutlich drei Tatsachen, die mensch sich heute wieder ins Gedächtnis rufen muß: »1968« war eine zutiefst internationale und internationalistische Angelegenheit, Aufruhr und Unmut gab es (fast) auf dem ganzen Globus. Es war zweitens auch eine Sache der arbeitenden Menschen, des Kampfs von ArbeiterInnen gegen die Fabrik und die entwürdigende Arbeit. Und sie war – last but not least – eine Kulturrevolution gegen Autorität, Staat und Spießigkeit, ein Umbruch, der auch Alltag und Sexualität mit einschloß, bzw. einschließen sollte.

Schulenberg will kein repräsentatives Bild von »1968« geben, dies wäre auch unmöglich. Er wertet durch die Auswahl der Texte, und geht auf die Zeit der dogmatischen Parteiversuche ab 1969 und ihre Ursachen ausdrücklich nicht ein. Seine Lehren aus »1968« sind: Eine Bewegung muß radikal und heterogen, sie muß im wahrsten Sinne des Wortes überall sein. Schulenbergs Textauswahl ist tendenziell verklärend, da sie einer Vorstellung von Rebellion huldigt, aus der dann schon das Richtige, vor allem die richtigen Inhalte, erwachsen wird. Daß dies nicht zwangsläufig so sein muß, zeigt z.B. schon allein die Geschichte der Linken, die voll ist von autoritären Verkrustungen und patriarchalen Verkürzungen. Einer radikalen Linken sollte es um Revolution und nicht nur um Rebellion gehen.●

Bernd Hüttner

Lutz Schulenberg (Hrsg.): Das Leben ändern, die Welt verändern! 1968. Dokumente und Berichte. Edition Nautilus Hamburg 1998, 480 S., 39,80 DM

Die Chance Umweltpolitik

Die Entwicklung der Ökosysteme und die soziale Entwicklung in den vergangenen Jahren zeigen: Die Weichenstellungen für die gesellschaftliche Entwicklung haben sich als falsch erwiesen.

Umweltbelastungen haben ein solches Ausmaß erreicht, daß sie zunehmend unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstören. Die Gesundheit, die soziale Sicherheit und die Lebensqualität werden durch diese Entwicklung gefährdet und damit unsere Lebensperspektive stückweise abgebaut.

Die wsentlichen Ursachen sind seit Jahren bekannt. Sie sind in der Produktions- und Konsumweise der Industrieländer zu suchen. Die gesellschaftliche Entwicklung wird nahezu vollständig von den Profitinteressen bestimmt, die maximale Profitrate der Konzerne steht in ihrer Gewichtung weit vor den ökologischen Notwendigkeiten, das Wirtschaftswachstum erfolgt auf Kosten unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Ein neuer Höhepunkt in der Ausbeutung der Natur wird mit der Gentechnik erreicht – jede lebende Zelle wird vermarktet. Die Abhängigkeit des Lebens von den Chef-Etagen einiger Konzerne scheint unausweichlich.

Die Gentechnik verweist aber noch auf eine weitere verhängnisvolle Einschätzung: Den Glauben an die Allmacht des technischen Fortschrittes, mit dessen Hilfe letztendlich jedes Problem auf der Erde zu lösen sei und deshalb angeblich jedes industriell-technische Risiko eigegangen werden könne. Aber: gentechnisch veränderte Viren und Bakterien lassen sich nicht einfach wieder einfangen, sollten sie eine ungeplante Eigenschaft zeigen, die unsere Gesundheit gefährdet. Und wer hat die strahlenden Partikel wieder aus der Natur entfernt, die die Atomindustrie uns beschert hat?

Diese Entwicklungsrichtungen müssen verändert werden – das Ziel kann eindeutig formuliert werden: Eine Gesellschaft, deren Entwicklung nicht mehr durch die Profitrate bestimmt wird. Und wir haben keine andere Wahl, als die ökologischen und sozialen Belange zum dominierenden Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung zu machen.

Ein wenig mehr Ökologie, eine effizientere Wirtschaftsweise und eine höhere Ressourcenproduktivität allein reichen nicht aus; sie können nur für eine Zwischenphase gültig sein.

Anhand des Beispiels einer ökologisch und sozial sinnvollen Verkehrsentwicklung kann aufgezeigt werden, welche ersten Schritte in diese andere Richtung notwendig sind.

... deshalb ist eine ökologisch und sozial verträgliche Entwicklung mit den tiefgreifenden gesellschaftsverändernden Folgen dringend notwendig.●

C. Schurich

Peter Schott: Die Chance Umweltpolitik,
Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH Bonn,
ISBN 3-89144-260-2, DM 24,90 / ÖS 182,- / SFr 23,20

Hänsel und Gretel verliefen sich im Wald

Die meisten klassischen Märchen sind grausam – die Historie ist es oft auch. Die Deutschen tun sich schwer mit beiden. Die Amerikanisierung Europas bzw. Deutschlands hat wohl noch nie einen derartigen Höhepunkt erlebt wie nach der Wende. Ihr Tiefpunkt lag eindeutig in den 60er und 70er Jahren zu Zeiten des Vietnamkrieges. Aber nicht nur im negativen Sinne wurden wir von den USA beeinflußt, auch die Alternativszene profitierte vom US-Widerstand gegen den Krieg (und gegen das heimische Establishment). Ob der LNS (Liberation News Service) hier die alternativen Medien beeinflußte, die amerikanische Kommune- und Hippibewegung oder selbst die Hells Angels nach Deutschland brachte. Die amerikanische Nationalhymne von Jimi Hendrix gespielt, war uns wesentlich lieber als der deutsche Schlager (was heute eindrucksvoll entgegengesetzt zu laufen scheint).

Während jedoch die amerikanische Alternativszene eher eine Aussteigerszene war (und es gab in den USA auch zahlreiche Freiräume), wurde hier der Widerstand gegen Gott und die Welt geführt, vielleicht auch einfach aus der Erfahrung mit der Nazi-Diktatur heraus, wo der Widerstand einfach nicht groß genug war (Deutschland mußte – zurecht – militärisch und moralisch besiegt werden). Aber die Sieger entpuppten sich bald danach nicht zwangsläufig als die moralisch besseren, und so geriet der US-Imperialismus, als der größte Feind der Menschheit, in das Visier der Widerständler – der RAF.

Neben den zahlreichen Darstellungen der Geschichte der RAF, sowie den Selbstdarstellungen einzelner AktivistInnen erschien jetzt im Steidl-Verlag ein Fotoband mit Abbildungen aus den Jahren 1967 bis 1977, der Entstehungszeit der RAF.

Die Herausgeberin *Astrid Proll*, selbst ehemalige Aktivistin, hat heute einen selbstkritischen Blick auf diese Zeit. Ohne zu jammern und zu zetern berichtet sie kritisch aber auch warmherzig (und somit aufrichtig) über diesen Abschnitt ihres Lebens, der für sie ein sehr einschneidender war. Der Text, der zweisprachig ist (dtsch/engl) hält allerdings die eine oder andere Überraschung in der Übersetzung parat, wenn es z.B. auf S. 9 »...begann der Aufbau einer illegalen Truppe«, und im Englischen (korrekterweise, bzw. besser ausgedrückt): »....we began to build an illegal group.«, heißt. *Astrid Proll*, die ja illegal in England lebte, verfaßte beide Texte. Sicher ist es kein Manko dieses Buches, wenn die RAF als »Truppe« im Deutschen bezeichnet wird, aber vielleicht eine Spracherkenntnis. Der Text ist leider zu kurz, gerade gegenüber einigen Quatschnasen, die sich zu diesem Thema in die Öffentlichkeit drängen, scheint mir Astrid Proll hier wesentlich ehrlicher, unpathetisch ohne zu denunzieren ihren Blick auf diese Vergangenheit geworfen zu haben.

Außerdem ist *Astrid Proll* nicht nur wegen der historischen Nähe zu den Ereignissen prädistiniert einen solchen Fotoband vorzulegen, sondern auch wegen ihrer Eigenschaft als Fotografin, die ihr einen besonderen Blick auf die Dinge zuteil werden läßt. Die Visualität dieser Bilder erzählen verschiedenen Generationen auch verschiedene Geschichten, sie sind auch Ausdruck von Gefühl und Zeit. Sie gehen über bloße Nostalgie hinaus. Es sind Dokumente von flüchtigem Herzflimmern, dem unbeugsamen Willen nichts beim alten zu lassen, und der traurigen Vergänglichkeit einer Jugend deren existentielle Waghalsigkeit vielen als Arroganz erschien. Daß sie die Idee zu einem Fotoband bereits seit 13 Jahren hatte, muß nicht unbedingt heißen, daß der heutige Zeitpunkt für eine derartige Veröffentlichung besser geeignet gewesen wäre. Die Zeit heilt nicht alle Wunden: zwischen dem Bild vom lächelnden Andreas Baader in einem Pariser Café und dem toten Andreas Baader, der in seiner Blutlache im Stammheimer Gefängnis abgebildet ist, bewegt sich nicht nur Freud und Leid, und deutsche Geschichte, sondern Erinnerungen, die einem rumoren in der Magengrube verursachen und an Träume erinnern, um die es sich zu jeder Zeit lohnte zu kämpfen.

Sicherlich, dreißig Jahre sind auch eine lange Zeit. Unsere Kinder werden ganz andere Gedanken haben, wenn sie diese Fotos sehen, sofern sie sich überhaupt dafür interessieren.

Im grausamen Märchen können sich Hänsel und Gretel befreien, indem sie die »böse Hexe« in den Ofen schieben und verbrennen. Hans und Grete (die Codenamen für Andreas Baader und Gudrun Ensslin) hatten es schwerer. In diesem Fall sind sie persönlich gescheitert, aber es ist Wert auch ihre Geschichte immer wieder zu erzählen. Das endgültige Resümee werden zukünftige Generationen ziehen. Ob es nun HeldInnen oder Geblendete waren, wir werden sehen.

Heutzutage sind alle moralischen Schranken gefallen. Die Tatsache, daß das Konterfei von Che Guevara noch (!?) nicht zu Reklamezwecken von Coca Cola verwendet wird ist wohl nur eine Zeitfrage: »Wir wissen nicht, was die RAF empfohlen hätte, wir empfehlen ...(blablabala)« Und ich empfehle dieses Buch...●

Knobi

Astrid Proll (Hrsg.): Hans und Grete – Die RAF 1967-1977. Steidel Verlag Göttingen 1998 140 Seiten / 29,80 DM

Reader Medienökonomie

Einen »Reader Medienökonomie 1998« mit Analysen zur wirtschaftlichen Situation und Konzentration in der Verlags- und Medienbranche hat der gemeinsame Branchenarbeitskreis Verlage von IG Medien und Gewerkschaft HBV herausgebracht. Der Reader enthält umfangreiches Datenmaterial, darunter Tabellen der 50 größten Verlage, sowie Dokumente zu aktuellen Trends in der Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlagsbranche.

Der Preis des Readers beträgt 10 Mark, für Mitglieder der IG Medien und HBV ist er kostenlos.●

Karl Dietz

Der Reader kann bestellt werden beim Hauptvorstand der IG Medien, Versand, Friedrichstr. 15, D-70174 Stuttgart, Fax: (07 11) 2018-199.

Vielen Dank, Peter Pank

Eine subkulturelle Zeitreise in das Jahr 1986. Im Mutterland Großbritannien längst über dem Zenit und von der Modeindustrie vereinnahmt, feiert Punk in Deutschland noch fröhliche Urstände. Jedenfalls in einer süddeutschen Kleinstadt. Punk, das heißt *No Future*, Saufen, Schnorren und jede Menge Spaß auf Kosten anderer. Peter Pank ist da keine Ausnahme. Musik, exzessiver Alkoholgenuß, derbe Späße und abenteuerliche Tramper-Touren bestimmen den *way of life* des Kleinstadt-Punks. – Ein nicht nur nostalgischer Genuß für jeden Punk(-Fan) und ein interessanter Einblick für alle, die schon immer wisssen wollten, wo der Punk abgeht.

Der Autor: Klaus N. Frick ist Jahrgang 1963 und wuchs im Schwarzwald auf. Seit frühester Jugend produziert er Kurzgeschichten und diverse Fanzines. Seit 1992 arbeitet er als Lektor und inzwischen verantwortlicher Redakteur für Perry Rhodan, die größte Science-Fiction-Serie der Welt.

»Vielleicht der bekannteste, sicher einer der amüsantesten Schreiber der deutschen Punk-Szene.« (Flight 13)●

dp

Klaus N. Frick: Vielen Dank, Peter Pank. Verlag Thomas Tilsner, Bad Tölz, ISBN 3-910079-56-3, 140 Seiten, 28 DM

Neuer Videokatalog

Der neue Verleih- und Vertriebskatalog 1998 der Medienwerkstatt Freiburg ist da! Ab jetzt auch im Internet: http://www.freiburger-medienforum.de/medienwerkstatt

Das Videoprogramm wurde neu überarbeitet, es umfaßt ca. 150 Titel – rund 40 Filme wurden seit dem letzten Katalog ins Programm aufgenommen, einige wurden aus dem Programm genommen, sind aber noch im Archiv vorhanden.

Die thematischen Schwerpunkte unseres Programms:
Faschismus und Rechtsradikalismus (Nationalismus/Drittes Reich, Rassismus in der BRD, Rechtsradikale Jugendliche), Geschichte vor und nach '45, Medien(geschichte), Brennpunkte sozialer Bewegungen (Hausbesetzung, Antimilitarismus, Arbeitswelt), Ökologie/Umwelt, Soziale Lage in der BRD (Drogen, Kinder/Jugendliche, Behinderung/Krankheit, Schwulsein, Flucht/Asyl, Knast) Frauen, Internationalismus, (Lateinamerika, Afrika, Kurdistan/Nahost/Asien) Krieg in Ex-Jugoslawien.

NEU: Über 20 Filme unseres Programms sind jetzt auch als Homevideo erhältlich.

Vor kurzem haben wir unsere Homepage renoviert und ausgebaut – ihr findet dort neben Infos zur Medienwerkstatt das gesamte Verleih- und Vertriebsprogramm (mit Stichworten, ausführlichen Beschreibungen, Fotos und technischen Angaben). Mit Hilfe einer integrierten Suchmaschine ist das Programm bequem zu durchforsten – nach Stichworten, Titeln, AutorInnen, Rubriken, ... aber was rede ich – einfach reinschauen.

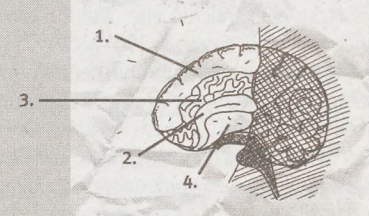
Für alle, die gerne Blättern und ohne Internet unser Filmprogramm kennenlernen wollen, haben wir die gedruckte Ausgabe des Katalogs gemacht (Din A5, 144 S., ca. 80 Abb.), die zum Preis von 10 DM (incl. 3 DM Versand) bei uns bestellt werden kann.●

Tina und Wolfgang

Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20,
D-79100 Freiburg, Tel. (07 61) 70 97 57, 70 17 96

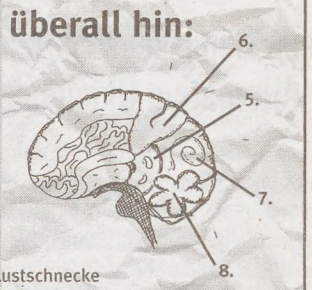
Anzeige

Viele Zeitschriften kommen nur bis hierhin:



1. Frustrationslappen
2. bewegungsmelancholischer Schlund
3. auswegloses Analyseganglion
4. spätpatriarchale Blähzone

Aber alaska kommt überall hin:



5. Lustschnecke
6. Perspektivtrichter
7. feministischer Widerspruchswirbel
8. Zeitgeisttaster

alaska
internationalistisch - feministisch - links - anders.
Probeheft bestellen: alaska, Bernhardstraße 12, 28203 Bremen, fon/fax 0421 - 720 34
Heft 221: Fit fürs Leben?
Heft 222: Macht und Staat

JOBS

Berufschance: Wer baut in Düsseldorf linkes Projekt mit auf? Anforderungen: Fähigkeit zu verantwortlichem outputorientiertem Arbeiten, EDV-Kenntnisse Word/Excel, kaufmännisches Geschick. Zunächst 15 Wochenstunden, ausbaufähig im Verhältnis zur ökonomischen Projektentwicklung. Möglichkeiten zur Finanzierung durch Arbeitsamt (ABM, Umschulung, Wiedereinstieg etc.) gewünscht, aber nicht zwingend.
Schriftliche Bewerbung mit Unterlagen an: **Chiffre jungeWelt-0998**

Biobäcker auf dem Lande / Nähe Bremen, sucht MitarbeiterIn mit Erfahrung oder einarbeitungswilligen Menschen.
☎(0 42 93) 12 90

Oktoberdruck GmbH in Berlin-Kreuzberg sucht zu Ende '98 eine Marketing-Fachkraft mit Erfahrung im Bogenoffset
Anforderungen:
- Ausgeprägte Kenntnisse des Marketing. Routine bei der Umsetzung konzeptioneller Strategien.
- Erfahrungen in der Kundenansprache und Akquise.
- Kenntnisse in den Bereichen Vorstufe, Druck und Weiterverarbeitung.
- Dürchblick in der EDV-unterstützten Kalkulation und Auftragsbearbeitung.
- Geübten Umgang mit EXCEL und ACCESS. Erfahrung in der drucktechnischen Kundenberatung.

Als selbstverwalteter Betrieb erwarten wir außerdem Engagement und Eigeninitiative, ohne dabei die Professionalität aus den Augen zu verlieren.
Schriftliche Bewerbung an:
Oktoberdruck GmbH, Paul-Lincke-Ufer 44a, D-10999 Berlin
Zur Rücksendung Ihrer Unterlagen bitten wir um einen frankierten Briefumschlag.

ZU VERSCHENKEN

Reprokamera »Ravenna S1010« (bis A3), Kontaktkopiergerät (Klimsch) und IBM-Composer.
☎(0 62 21) 18 34 02

JOBSUCHE

Wandernder **Naturgartengestalter** mit Ideen sucht neue Herausforderungen in der ökologischen Landschaftsgestaltung. Renaturierungs-, Selbstversorgungs-, Kulturlandschafts- und Sanfte Tourismusprojekte sind willkommen.
Uwe A. Schidder, Postfach 14 01 32, D-70071 Stuttgart
☎(01 77) 521 53 27

PROJEKTE

Kommune Stedorf bei Verden sucht für 11 Wochen im Winter eine Frau, die bei uns lebt und im Betrieb arbeitet (25-30 Std./Woche). Eventuell auch für länger. Führerschein erforderlich.
☎(0 42 34) 9 40 36 (AB: 9 40 34)

Auch im Jahr 1999 gibt es den Atomkraft NEIN! Kalender

Für gerade mal 10,- Mark (+ 1,50 Porto) (Wiederverkäuferinnen erhalten 30 % Rabatt) erhaltet Ihr den Kalender mit vielen Informationen und umfangreichem Servicateil. Der Erlös geht an Initiativen gegen Atomanlagen.

Bestellen könnt Ihr den Kalender gegen Vorkasse (Geldschein und Briefmarken) im

Umweltzentrum
Scharnhorststr. 57, 48 151 Münster
Tel: 0251-52 11 12
Fax: 0251-5 38 97 97

Institut für Neue Arbeit INA
Über das Bestehende hinausdenken...
Wege aus der Krise der Arbeit.

Do. 8. Okt. *Georg Wolter*
Selbsthilfe in Venezuela.

Eröffnung des INA
Fr. 30. Okt. *Rainer Kippe*
Neue Arbeit und nachhaltige Stadtentwicklung.

Fr. 13. Nov. *Robert Kurz*
Von der Enteignung zur Aneignung.

Mi. 25. Nov. *Carola Möller*
Bürgerpflicht statt Neuer Arbeit?

Martin Massip
Mit Schaufel und Harke um Sieben auf dem Friedhof? - Tips gegen Arbeitsverpflichtung.

Fr. 4. Dez.
Ilona Konrad/Bodo Bischof
Unmenschliche Pünktlichkeit.

Di. 15. Dez. *Peter Bach*
Land unter in Mülheim - Iniativen bauen Dämme.

Fr. 15. Jan. *Roswitha Scholz*
Arbeit und Geschlechterverhältnis - eine Analyse.

Do. 21. Jan. *Werner Ruhoff*
Longo Mai - ein »Labor« für kooperatives Leben.

Do. 28. Jan. *Roland Söker*
Selbermachen statt kaufen das Münchner »Haus der Eigenarbeit«.

Sa. 30. Jan. *Kathrin Lacher*
Zukunftswerkstatt zur Industriebrache »Alter Güterbahnhof«.

Bitte Gesamtprospekt anfordern!
Kostenbeitrag: 5 DM
Das Institut befindet sich in den Räumen der SSM.

INA
Düsseldorfer Str. 74
51063 Köln (Mülheim)
Tel. 6403152 Fax 6403198

KATALOGE

1968 – Deutscher Herbst. Antiquariatskataloge: »1968 – Vorläufer, Phantasien, Folgen« sowie »Karl Kraus u. die Fackel« jetzt anfordern – kostenlos:
Antiquariat Karla, Karolingerstr. 14, D-40223 Düsseldorf.

Endlich! Nach 15 Jahren wieder da! Die

883

„Auf in den Krampf! - '68 und die Folgen"

Mit Beiträgen von Hartmut Häußermann zu '68, Bernd Rabehl über kommende Umwälzungen, Bernd Kramer über das Wetter im SDS, Uwe Timm über das „Schwarzbuch des Kommunismus", Cohn-Bendit und Adam Michnik über Vietnam, Andreas Hansen über Fr. Jung und A. Baader, Bernd Senf über W. Reich und S. Gesell, Kl. Schmitt über Proudhon, Gesell und Keynes und Radi K. Linsky über eine Freigeld-Initiative gegen Arbeitslosigkeit.

Ein Schüler fragt Bommi Baumann, - wie alles anfing.

Sarkastisches von Pierre Joseph Proudhon zum Positivismus der Liberalen.

Dokumenten, Karikaturen und vieles andere.

Zu haben in linken Buchläden oder gegen Vorauszahlung in Scheinen und/oder kleinen Briefmarken bei Klaus Schmitt Apostel-Paulus-Str. 26, 10823 Berlin oder Postbank Berlin, Ko.Nr. 202624-105, 10010010.

Preis: 4,-- DM
(plus 1,50 DM Porto).

Bei Abnahme von mindestens **5 Exemplaren jedes 2,50 DM** (plus 1,50 DM Porto bis 500g)

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!**
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Die beiden unabhängigen Umweltzeitungen Berlins erscheinen jetzt gemeinsam.

DER RABE RALF
Anders leben
Ökologie - Ökonomie
AGENDA 21
Ohne Auto mobil
Umwelt-Bibliothek
Tips-Termine-Infos
Umweltzeitungen Monatsplatt Seit 1990

Natürschutz • Umweltpolitik • Öko-Tips • Bücher für Kinder
Seit 1984
Berliner Luft-Zeitung

Kostenlos an den einschlägigen Auslageorten in Berlin oder für 4 DM pro Ausgabe per Unterstützungsabo ins Haus. Kostenlose Probenummer: GRÜNE LIGA, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ (030) 44 33 91-0

nadir infoSystem

betreibt im *worldwideweb* ein *informationssystem* zu *linker politik* und *sozialen bewegungen*

web: http://www.nadir.org/ mail: nadir@mail.nadir.org post: Brigittenstr. 5, 20359 HH

AKTUELL	Meldungen und Hintergründe	**INITIATIV**	Selbstdarstellungen und Informationen von Gruppen und Projekten
PERIODIKA	Elektronische Kopien von Zeitschriften	**NETZ**	Verweise auf weitere linke Infos, Archive, Kontakte etc. im web
ARCHIV	linke Theorie und Praxis aus Geschichte und Gegenwart		

Unser Konto für die allzeit willkommenen Spenden: Postbank HH, (200 100 20), Kto-Nr. 797 156 207

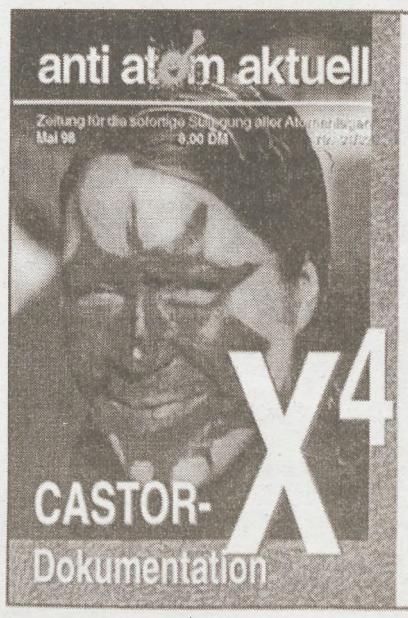
Internationaler Kongress Neoliberalismus weltweit bitte aus Heft 168, Seite 15 einmontieren

Adresse
Infowagen
Mitschurinstr. 1c
14469 Potsdam

erscheint vierteljährlich regional und überregional eine Ausgabe 2,50 DM
ABO 15,- DM

bedingungslose
unabhängige
radikale
antifaschistische
trickreiche
internationale
nötige
Objektive
Berichterstattung

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Alle vier Wochen auf 36 Seiten Analysen, Hintergrundinformationen und Diskussionen
Kostenloses Probeexemplar bestellen bei : analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, Tel.: 040/40170174 oder Fax 040/40170175
e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de
ak erscheint vierwöchentlich und ist in allen linken Buchläden und Zeitungskiosken erhältlich. Jahresabo DM 90,-; Einzelpreis DM 7,50. 36 Seiten.



A4-Heft, 84 Seiten, 8,-DM

- ✘ Fotos
- ✘ Berichte
- ✘ Analysen
- ✘ Meinungen

vom Castor-Transport aus Neckarwestheim nach Ahaus

zu bestellen:
aaa-Vertrieb
Helgenstockstr. 15
35 394 Giessen
0 64 1 - 49 13 90
(Rabatt für Wiederverkauf)

Rudolph Bauer, Christoph Butterwegge, Eckhard Hansen, Benno Hafeneger, Wolfgang Harm, Franz-Josef Krafeld, Hans Pfaffenberger, Konrad Maier, Christa Sonnenfeld:

Einstürzende Sozialstaaten

Argumente gegen den Sozialabbau
DM 16,80—148 Seiten—ISBN 3-9806342-0-5

Überall im Buch- und Zeitschriftenhandel
Wenn nicht: SOZIALEXTRA-Verlag, Bärenstraße 6, 65183 Wiesbaden

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10997 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: R.BUCH@partisan.net; **18546 Saßnitz/Rügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Weddingstr. 1, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49, E-Mail: A.KUESTERMANN@link-n.cl.sub.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; **50679 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90, E-Mail: H.WEINHAUSEN@link-k.gun.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar,** 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; **71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Blumenstr. 12, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: P.STREIFF@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, E-Mail: K.REGENAUER@link-n.cl.sub.de, **Internet:** http://members.aol.com/KRegen/redaktion.html

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 **Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: P.RUEDEN@link-n.cl.sub.de; Sozialpolitik: 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de
oder CONTRASTE@t-online.de
Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten – anders entscheiden
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen, herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben.
Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten
- gemeinsame Ökonomie, d.h. jede Person gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren Bedürfnissen heraus
- Entscheidungsfindung im Konsens, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt
- nachhaltige Wirtschaftsweise

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl-)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 19.-23.10.98
Information & Anmeldung:
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V., Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

VERDEN

Treffen und Besprechungen gleichberechtigt gestalten mit der Moderationsmethode
»Treffen und Gruppenplena sind nervig und chaotisch«, meinen viele in der täglichen Bürgerinitiativen-, Vereins- und Gruppenarbeit frustrierte Aktive. Wie Treffen nicht mehr als Pflichtübung sondern als effektive, kreative und spaßbringende Arbeitsform organisiert werden, zeigt die Moderations-Methode. Diese Visualisierungs- und Fragetechnik hilft die Kräfte und das Wissen aller Beteiligten zielgerichtet und gleichberechtigt zusammenzutragen. Mit wenig Aufwand können zähe »Labertreffen« und nervtötende Endlosdiskussionen vermieden werden, indem einE ModeratorIn den Ablauf zu strukturieren hilft und den Diskussionsprozeß methodisch unterstützt, ohne sich inhaltlich selbst mit einzubringen.

In den Schulungen bieten wir eine Kurzeinführung in die Moderation und lernen anhand von praktischen Übungen. Die TeilnehmerInnen erwerben Grundkenntnisse, um selbst Treffen und Besprechungen moderieren zu können. Das Wochenendseminar kann nur einen Einstieg bieten und ersetzt nicht eine vollständige einwöchige Moderationsschulung.
Termin: 6.-8. November 1998, Verden)

Kurs Projektarbeit
Der Kurs Projektarbeit vermittelt bausteinartig Grundlagenwissen für alle, die sich mit konkreten Projekten engagieren wollen. Ob Ihr vor Ort eine politische Grupppe gründen wollt oder eine größere Kampagne plant – der Kurs kann Euch helfen, den Frust, daß alles doch nicht so wie geplant klappt, zu vermeiden. Ihr erfahrt in den »Bausteinen« z.B., wie Ihr in einer Gruppe gleichberechtigt zusammenarbeiten könnt, was für Aktionsformen wann Sinn machen oder wie Ihr die Presse für Euer Projekt interessiert. Der Kurs bietet einen Einstieg in politische Projektarbeit für junge Leute, die sich engagieren (wollen); auch für PraktikantInnen und FÖJlerInnen in umweltpolitischen Initiativen wird eine Menge Interessantes dabei sein.
Termin: 16. bis 23. Oktober 1998
Anmeldung und Infos :
Kultur und Ökologie e.V., Postfach 11 31, D-27261 Verden
☎(0 42 31) 4878, Fax: 4879,
E-Mail: P.Rueden@link-n.cl.sub.de

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

Rund ums Büro
– Organisation & Kommunikation
Termin: 23.-25.10.98

Die »lächelnde Stimme«
– Kundenorientierung am Telefon
Termin: 26.-27.10.98

Buchführung für Vereine
Termin: 28.-29.10.98

Ich mache mich selbständig
Termin: 30.10.-1.11.98

Buchführung für Existenzgründerinnen
Termin: 30.10.-1.11.98

Öffentlichkeitsarbeit planen und gestalten
Termin: 2.-4.11.98

Grundlagen der Rhetorik und Gesprächsfähigkeit
Termin: 6.-7.11.98

Verhandlungen selbstsicher führen
Termin: 6.-8.11.98

Ich leite ein Team
Termin: 9.-12.11.98

Beruf: Unternehmerin
Termin: 14.-15.11.98
Nähere Informationen und das Kursprogramm sind erhältlich bei Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg.
☎(0 40) 450 20 90, Fax 45 12 10

NETZ

Lebendige Ordnung statt kreatives Chaos
In diesem Seminar lernen Sie auf lebendige Art und Weise die bekanntesten und effektivsten Ordnungsstrategien und Zeitmanagementtechniken kennen. Die »Antreiberin«, die »Perfektionistin«, die »Kreative« sind alles innere Gestalten unserer täglichen Arbeit. Effektiv wird dieses Seminar dadurch, daß die Strategien mit ihren persönlichen Fähigkeiten und Vorlieben verknüpft werden, statt bei den Sollregeln zu bleiben.
Termin: 17.-18.10.98, Essen
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 749 90 46
E-Mail: netz@aries.de
Internet:
http://www.aries.de

SOZIALPOLITIK

Soziale Erfindungswerkstatt '98 – Reparaturgesellschaft und lokale Ökonomie
Die »Plattform der OÖ. Sozialprojekte« veranstaltet in Zusammenarbeit mit der »Robert-Jungk-Stiftung« und anderen Partnern vom **11. bis 13.11.98** zum dritten Mal die »Soziale Erfindungswerkstatt« im Bundesinstitut für Erwachsenenbildung, St. Wolfgang.
Inhalte: Die Rückkehr zur Reparaturgesellschaft wird als wichtiger Pfeiler ökologischen Wirtschaftens angesehen. Die durch sie erschlossenen Tätigkeitsfelder haben aber auch Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Könnten aus der Reparaturgesellschaft auch Chancen für Sozialprojekte erwachsen? Welche Tätigkeitsbereiche kämen in Frage? Welche Modelle existieren bereits? Welche Verbindungen lassen sich knüpfen zwischen 2. Arbeitsmarkt und neuen öffentlichen wie privaten Dienstleistungserfordernissen? Diese und weitere Fragen sind Thema der Veranstaltung.
Information & Anmeldung:
☎0043-6137-6 62 10, Fax 66 21 16
E-Mail: office@bifeb.or.at

EINE WELT

Zwischen Kolonialwarenvertrieb und ideologischem Elfenbeinturm – Neue Orientierungen für Soligruppen?
Schon seit geraumer Zeit geraten politisches Selbstverständnis und (Projekt-) Praxis bei vielen Soligruppen immer mehr in Widerspruch zueinander. Neben der alltäglichen Praxis des fairen Kaffeehandels und der Projektförderung in der »Dritten Welt« werden in der politischen Diskussion jene Stimmen lauter, die eine Grundsatzkritik am Entwicklungsdenken formulieren.
Ziel des Seminars ist es, gemeinsam mit PraktikerInnen und TheoretikerInnen, nicht nur über eine Kritik am derzeitigen Entwicklungsdenken nachzudenken, sondern darüber hinaus vor allem nach konkreten Umsetzungen in einer von Sachzwängen bestimmten politischen Praxis zu suchen.
Termin: 6. bis 8.11.98, Wuppertal
Information & Anmeldung:
Informationsbüro Nicaragua e.V., Postfach 10 13 20, D-42013 Wuppertal
☎(02 02) 30 00 30, Fax 31 43 46
E-Mail: nica@wtal.de

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Public Relations
Unser Ziel: in den redaktionellen Teil der Medien zu kommen, mit unseren Stellungnahmen, Aktionen, Vorschlägen, Personalien. Unsere Ansprechpartner: Redakteure in den Medien, die unsere Pressearbeit in Zeitungen, Radio und Fernsehen aufnehmen und daraus eigene Beiträge machen. Wie formuliert, wie gestaltet man eine Pressemitteilung? Wie baut man einen funktionierenden Presseverteiler auf? Welche Anlässe erfordern eine Pressekonferenz? Wir zeigen, wie Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit Journalisten funktionieren.
Termin: 24.-25.10.98
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V., Humboldtstr. 117, D-90459 Nürnberg
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06

NETZ

Was fördert die EU im nächsten Jahrtausend?
Unter dem Schlagwort Agenda 2000 werden zur Zeit die neuen Programme der EU für die Jahre 2000 bis 2005 geschrieben. Das Seminar informiert über den aktuellen Stand der Diskussion.
Termin: 16.10.98, Hannover

Grundlagen der Buchhaltung
Termin: 20.-21.10.98

Im Team erfolgreich
Erfolgreiche Teams vollbringen auch unter schwierigen Bedingungen außerordentliche Leistungen. Themen dieses Trainings sind: Teambildung; Teamphasen und Teamentwicklung; Zielklarheit; Leitung, Verantwortung und Delegation im Team; Rollen im Team; Entwicklung eines »Wir-Gefühls«; Bearbeitung von Störungen und Konflikten. Lernen Sie, die Zusammenarbeit Ihres Teams zu fördern und zu verbessern.
Termin: 2.-4.11.98, Bonn

Geschäftsführung in Non-Profit-Organisationen
Wie schaffen wir eine Basis für unsere Arbeit? In diesem Workshop werden wir den Zusammenhang zwischen: gemeinsamer Vision / Leitbild; Mitgliederwerbung / Einbindung ehrenamtlicher Mitarbeiter; Teamstruktur und effizienter Arbeit / Organisationsstruktur darstellen. Wir werden die Organisation auf unterschiedlichen Ebenen durchleuchten und Methoden für ein effizienteres Arbeiten präsentieren und einüben.
Termin: 5.-6.11.98, Gauselfingen

Internet – Chancen und Nutzen für KMU
Die Prognosen für die Entwicklung und Bedeutung des Internets in der Zukunft fallen sehr unterschiedlich aus. Hier bekommen KMU eine kompetente Beratung, die Orientierung und Einschätzung erleichtern soll. Inhalte sind u.a. Qnline-Dienste, Marketing, Werbung und Vertrieb im Internet, Kosten – Nutzen, Anleitung, Planung und Durchführung von Informationsrecherchen.
Termin: 7.-8.11.98, Dortmund
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 749 90 46
E-Mail: netz@aries.de
Internet:
http://www.aries.de

WILA BONN

Fachseminare: Projektentwicklung im ökologischen und sozialen Bereich
Die verbleibenden zwei Fachseminare des Wissenschaftsladens Bonn richten sich an Arbeitssuchende und BerufseinsteigerInnen als auch an Interessierte aus Verwaltungen, Verbänden, Projektinitiativen sowie an Beratungs- und Planungsbüros.

Sozialökologische Projektentwicklung
Dieses Seminar greift das Thema sozialökologische Projektentwicklung vor dem Hintergrund der Bemühungen auf, für sich und andere Arbeit zu erschließen und neue Arbeitsformen zu entwickeln. Dazu stellen Wissenschaftsläden, gemeinnützige Beratungsinstitute und Servicegesellschaften ihre eigene »Projektentwicklung« und Arbeitsweise vor. Die Konkretisierung erfolgt anhand ausgewählter Einzelprojekte, z.B. Beschäftigungsförderung von Sozialhilfeempfängerinnen, Eigenarbeit/Selbstversorgung und Übergang vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt. Der Erfahrungsaustausch soll auch neue Kooperations- und Projektmöglichkeiten einschließen.
Termin: 21. bis 23.10.98 in Bonn

Alternative Gewerbe- und Projektzentren sowie Konzepte »Neuer Arbeit«
Dieses Seminar informiert über Gewerbe- und Umweltzentren aus dem Spektrum der alternativen, lokalen und sozialen Ökonomie, vom »Ökohaus« in Frankfurt über die »Weiberwirtschaft« in Berlin bis zur Kasernenumnutzung in Karlsruhe. Vor diesem Hintergrund werden die Erfahrungen mit alternativen Arbeitsformen und Selbstverwaltungsbetrieben aufgegriffen und den Konzepten von »Neuer Arbeit« gegenüber gestellt. Insbesondere wird die Frage diskutiert, welche Kombinationen von Erwerbs-, Eigen- und Gemeinschaftsarbeit tragfähig sind; ob das derzeit viel diskutierte Modell des »New Work« nach F. Bergman (d.h. reduzierte Jobarbeit plus High-Tech-Selbstversorgung plus krative Tätigkeiten) in Deutschland praktische Erfolgsaussichten hat bzw. schon Erfolge nachweisen kann.
Termin: 11. bis 13.10.98 in Bonn
Weitere Informationen:
Wissenschaftlsaden Bonn e.V., Buschstr. 85, D-53113 Bonn
☎(02 28) 20 16 10
E-Mail: wilabonn@t-online.de

ARMUT

3. Österreichische Armutskonferenz
Die Zukunft der Arbeit ist heute die gesellschaftspolitische Schlüsselfrage in Europa. Die Krise des überkommenen Systems der Erwerbsarbeit und der damit gekoppelten sozialen Sicherung ist nicht bloß vorübergehend, sondern tiefgreifend, betrifft den Kern der Industriegesellschaft. Die OECD-Länder stehen damit vor einer entscheidenden Weichenstellung: entweder in Richtung einer Verschärfung der sozialen Spaltung in eine Mehrheit von Zufriedenen und den Rest einer »überschüssigen« Bevölkerung, die der inneren Sicherheit und der Armenfürsorge überantwortet werden, mit allen Risiken für den sozialen Zusammenhalt. Oder in Richtung eines neuen Gesellschaftsvertrags – zwischen den Generationen, zwischen Männern und Frauen, Arbeitenden und Arbeitslosen, z.B. in Form einer Umverteilung des geschrumpften Volumens der Erwerbsarbeit; einer sozialen Grundsicherung, die nicht länger an Erwerbsarbeit, vielmehr an den BürgerInnenstatus als solchen gekoppelt ist.
Die Fachkonferenz versucht, Elemente eines solchen Reformprojekts zu konkretisieren. Leitende Perspektive dabei ist für uns als »Netzwerk gegen Armut und Ausgrenzung«: Wie kann der gesellschaftliche Ausschluß von immer mehr Menschen verhindert werden? Damit fordern wir eine Politik ein, die sich nicht auf Management zugunsten der »Standortsicherung« reduziert, sondern eine innovative, sozial verträgliche Antwort gibt auf das »Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft«.
Termin: 21./22.10.98, Salzburg
Information:
Michaela Moser, c/o Katholische Sozialakademie Österreichs, Schottenring 35/DG, A-1010 Wien
☎0043-(1) 310 51 59, Fax 310 68 28
E-Mail: michaela.moser@blackbox.at

ÖKODORF-INSTITUT

Seminar der Delphin-Gemeinschaft zur Gemeinschaftssuche / -gründung
Termin: 7.-8.11.98, Schopfheim und 21.-22.11.98, Freiburg

Seminar zur Gemeinschaftssuche / -gründung
Termin: 4.-6.12.98, Lebensgarten b. Hannover

Vorankündigung: Wegen des guten Feedbacks zum Ökodorf-Festival 97 & 98 organisieren wir das **3. Ökodorf-Festival** Pfingsten '99 am Bodensee.
Info: Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen
☎/Fax (0 76 22) 67 13 22

ANTI-EXPO 2000

Anti-Expo-Seminar
Hier in unserem netten Aktions-Seminarhaus wollen wir uns vom 4. bis 6. Dezember mit den Hintergründen, Zielen und konkreten Plänen der Expo auseinandersetzen:

- Ökologische Auswirkungen der Expo
- Politische Aussagen der Expo (Konzept für die Zukunft)
- Konkrete Einzelthemen (Gentechnik, Internationalismus, Atom, event. auch Jugend und Frauen usw.

Hinweis: Hier wären bei Anmeldung vielleicht besondere Wünsche zu nennen, dann bemühen wir uns darum, dazu genauere Informationen von der Expo und von Expo-KritikerInnen zu »besorgen«)

- Die Teile der Expo (Hannover, Korrespondenzregion, weltweite Projekte)
- Expo und »linke« politische Gruppen
- Ideen für Aktionen, Widerstand und politisch-inhaltliche Arbeit

FreiRäume
Vernetzungstreffen von politischen Zentren, Kommunen, Wagendörfern, Häusern usw. Themen: Finanzierung, Umgang mit staatlicher Repression, weiterer Austausch, gegenseitige Unterstützung.
Termin: 13.-15.11.98 **Information & Anmeldung:**
Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen
☎(0 64 01) 90 32 83, Fax 90 32 85

SONSTIGES

22.Oktober '98 um 20 Uhr in der TUFA, Trier: **»Wer regiert die Welt – Verschwörungstheorien, etc...«**

19. November '98 um 19:30 Uhr, TUFA, Trier mit Peter Bierl: **»Die Anthroposophie Rudolf Steiners....«**
VeranstalterInnen: Dörrwies e.V. und FauST e.V. in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung RPL und der AG anderes lernen e.V RPL

3. LINKE LITERATURMESSE

Die Messe soll vom 13.-15.11.98 wieder in Nürnberg am alten Ort, dem Kommunikationszentrum mit dem neuem Namen »K4«, stattfinden.
Info: Buchhandlung Libresso, Bauerngasse 14, D-90403 Nürnberg

INTERNET

Die eigene Homepage texten
Der eigene Verein, Verband, Ortsverein ist bereits im Internet – jetzt geht es darum, regelmäßig ein aktuelles Angebot zu texten. Dazu sind keine Programmierkenntnisse nötig – »Word 97« genügt!
Termin: 17.10.98

Ihr politisches Web-Angebot konzipieren
Mehr als nur eine Homepage: Das komplette Web-Angebot für Ihren Verein, Verband, Ortsverein soll geplant und konzipiert werden. Dabei hilft das Programm »Frontpage«, das Sie auf diesem Seminar kennenlernen.
Termin: 24.10.98
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg